



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

B
L
I
C
K
P
U
N
K
T

Informationszentrum Asyl und Migration

Umsturz und Unruhen in der arabischen Welt

Aktuelle Lage

Stand: 21. März 2011

Urheberrechtsklausel

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung auch für innerbetriebliche Zwecke nur mit Quellenangabe und vorheriger Genehmigung des Bundesamtes gestattet.

Copyright reserved

Any kind of use of this edition not expressly admitted by copyright laws requires approval by the Federal Office (Bundesamt) especially as far as reproduction, adaptation, translating, microfilming, or preparing and storing in electronic retrieval systems is concerned. Reprinting of extracts of this edition as well as reproductions for internal use is allowed only upon prior approval by the Bundesamt and when citing sources.

Abstract

Die weitgehend friedlich verlaufenen Revolutionen in Tunesien und Ägypten rückten die arabische Welt unter einem neuen Gesichtspunkt ins Licht der Weltöffentlichkeit. Nicht islamistische Bestrebungen, sondern das Eintreten gesellschaftlicher Gruppierungen für Menschenrechte und Grundfreiheiten bestimmten das Bild. In Libyen dagegen brach ein Bürgerkrieg aus.

Das vorliegende Themenheft „Blickpunkt Umsturz und Unruhen in der arabischen Welt“ stellt die bisherige Entwicklung in den erwähnten Ländern Tunesien, Ägypten und Libyen dar und beleuchtet anschließend die Situation in neun weiteren Staaten des Maghrebs und des Nahen Ostens.

Abstract

The mostly peaceful revolutions in Tunisia and Egypt pushed the Arab world to global interest under a new point of view. Not islamistic movements but the engagement of social society in human rights and basic freedom hit the headlines. In Libya however a civil war erupted.

The issue in hand „Blickpunkt Umsturz und Unruhen in der arabischen Welt“ (“Focus on Revolt and Perturbation in the Arab World”) shows up the so far development in the mentioned countries Tunisia, Egypt and Libya and enlightens the situation in nine other states of the Maghreb and the Middle East.

Inhalt

1. Einleitung	1
1.1 Demographische, soziale und ökonomische Gemeinsamkeiten der betroffenen Staaten.....	1
1.2 Migrationsbewegungen	5
1.3 Reaktionen in Europa	7
2. Länder.....	9
2.1 Tunesien	9
2.1.1 Grunddaten.....	9
2.1.2 Aktuelle Situation	10
2.1.3 Politischer Hintergrund	14
2.1.4 Statistik.....	15
2.2 Ägypten	18
2.2.1 Grunddaten.....	18
2.2.2 Aktuelle Situation	19
2.2.3 Politischer Hintergrund	23
2.2.4 Statistik.....	24
2.3 Libyen	26
2.3.1 Grunddaten.....	26
2.3.2 Aktuelle Situation	27
2.3.3 Politischer Hintergrund	33
2.3.4 Statistik.....	35
2.4 Algerien.....	36
2.4.1 Grunddaten.....	36
2.4.2 Aktuelle Situation	37
2.4.3 Politischer Hintergrund	39
2.4.4 Statistik.....	41
2.5 Bahrain	44
2.5.1 Grunddaten.....	44
2.5.2 Aktuelle Situation	45
2.5.3 Politischer Hintergrund	47
2.5.4 Statistik.....	49
2.6 Jemen.....	50
2.6.1 Grunddaten.....	50
2.6.2 Aktuelle Situation	51
2.6.3 Politischer Hintergrund	52

2.6.4	Statistik.....	57
2.7	Jordanien	58
2.7.1	Grunddaten.....	58
2.7.2	Aktuelle Situation	59
2.7.3	Politischer Hintergrund	61
2.7.4	Statistik.....	62
2.8	Libanon	64
2.8.1	Grunddaten.....	64
2.8.2	Aktuelle Situation	65
2.8.3	Politischer Hintergrund	66
2.8.4	Statistik.....	67
2.9	Marokko	69
2.9.1	Grunddaten.....	69
2.9.2	Aktuelle Situation	70
2.9.3	Politischer Hintergrund	72
2.9.4	Statistik.....	73
2.10	Oman	75
2.10.1	Grunddaten.....	75
2.10.2	Aktuelle Situation	76
2.10.3	Politischer Hintergrund	77
2.10.4	Statistik.....	78
2.11	Saudi-Arabien	79
2.11.1	Grunddaten.....	79
2.11.2	Aktuelle Situation	80
2.11.3	Politischer Hintergrund	81
2.11.4	Statistik.....	82
2.12	Syrien	83
2.12.1	Grunddaten.....	83
2.12.2	Aktuelle Situation	84
2.12.3	Politischer Hintergrund	87
2.12.4	Statistik.....	88

1. Einleitung

1.1 Demographische, soziale und ökonomische Gemeinsamkeiten der betroffenen Staaten

Seit Wochen erschüttern bisher kaum vorstellbare Ereignisse die arabische Welt. Von Marokko bis Bahrain, von Syrien bis Jemen demonstrieren Jugendliche, der „Mann von der Straße“ und gesellschaftliche Gruppierungen wie Gewerkschaften, politische Parteien und islamistische Organisationen für bessere Lebensbedingungen, politische Freiheit und Menschenrechte. Sie rebellieren gegen Arbeitslosigkeit, Machtmissbrauch und Unterdrückung. Autoritäre Regierungen, Diktatoren und Monarchen, die über Jahrzehnte ihre Staatswesen fest im Griff hatten, geraten ins Wanken oder sind gestürzt.

Die Gründe für die Unruhen sind vielfältig und können von Staat zu Staat variieren. Gleichwohl gibt es demographische, soziale und ökonomische Gemeinsamkeiten.

Ihren Beginn nahm die Entwicklung in Tunesien. Dort verbrannte sich am 17.12.2010 ein 26 Jahre alter Hochschulabsolvent. Damit protestierte er gegen die Schließung seines ohne Genehmigung betriebenen Obst- und Gemüsestandes durch die Polizei. Die Selbstverbrennung löste wochenlange Demonstrationen in Tunesien aus. Der Funke sprang bald auf andere Staaten über.

Die Situation des 26-jährigen Tunesiers ist bezeichnend für die Lage vieler junger Menschen in den derzeit von Unruhen betroffenen Staaten des Maghrebs und des Nahen Ostens. In ihren Heimatländern ist die Bevölkerung jung (vgl. Diagramm 1). So beträgt der Altersdurchschnitt in Tunesien 29,7 Jahre. Am höchsten ist er mit 30,4 Jahren in Bahrain, am niedrigsten in Jemen mit 17,9 Jahren. Im Mittelfeld liegen u. a. Marokko (26,5 Jahre), Libyen (24,2 Jahre) und Ägypten (24 Jahre). (Zum Vergleich: Deutschland: 44,3 Jahre, Italien 43,7 Jahre, Frankreich 39,7 Jahre).¹

Die Arbeitslosigkeit junger Menschen ist auch bei guter Ausbildung hoch. Laut Weltbank sind 29% der Hochschulabsolventen in Tunesien auch noch dreieinhalb Jahre nach ihrem Examen ohne Anstellung.² Insgesamt sind in Tunesien 30,7 %, in Algerien 43,4 % und in Marokko 17,5 % der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos.³

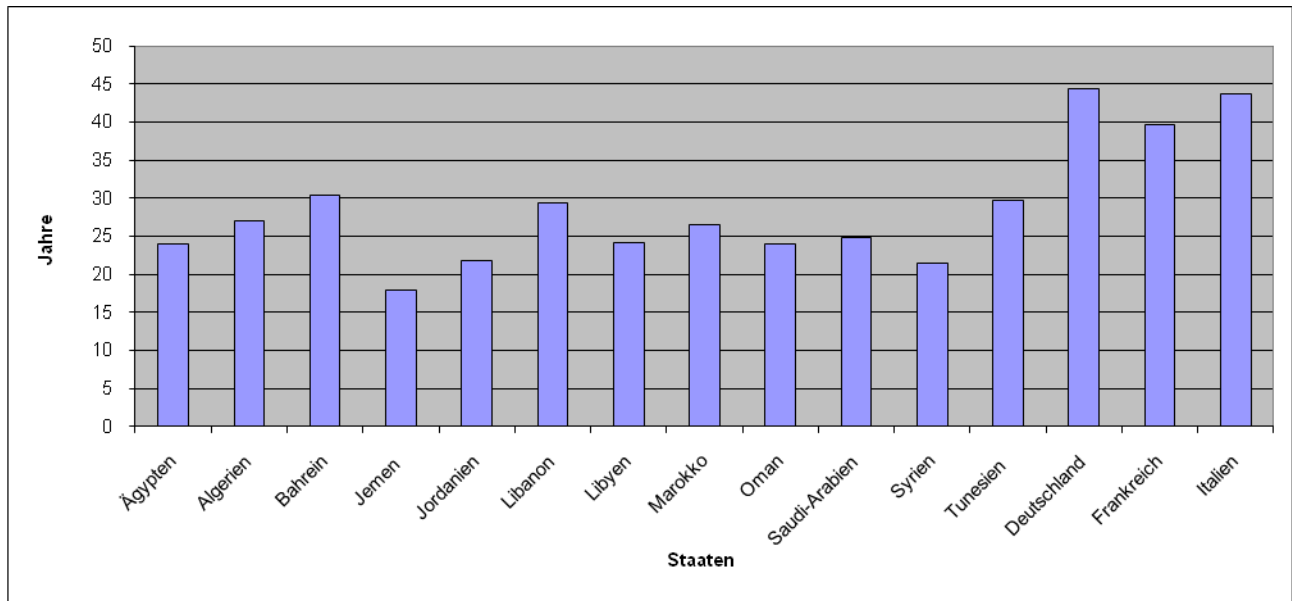
¹ vgl. CIA: The World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/eg.html>, abgerufen am 28.02.2011

² vgl. The World Bank: University Graduates and Employment in Tunisia, <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/MENAEXT/TUNISIAEXTN/0,,contentMDK:22342012~menuPK:310020~pagePK:2865066~piPK:2865079~theSitePK:310015,00.html>, abgerufen am 28.02.2011

³ vgl. The World Bank: Young People in Arab Countries: Promoting Opportunities and Participation, <http://siteresources.worldbank.org/INTMENA/Resources/finalbackgroundpaper.pdf>, abgerufen am 28.02.2011

Diese Jugend ist erfahren im Umgang mit den Kommunikationsmöglichkeiten des Internets. Ohne Vernetzung über Plattformen wie Facebook und Twitter wäre die Organisation der Demonstrationen, die Ausbreitung des Proteststurms von Staat zu Staat in der beobachteten Schnelligkeit nicht möglich gewesen.

Diagramm 1: Altersdurchschnitt der Bevölkerung in Staaten der arabischen Welt im Vergleich zu Deutschland, Frankreich und Italien



Datenquelle: CIA: The World Factbook

Während junge Menschen für sich keine beruflichen und damit auch keine sozialen Perspektiven sehen - so besteht in der Regel keine Möglichkeit eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen - beobachten sie ebenso wie die übrige Bevölkerung der betroffenen Staaten dass die Kluft zwischen Armen und Reichen, zwischen den wenigen Mächtigen und der Masse der Marginalisierten immer größer wird.

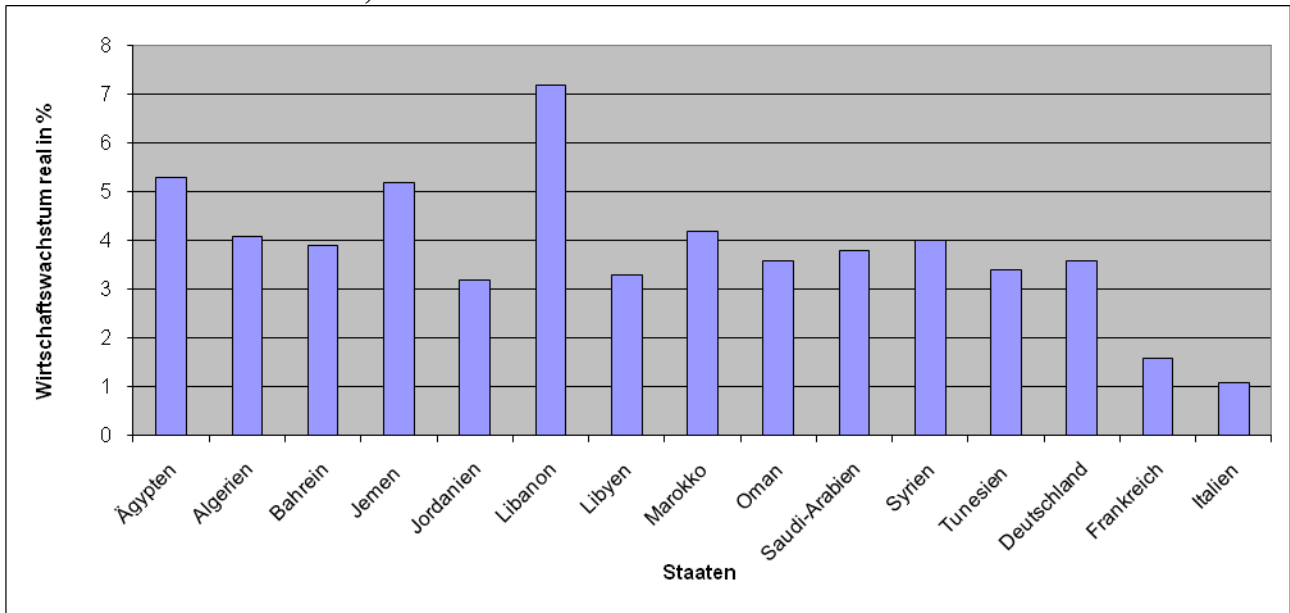
Obwohl viele Länder der Region ein wirtschaftliches Wachstum verzeichnen können (vgl. Diagramm 2), weist der Gini-Index⁴ (vgl. Diagramm 3) für Staaten der arabischen Welt - soweit Daten verfügbar sind - mit Werten von 40,00 für Tunesien, 39,70 für Jordanien oder 37,70 für Jemen eine Ungleichverteilung des Familieneinkommens aus.⁵

⁴ Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß für Ungleichverteilungen einer Masse – hier des Familieneinkommens. Dabei kann der Wert beliebige Größen zwischen 0 und 1 (bzw. zwischen 0 und 100) annehmen. Je näher der Gini-Koeffizient dem Wert 1 (hier 100) ist, desto größer ist die Ungleichverteilung. (vgl. Finanzlexikon.de – Gini-Koeffizient, http://www.finanz-lexikon.de/gini-koeffizient_2891.html, abgerufen am 28.02.2011).

Zum Vergleich: Die Ungleichheit der Verteilung des Familieneinkommens ist größer in den USA mit einem Wert von 45,00 und geringer in Deutschland mit 27,00, am geringsten in Schweden mit 23,00 (vgl. Cia: The World Factbook)

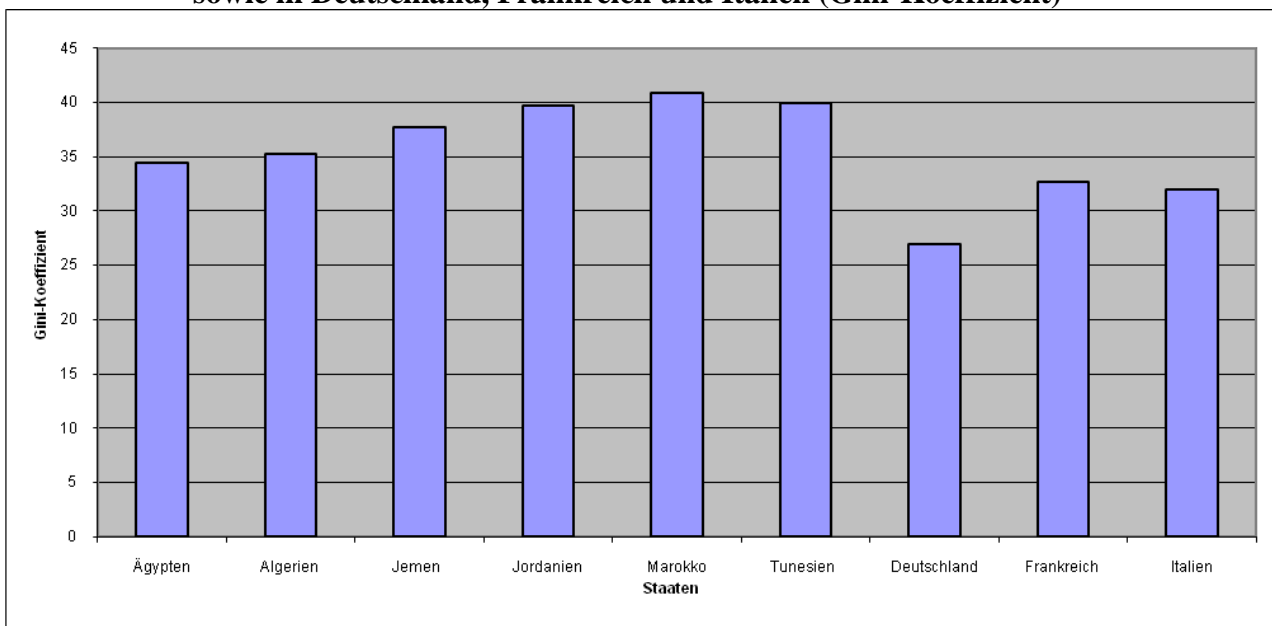
⁵ vgl. CIA: The World Factbook: Country Comparison: Distribution of family income - Gini index, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2172rank.html>, abgerufen am 28.02.2011

Diagramm 2: Reales Wirtschaftswachstum (in %) in Staaten der arabischen Welt sowie in Deutschland, Frankreich und Italien



Datenquelle: CIA: The World Factbook

Diagramm 3: Ungleichverteilung des Familieneinkommens in Staaten der arabische Welt sowie in Deutschland, Frankreich und Italien (Gini-Koeffizient)



Datenquelle: CIA: The World Factbook

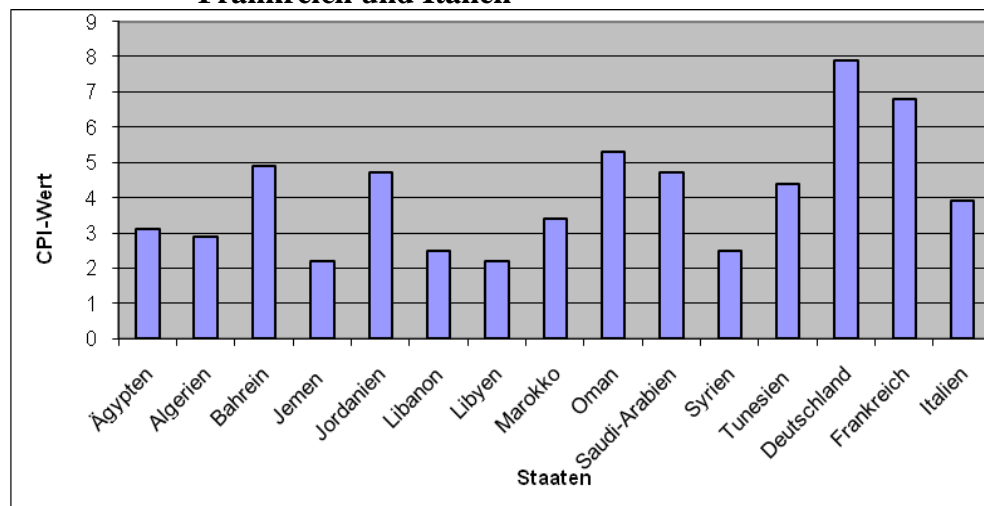
Im Wesentlichen ausgeschlossen von der wirtschaftlichen Entwicklung besteht für den Großteil der Bevölkerung auch kaum die Möglichkeit einer politischen Partizipation. Die Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten in den jeweiligen Staaten sind allgemein eingeschränkt, die politische Kultur nur gering entwickelt. Der Demokratie-Index für das Jahr 2010 der Economist Intelligence Unit, der 167 Staaten nach dem Grad ihrer Demokratisierung auflistet und zwischen „Volldemokratien“,

„schwachen Demokratien“, „gemischten Regimen“ sowie „autoritären Regimen“ unterscheidet, führt bis auf Libanon alle im Folgenden behandelten Staaten als „autoritäre Regimes“. Libanon erreicht als „gemischtes Regime“ Platz 86 der Liste mit 5,82 von 10 möglichen Punkten. Das Schlusslicht bildet Libyen mit 1,94 Punkten auf Platz 158. Dazwischen finden sich etwa Marokko (3,79 Punkte, Platz 116), Ägypten (3,07 Punkte, Platz 138) oder Syrien (2,31 Punkte, Platz 152).⁶

Als mitverantwortlich für die derzeitigen Proteste im Maghreb und im Nahen Osten wird häufig auch weit verbreitete Korruption genannt. Hier bietet sich jedoch im Vergleich zu den bisher angeführten Gründen ein uneinheitliches Bild.

Der Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index – CPI) von Transparency International, der 178 Länder nach dem Grad der im öffentlichen Sektor d. h. bei Beamten und Politikern wahrgenommenen Korruption auflistet (Wert 10: keine Korruptionswahrnehmung), stellt für einige Staaten des Nahen Ostens und des Maghrebs eine relativ geringe Korruptionswahrnehmung fest. Dies gilt z.B. für Jordanien und Saudi-Arabien (beide 50. Rang, CPI-Wert 4,7). Im Mittelfeld liegen Tunesien (59. Rang, CPI-Wert 4,3), Marokko (85. Rang, CPI-Wert 3,4), Ägypten (98. Rang, CPI-Wert 3,1) und Algerien (105. Rang, CPI-Wert 2,9). Staaten mit hoher Korruptionswahrnehmung sind Libanon und Syrien (beide 127. Rang, CPI-Wert 2,5) sowie Libyen und Jemen (beide 149. Rang, CPI-Wert 2,2). (Zum Vergleich Deutschland, Frankreich und Italien belegen die Ränge 15, 25 und 67 mit CPI-Werten von 7,9, 6,8 und 3,9.)⁷

Diagramm 4: CPI-Wert in Staaten der arabischen Welt im Vergleich zu Deutschland, Frankreich und Italien



Datenquelle: Transparency International Deutschland e.V.

⁶ vgl. Economist Intelligence Unit: Democracy index 2010 - Democracy in retreat, http://graphics.eiu.com/PDF/Democracy_Index_2010_web.pdf, abgerufen am 128.02.2011

⁷ vgl. Transparency International Deutschland e.V.: Tabellarisches Ranking, <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1745.0.html>, abgerufen am 01.03.2011

1.2 Migrationsbewegungen

Der politische Umsturz in Tunesien löste einen Ansturm tausender Migranten auf die etwa 150 km vor der afrikanischen Küste gelegene italienische Insel Lampedusa aus. Bis zum 14.02.2011 erreichten ca. 6.000 Personen aus Tunesien Lampedusa.⁸ Die Insel war dem plötzlichen Zustrom nicht gewachsen, so dass die Ankömmlinge zum Teil im Freien übernachteten mussten.⁹ Die Regierung in Rom rief nach einer außerordentlichen Sitzung des Ministerrates am 12.02.2011 den „humanitären Notstand“ auf der Insel aus, ernannte Giuseppe Caruso, den Präfekten von Palermo, zum Notstandskommissar für Lampedusa und ordnete die Wiedereröffnung des dortigen Flüchtlingslagers an.¹⁰ Außerdem wurden die Migranten per Luftbrücke und auf Fähren nach Sizilien und auf das italienische Festland gebracht.¹¹

Bis zum 24.02.2011 erreichten ca. 6.300 Personen Italien.¹² Der europäischen Grenzschutzagentur Frontex zufolge bis Anfang März ca. 7000 Personen auf Lampedusa an. Nach italienischen Angaben handelte es sich in der Mehrheit um tunesische Staatsangehörige, davon ca. 80 % junge Männer zwischen 20 und 30 Jahren, die trotz guter Ausbildung (teilweise Abitur und Diplom) meist arbeitslos waren. Nur wenige hätten jedoch bisher Asylanträge gestellt. Auch auf Sizilien und dem Festland seien einige Flüchtlinge angekommen.¹³

Der italienische Außenminister Roberto Maroni gab die Zahl der seit Januar 2001 bis 21.03.2011 auf Lampedusa eingetroffenen Migranten mit knapp 15.000 an. Die italienische UNHCR-Sprecherin Laura Bodrini beziffert die Zahl der Ankömmlinge auf 14.918.¹⁴

⁸ vgl. Wer ist in Tunis zuständig? Der Westen vom 14.02.2011, <http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/Wer-ist-in-Tunis-zustaendig-id4282399.html>, abgerufen am 02.03.2011

⁹ vgl. Rom fordert 100 Millionen Euro von der EU. Frankfurter Rundschau vom 14.02.2001, <http://www.fr-online.de/politik/rom-fordert-100-millionen-euro-von-der-eu/-/1472596/7193128/-/index.html>, abgerufen am 02.03.2011

¹⁰ vgl. Massenflucht aus Nordafrika: Italien ruft Notstand aus. nachrichten.at vom 14.02.2011, <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/aussenpolitik/art391,554263>, abgerufen am 02.03.2011; Flüchtlingsdrama auf Lampedusa. TZ vom 14.02.2011, <http://www.tz-online.de/nachrichten/politik/fluechtlingsdrama-lampedusa-1121355.html>, abgerufen am 02.03.2011; vgl. Italien hilft Tunesien mit Kredit von 100 Millionen Euro zur Lösung von Flüchtlingsproblem. Weltexpress vom 15.02.2011, http://www.weltexpress.info/cms/index.php?id=6&tx_ttnews%5Btt_news%5D=28841&tx_ttnews%5BbackPid%5D=385&cHash=441faeb0933370e3e664f1f61a7faf16, abgerufen am 02.03.2011

¹¹ vgl. Tausende Afrikaner planen Flucht über Tunesien. Spiegel Online vom 13.02.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,745271,00.html>, abgerufen am 02.03.2011

¹² vgl. Malta fürchtet gewaltigen Flüchtlingsstrom. Spiegel Online vom 25.02.2011, <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/0,1518,747594,00.html>, abgerufen am 02.03.2011

¹³ vgl. Internationale Hilfe rollt an. Tagesschau.de vom 03.03.2011, <http://www.tagesschau.de/ausland/libyenflucht102.html>, abgerufen am 07.03.2011; Immigrati: De Corato, no a caserme. Marona apro centro a Malpensa. ASCA - Agenzia Stampa Quotidiana Nazionale vom 24.02.2011, http://www.asca.it/regioni-IMMIGRATI_DE_CORATO_NO_A_CASERME_MARONI_APRO_CENTRO_A_MALPENSA-583964-.html, abgerufen am 02.03.2011

¹⁴ vgl. Ansturm auf Lampedusa: 4800 Flüchtlinge auf der Insel. Südostschweiz.ch vom 21.03.2011, <http://www.suedostschweiz.ch/politik/ansturm-auf-lampedusa-4800-fluechtlinge-auf-der-insel>, abgerufen am 22.03.2011;

Angesichts der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Libyen verließen nach Schätzungen der UN bis zum 15.03.2011 etwa 300.000 Menschen das Land. Mehrheitlich handelt es sich um Ägypter und Tunesier, die in Libyen arbeiteten, aber auch zahlreiche ausländische Arbeitnehmer aus Asien befinden sich unter den Flüchtlingen.¹⁵ Mehrere EU-Staaten richteten bereits Anfang März eine Luft- und Seebrücke für Flüchtlinge aus Libyen in Tunesien ein, um sie in ihre Heimatstaaten zu bringen. Deutschland ist mit drei Marineschiffen an dem internationalen Hilfseinsatz beteiligt, zudem finanzierte das Deutsche Auswärtige Amt zehn Charterflüge, um 2000 ägyptische Flüchtlinge von Tunesien wieder in ihre Heimat zu bringen.¹⁶

Auch Malta ist inzwischen Zielpunkt von Flüchtlingen. So erreichten bis zum 01.03.2011 mehr als 12.000 ausländische Arbeitnehmer, die vor der Gewalt in Libyen geflohen waren, europäischen Boden.¹⁷

Bisher ist nicht absehbar, ob und in welchem Umfang es zu einer Zuwanderung in größerem Umfang nach Europa kommen wird. Allerdings erhöhen die aus den Gastländern des Nahen Ostens und der arabischen Halbinsel nach Tunesien oder Ägypten heimkehrenden Arbeitnehmer die dortige Zahl der Arbeitslosen. Zugleich fallen Geldüberweisungen der im Ausland Beschäftigten aus. Dies wird den Migrationsdruck erhöhen. Hinzu kommt, dass sich allein in Libyen etwa 300.000 Menschen aus subsaharischen afrikanischen Staaten aufhalten, die Libyen stets als Etappe auf dem Weg nach Europa betrachteten. Ähnliches gilt für andere nordafrikanische Staaten. Mittelfristig muss sich Europa auf mehr Migranten einstellen.¹⁸

Diplomatische Kreise wiesen allerdings im Vorfeld einer Beratung der EU-Innenminister am 25.02.2011 über einen zu erwartenden Migrationsstrom Medienberichte zurück, nach denen bis zu

vgl. Lampedusa: Mehr Flüchtlinge als Einwohner. DiePresse.com vom 22.03.2011, http://diepresse.com/home/panorama/welt/643686/Lampedusa_Mehr-Fluechtlinge-als-Einwohner?_vl_backlink=/home/panorama/welt/index.do, abgerufen am 22.03.2011

15 vgl. Libya: UN refugee agency calls for safe passage for civilians fleeing violence. UN News Centre vom 15.03.2011, <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=37767&Cr=Libya&Cr1=>, abgerufen am 16.03.2011;

UN envoy in Tripoli demands end of violence against civilians. Earth Times vom 15.03.2011, <http://www.earthtimes.org/articles/news/371861,tripoli-demands-violence-civilians.html>, abgerufen am 18.03.2011

16 vgl. Deutschland startet Rettungseinsatz für Flüchtlinge. Spiegel Online vom 04.03.2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,749111,00.html>;
Hilfe für Libyen-Flüchtlinge in Tunesien läuft an. Zeit Online vom 04.03.2011, <http://www.zeit.de/news-032011/4/iptc-bdt-20110304-44-29060270xml>;
Massenflucht aus der Chaoszone. Spiegel Online vom 26.02.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,747901,00.html>, abgerufen am 07.03.2011

17 Tausende Ausländer fliehen nach Malta. Financial Times Deutschland vom 02.03.2011

18 vgl. Die modernen Nomaden. FASZ vom 06.03.2011

750.000 Menschen – Migranten aus Ländern südlich der Sahara und libysche Staatsangehörige – versuchen könnten, aus Libyen nach Europa zu gelangen.¹⁹

1.3 Reaktionen in Europa

Obleich die europäischen Staaten die Demokratisierungsbestrebungen im Maghreb und im Nahen Osten begrüßen, wachsen Befürchtungen, dass eine Welle der Migration auf Europa zukommen könnte. Tunis erklärte seine Bereitschaft, mit anderen Regierungen zur Verhinderung illegaler Migration zu kooperieren.²⁰

Der Sprecher der EU-Kommission Cercone meinte Mitte Februar, Italien und die EU seien „mit nie dagewesenen Umständen konfrontiert“. Brüssel sei sich des außergewöhnlichen Druckes auf Italien bewusst und versuche zu helfen.²¹

Festzustellen ist jedoch auch, dass nicht nur die südlichen EU-Mitglieder wie Italien von bisherigen Flüchtlingsströmen betroffen waren. So nahm Belgien im Jahr 2010 drei Mal mehr Asylbewerber auf als Italien und zehn Mal mehr als Spanien. Schweden kommt mit 20.000 Asylbewerbern auf das Fünffache der italienischen Asylaufnahme.²²

Nachdem am 16.02.2011 Italien die EU offiziell um Hilfe gebeten hatte, trafen am 20.02.2011 die ersten Experten der europäischen Grenzschutzagentur Frontex auf Lampedusa ein. Sie sollen im Rahmen der Mission Hermes ankommende Migranten betreuen und befragen.²³ Eine Ausweitung der Mission Hermes auf Malta ist nicht ausgeschlossen.²⁴

Die deutsche Bundesregierung ist bestrebt, Zukunftsperspektiven für die Menschen in Tunesien zu schaffen um sie in die Lage zu versetzen, in ihrem Heimatland leben zu können. Erforderlich hierzu

19 vgl. EU bracing for exodus of asylum seekers. Times of Malta vom 22.02.2011, <http://www.timesofmalta.com/articles/view/20110222/local/eu-bracing-for-exodus-of-asylum-seekers>, abgerufen am 02.03.2011;

vgl. EU: Innenminister beraten über Flüchtlingsansturm. Die Presse.com vom 22.02.2011, http://diepresse.com/home/politik/eu/636317/EU_Innenminister-beraten-ueber-Fluechtlingsansturm, abgerufen am 22.02.2011

20 vgl. Italy warns divided EU of unprecedented Libya exodus. EUBusiness vom 24.02.2011, <http://www.eubusiness.com/news-eu/immigration-libya.8rd>, abgerufen am 02.03.2011

21 vgl. Flüchtlingsstrom schreckt Europa auf. tagesschau.de vom 14.02.2011, <http://www.tagesschau.de/ausland/lampedusa222.html>, abgerufen am 02.03.2011

22 Bundesregierung will Flüchtlinge in Italien lassen. Welt Online vom 15.02.2011, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article12549269/Bundesregierung-will-Fluechtlinge-in-Italien-lassen.html#>, abgerufen am 07.03.2011

23 vgl. EU-Agentur Frontex beginnt mit Mission auf Lampedusa. AFP vom 20.02.2011, <http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5glZYKZlpZhujEfGNL-ghgHOp7zQ?docId=CNG.7df14ba57abfe6d484470cf71eebfed5.3e1>, abgerufen am 02.03.2011

24 vgl. EP calls for a plan to cope with migration inflows and back future democracies in South Mediterranean. Euroalert.net vom 02.03.2011, abgerufen am 07.03.2011

ist die Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen. Auch die Förderung von Investitionen und die Öffnung der EU-Märkte für Produkte aus Tunesien sind Möglichkeiten, Perspektiven zu schaffen.²⁵

Eine Weiterleitung von Flüchtlingsströmen in andere EU-Staaten ist derzeit nicht vorgesehen. Das sogenannte Dublin-II-Abkommen, mit dem sich die EU auf gemeinsame Zuständigkeitsregeln verständigt hat, legt fest, dass jeder Flüchtling seinen Asylantrag in jenem EU-Land stellen muss, in dem er ankommt. Die Asylbewerber müssen zudem bis zur Prüfung ihrer Anträge in dem Land bleiben, in dem sie europäischen Boden betreten haben.

²⁵ vgl. Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und des Präsidenten der Republik Sierra Leone, Ernest Bai Koroma. Die Bundeskanzlerin vom 14.02.2011, http://www.bundestkanzlerin.de/nn_683698/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/02/2011-02-14-merkel-statement-sierra-leone-koroma.html, abgerufen am 07.03.2011; Auswärtiges Amt: Interview - Bundesminister Westerwelle zur Lage in Tunesien (Inforadio), http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2011/110217-BM_inforadio.html?nn=382590, abgerufen am 07.03.2011

2. Länder

2.1 Tunesien



Bildquelle: CIA - The World Factbook, Tunisia

2.1.1 Grunddaten

Tunesische Republik (Al-Jumhuriya at-Tunisiya – République Tunisienne)²⁶

Bevölkerung: Ca. 10,5 Mio. Einwohner (mehr als eine Million Tunesier sollen sich im Ausland aufhalten, darunter ca. 846.800 in Europa, die meisten von ihnen in Frankreich); die Bevölkerungsdichte beträgt rund 63 Einwohner pro km²

Bevölkerungswachstum: 0,99 % (Schätzung 2008)

Altersstruktur: 0-14 Jahre: 22,7 % (männlich 1.227.238 / weiblich 1.149.796), 15-64 Jahre: 70,1 % (männlich 3.701.661 / weiblich 3.652.322), 65 Jahre and mehr: 7,2 % (männlich 352.003 / weiblich 403.319)

Altersdurchschnitt: Insgesamt 29,7 Jahre, männlich 29,1 Jahre, weiblich 30,3 Jahre

Hauptstadt: Tunis (ca. 2 Mio. Einwohner)

²⁶ vgl. zu den Grunddaten: CIA - The World Factbook, Tunisia, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ts.html>;

Auswärtiges Amt, Tunesien, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Tunesien.html>;

Länderlexikon.de: Tunesien (Geschichte), [http://www.laender-lexikon.de/Tunesien_\(Geschichte\)](http://www.laender-lexikon.de/Tunesien_(Geschichte)), abgerufen am 01.03.2011

Fläche: 164.150 km², Nord-Südausdehnung ca. 900 km, Ost-Westausdehnung bis zu 300 km

Ethnien: 98,0 % Araber und arabisierte Berber; 1,2% Berber; Minderheiten von Franzosen, Italienern und Maltesern

Religionen: Islam (Staatsreligion), meist Sunniten; kleine jüdische und christliche Gemeinden

Staatsform: Präsidentialrepublik, seit 20. März 1956 von Frankreich unabhängig

Parlament: Zweikammerparlament: Nationalversammlung (Chambre des Députés) und Ratskammer (Chambre des Conseillers)

Verwaltung: 24 Gouvernements

Sprachen: Arabisch (Amtssprache), daneben Verkehrssprache Französisch

Wirtschaftswachstum: 3,4% (Schätzung 2009)

BIP/Kopf: 9.500: US\$ (Schätzung 2010)

Arbeitslosigkeit: 14,1 % (Schätzung 2007)

2.1.2 Aktuelle Situation

Am Freitag, dem 14.01.2011, begann für Tunesien eine neue Zeit. Nach 23 Jahren trat Staatspräsident Zine el-Abidine Ben Ali nach wochenlang anhaltenden Protesten von seinem Amt zurück und verließ fluchtartig das Land. Nun steht Tunesien vor großen Herausforderungen, Ruhe und Ordnung müssen wiederhergestellt und ein politischer Wandel vollzogen werden.

Seit dem Beginn der regierungskritischen Proteste im Dezember 2010, die im Januar 2011 zur Flucht von Staatschef Zine el-Abidine Ben Ali führten, sind bis Mitte Februar nach Angaben aus Regierungskreisen in dem Land mindestens 234 Menschen ums Leben gekommen und mehr als 500 Menschen verletzt worden. Unter den Todesopfern befinden sich demnach acht Polizisten sowie 74 Häftlinge, die bei Aufständen und Meutereien in Gefängnissen des Landes gestorben sind.

Die Übergangsregierung hat in den letzten Wochen bereits erste Maßnahmen ergriffen und die Zensur gelockert, die Todesstrafe abgeschafft und die Anti-Folter-Konvention gebilligt. Eine Amnestie für politische Gefangene wurde verkündet und eine Hohe Kommission zur Erarbeitung politischer Reformen eingesetzt. Hinzu kommen zwei weitere Kommissionen zur Untersuchung von Korruption und der Ereignisse in der Phase des Volksaufstandes. Für Opfer der Unruhen sollen Entschädigungen gezahlt werden. Inzwischen wurden alle politischen Gefangenen aus der Haft entlassen, auch von der islamistischen Bewegung „En-Nahda“ befindet sich niemand mehr im Gefängnis.

Der tunesische Innenminister untersagte am 06.02.2011 einstweilig alle Aktivitäten der ehemaligen Regierungspartei Konstitutioneller Demokratischer Zusammenschluss (RCD, Rassemblement Constitutionnel Démocratique). Dies galt auch für Treffen von Parteimitgliedern und beinhaltete die Schließung aller Parteibüros. Er erklärte, er werde bei der Justiz die förmliche Auflösung der Partei

zu beantragen. Inzwischen haben sich viele neue Parteien registrieren lassen, auch die islamistische Bewegung „En-Nahda“ wurde wieder zugelassen, offiziell herrscht nun Versammlungs- und Pressefreiheit.

Am 15.02.2011 verlängerte die Regierung den seit den Protesten im Januar geltenden Ausnahmezustand bis auf weiteres. Dagegen wurde die seit 13.01.2011 verhängte nächtliche Ausgangssperre wieder aufgehoben.²⁷

Die Politik steht weiterhin unter Druck, die Sicherheitslage ist noch nicht wirklich stabil. Unter den Unruhen hat die Wirtschaft stark gelitten, Touristen meiden das Land und die Bevölkerung drängt weiter auf rasche Reformen. Im vergangenen Monat hatte es eine Welle von Streiks und gewaltsamen Zusammenstößen gegeben. Der Einfluss des alten Regimes ist zudem noch nicht verschwunden, er ist im Landesinnern, wo sich einige lokale Machthaber aus der Ben-Ali-Ära halten konnten, stärker als in Tunis.

Insgesamt begann in den letzten Wochen jedoch Ruhe einzukehren, auch wenn es in einigen Städten gelegentlich noch immer zu Demonstrationen gegen die Übergangsregierung kam. Ende Februar eskalierten jedoch die Proteste. Am Freitag, dem 25.02.2011 und den beiden darauf folgenden Tagen gingen zehntausende Menschen gegen die Interimsregierung auf die Straße und es kam teilweise zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Die Demonstrierenden befürchteten, dass die neue Regierung die versprochenen Reformen nicht verabschieden könnte, vielen gehen die angekündigten Reformen auch nicht weit genug. Bei den Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften in der Hauptstadt Tunis gab es nach Behördenangaben mindestens fünf Tote und rund 200 Verletzte. Nach Straßenschlachten mit steinwerfenden Jugendlichen ging die Polizei auch mit Tränengas und Warnschüssen gegen die Demonstranten vor, es kam zu zahlreichen Festnahmen. Nach diesen Protesten und Straßenschlachten legte Ministerpräsident Mohamed Ghannouchi am 27.02.2011 sein Amt nieder. Als Nachfolger wurde der 84-Jährige Jurist Béji Caïd Essebsi benannt, der in der Zeit vor Präsident Ben Ali schon Innen-, Verteidigungs- und Außenminister gewesen war. In den darauf folgenden Tagen reichten fünf weitere Kabinettsmitglieder ihren Rücktritt ein. Zu den Zurückgetretenen zählen auch die lange Jahre in der Opposition aktiven Ahmed Nejib Chebbi als Minister für regionale Entwicklung und Ahmed Ibrahim als Bildungsminister. Es wird davon ausgegangen, dass beide bei den künftigen Präsidentschaftswahlen antreten wollen.²⁸

27 vgl. div. Pressemeldungen, z.B. Revolution in Tunesien - Alle Artikel, Hintergründe und Fakten. Spiegel Online http://www.spiegel.de/thema/tunesien_unruhen_2011/archiv.html, mit weiteren Nachweisen; <http://www.tagesschau.de/ausland/dossiertunesien102.html>, abgerufen bis 07.03.2011; Aufstand gegen Ben Ali forderte 219 Tote. TAZ vom 03.02.2011; Ghannouchi löst Partei Ben Alis auf. FAZ vom 08.02.2011

28 vgl. div. Pressemeldungen, z.B. <http://www.abendblatt.de/politik/article1801014/Ruecktrittswelle-in-Regierung-Menschenrechte-verletzt.html>, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-02/tunesien-regierungschef-ruecktritt>; <http://de.reuters.com/article/worldNews/idDEBEE71R01T20110228>, abgerufen am 02.03.2011;

Übergangspräsident Fouad Mebazza kündigte am Abend des 02.03.2011 an, dass am 24.07.2011 ein Rat gewählt werde, der eine neue Verfassung ausarbeiten soll. Dem Gremium sollen bekannte Persönlichkeiten, Vertreter der Parteien und der Zivilgesellschaft angehören. Er erklärte eine zentrale Aufgabe dieses neuen Gremiums werde zudem die Organisation der nächsten Präsidenten- und Parlamentswahl sein, er selbst und seine Übergangsregierung würden bis dahin im Amt bleiben. Nach Informationen der Nachrichtenagentur Reuters aus Kreisen des Präsidentialamtes könne der verfassungsgebende Rat nach seiner Konstituierung eine neue Regierung ernennen oder die Übergangsregierung bitten, bis zu der Präsidenten- und Parlamentswahl im Amt zu bleiben.²⁹

Am 09.03.2011 löste ein Gericht in Tunis die bisherige Regierungspartei RCD auf.³⁰

Die Protestbewegung in Tunesien hat bisher keine politischen Führungskräfte hervorgebracht. Hinter den Protesten stand keine strukturierte Organisation, ein Großteil der Koordinierung fand via Internet, Handy und spontan durch direkte Kontakte in den Vierteln und Straßen statt. Die Opposition war jahrelang unterdrückt worden und konnte sich bisher noch nicht strukturieren, ihr fehlt eine gute Organisation und eine breite Basis. Es wären Persönlichkeiten nötig, die die Bevölkerung repräsentieren und von ihr akzeptiert werden. Auch die islamischen Kräfte im Land werden allgemein als schwach eingestuft. Es besteht momentan noch ein Machtvakuum, so dass eine Stabilisierung der Verhältnisse und ein geordneter Übergang zur Demokratie derzeit noch nicht wirklich gesichert sind.³¹

Zu den respektierten Akteuren im Machtkampf zählt die Armee. Um mehr Sicherheit zu garantieren hat der neue Verteidigungsminister Abdelkrim Zbidi inzwischen Reservisten mobilisiert. Die tunesische Armee ist relativ klein (sie bestand 2009 aus etwa 35.800 Mann, von denen ca. 23.400 ihren Wehrdienst ableisteten)³². Von allen Sicherheitskräften wird sie jedoch vom Volk am meisten respektiert und könnte ein wichtiges Element für die künftige Stabilität des Landes sein.³³

Tunesien macht sich unregierbar, Financial Times Deutschland vom 02.03.2011;
Ghannouchi tritt nach Demonstrationen in Tunis zurück, FAZ vom 28.02.2011

29 vgl. Tunesien plant Wahl eines Verfassungsrats. DW-World.de vom 04.03.2011, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,14889050,00.html>, abgerufen am 04.03.2011;
Tunesien soll im Juli Verfassungsrat wählen. Reuters vom 04.03.2011,
<http://de.reuters.com/article/worldNews/idDEBEE72303M20110304>, abgerufen am 04.03.2011

30 vgl. Frühere tunesische Regierungspartei RCD von Gericht aufgelöst. stern.de 09.03.2011,
<http://www.stern.de/news2/aktuell/fruehere-tunesische-regierungspartei-rcd-von-gericht-aufgeloest-1661635.html>, abgerufen am 22.03.2011

31 vgl. Der lange Weg in die neue Zeit. Der Tagesspiegel vom 02.03.2011, <http://www.tagesspiegel.de/politik/der-lange-weg-in-die-neue-zeit/3904590.html>, abgerufen am 04.03.2011;
<http://www.tagesschau.de/ausland/dossiertunesien102.html>, abgerufen am 04.03.2011

32 vgl. Bonn International Center for Conversion: Länderportrait Tunesien. Oktober 2009

Neben dem Militär spielt der Gewerkschaftsbund UGTT (Union Générale Tunisienne de Travail) eine wichtige Rolle. Obwohl staatlich kontrolliert konnte die UGTT doch eine gewisse institutionelle Unabhängigkeit bewahren, in ihr sind Hunderttausende Tunesier organisiert. Die UGTT gilt als Kraft, die im künftigen Tunesien eine größere Rolle spielen könnte. Sie ist landesweit organisiert und gilt im Unterschied zu Ben Alis Einheitspartei RCD nicht als Symbol des verhassten Systems. Dennoch war die UGTT intern immer von zwei Richtungen geprägt. Einerseits von denen, die sich in der Opposition zum Regime sahen, und denen, die Regierung und Staat unterstützt haben. Im Lauf der Proteste schwenkte der Gewerkschaftsbund in seiner Gesamtheit aber schon bald auf die Linie der Protestierenden ein und hat von Anfang an die Protestbewegung mitgetragen.³⁴

Verboten war bisher die jetzt wieder zugelassene islamistische Bewegung „En-Nahda“ („Wiedergeburt“), auch La Renaissance, gegründet als Mouvement de la Tendance Islamique (MTI) 1981. Am 30.01.2011 kehrte Raschid Ghannouchi als Anführer der En-Nahda nach zwei Jahrzehnten im Londoner Exil nach Tunis zurück und wurde von Tausenden seiner Anhänger begeistert in Empfang genommen. Ghannouchi, der 1941 in Tunis als Sohn eines Imams geboren wurde, hat sich immer wieder für Demokratie, Gewaltenteilung und Pluralismus ausgesprochen. Seine Organisation sieht sich nach eigenen Angaben in einer Linie mit der gemäßigt islamischen türkischen AKP. Bislang ist noch unklar, wie hoch die Zustimmung für die Partei sein wird. Ghannouchi erklärte, er sei offen für Koalitionen, wolle jedoch nicht für die Präsidentschaft kandidieren. Kritiker argwöhnen, dass sich die Bewegung moderater gibt, als sie in Wirklichkeit ist. Derzeit haben Islamisten in Tunesien kein politisches Gewicht.³⁵

Viele Polizisten sind nach dem Umsturz nicht mehr zum Dienst erschienen, an den Grenzen wurde kaum noch kontrolliert, was Tausende zur Ausreise nach Italien nutzten. Viele Menschen in Tunesien glauben offenbar noch nicht an ein besseres Leben in ihrem nun freien Land und sehen zunächst ihre Zukunft in Europa. Die meisten flüchten vor Armut und Arbeitslosigkeit. Tunesien

33 vgl. Tunesier kämpfen für eine moderne Republik. Welt Online vom 14.02.2011, <http://www.welt.de/politik/ausland/article12530902/Tunesier-kaempfen-fuer-eine-moderne-Republik.html>, abgerufen am 04.03.2011

34 vgl. z.B. Friedrich Hecker_Coop: Gewerkschaftsbewegung in Tunesien, 13.02.2011, <http://fhecker.wordpress.com/2011/02/13/gewerkschaftsbewegung-in-tunesien/>; Auf der Suche nach Demokratie. Taz vom 17.02.2011, <http://www.taz.de/1/politik/afrika/artikel/1/auf-der-suche-nach-demokratie/>; Tunesiens Parlament entmachtet sich. derStandard.at vom 10.02.2011, <http://derstandard.at/1297216065664/Praesident-gestaerkt-Tunesiens-Parlament-entmachtet-sich>; abgerufen am 04.03.2011

35 vgl. z.B. Islamisten bereit zum Mitregieren. derStandard.at vom 03.03.2011, <http://derstandard.at/1297819481299/Islamisten-bereit-zum-Mitregieren>; Der lange Weg in die neue Zeit. Der Tagesspiegel vom 02.03.2011, <http://www.tagesspiegel.de/politik/der-lange-weg-in-die-neue-zeit/3904590.html>, abgerufen am 04.03.2011

hat seine Küstenwache mittlerweile personell aufgestockt, bei der Sicherung der Grenzen bestehen aber nach wie vor Probleme, zumal nach der Staatskrise in Libyen inzwischen auch eine große Anzahl von Flüchtlingen aus diesem Land in Tunesien eingetroffen ist.³⁶

2.1.3 Politischer Hintergrund

Seit 1881 stand Tunesien unter französischem Protektorat. Am 20.03.1956 erlangte das Land die Unabhängigkeit von Frankreich. Von 1957 bis 1987 wurde Tunesien von Präsident Habib Bourguiba regiert. Am 07.11.1987 gelangte der damalige Premierminister Zine el-Abidine Ben Ali formal verfassungskonform an die Staatsspitze. Sein Vorgänger wurde abgesetzt, nachdem Ben Ali diesen amtsärztlich für senil und geisteskrank hatte erklären lassen. Am 17.11.1999 wurde Mohammed Ghannouchi zum Premierminister ernannt. Durch ein Referendum vom 26.05.2002 über eine Änderung der aus dem Jahr 1959 stammenden tunesischen Verfassung wurde die Machtbasis von Ben Ali weiter gestärkt. So wurden die Amtszeit von zuvor maximal dreimal fünf Jahre de facto auf eine Präsidentschaft auf Lebenszeit ausgedehnt. Die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung war bis zur Flucht von Ben Ali am 14.01.2011 durch die nahezu unbeschränkten Machtbefugnisse des Präsidenten faktisch außer Kraft gesetzt.

Wirtschaftlich hatte Tunesien bisher in Afrika und im Maghreb als Schwellenland eine Spitzenposition inne und wollte durch die Assoziation mit der EU in den Kreis der Industrieländer aufsteigen. Frankreich ist Tunesiens wichtigster Wirtschaftspartner und eng mit seiner ehemaligen Kolonie verbunden. Deutschland ist der drittgrößte Handelspartner. Etwa 40 % der tunesischen Importe aus Deutschland und 80 % der tunesischen Exporte nach Deutschland sind auf Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung in Tunesien sowie tunesische Lohnveredelungsbetriebe zurückzuführen. 2009 betrug das Jahresbruttoinlandsprodukt 39,77 Mrd. US-Dollar. Tunesiens Bevölkerung hat mit umgerechnet rund 3.794 US-Dollar (2009) das höchste Pro-Kopf-Einkommen in Nordafrika nach Libyen. Der Anteil der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, konnte von 13 % (1980) auf 3,8 % (2009) gesenkt werden. Die Lebenserwartung stieg von 66 Jahren 1987 auf 74 Jahre (2009) an. Die Senkung der wachsenden Jugend- und Jungakademikerarbeitslosigkeit ist vordringlich (nach offiziellen Angaben lag die Arbeitslosenrate 2009 bei 14,7 Prozent).

³⁶ vgl. div. Pressemeldungen, z.B. Revolution in Tunesien – Alle Artikel, Hintergründe und Fakten. Spiegel Online, http://www.spiegel.de/thema/tunesien_unruhen_2011/archiv.html, mit weiteren Nachweisen, abgerufen bis 03.03.2011;
Viele Tunesier wollen nicht warten, NN vom 15.02.2011; Tausende Tunesier flüchten nach Lampedusa, FAZ vom 14.02.2011;
Flüchtlingsschwelle vorerst gestoppt, NZZ vom 18.02.2011;
Deutschland startet Rettungseinsatz für Flüchtlinge. Spiegel Online vom 04.03.2011, abgerufen am 07.03.2011 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,749111,00.html>;
Hilfe für Libyen-Flüchtlinge in Tunesien läuft an. Zeit Online vom 04.03.2011, <http://www.zeit.de/news-032011/4/iptc-bdt-20110304-44-29060270xml>, abgerufen am 07.03.2011;
Massenflucht aus der Chaoszone. Spiegel Online vom 26.02.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,747901,00.html>, abgerufen am 07.03.2011

Tunesien galt bis zum Ausbruch der Proteste als stabilstes und sicherstes Land im Maghreb. Im Gegensatz zu Algerien hatten bisher auch Islamisten wenig Einfluss auf die Gesellschaft. Kritiker beklagten jedoch die rigorose Unterdrückung jedweder Opposition und zahlreiche Verstöße gegen die Menschenrechte. Eine ganze Reihe von Faktoren führte zu dem Umsturz: Der Gesundheitszustand des Präsidenten, die ausgeprägten Ambitionen seiner Frau Leila Trabelsi und deren Familie, politisch und wirtschaftlich an Macht zu gewinnen, zunehmende Korruption, die Einengung oppositioneller Kräfte, die schlechte wirtschaftliche Lage, insbesondere die weiter zunehmende Arbeitslosigkeit unter den Akademikern, und die immer weiter auseinander klaffende Schere zwischen Arm und Reich.³⁷

2.1.4 Statistik

Am 31.01.2011 hielten sich insgesamt 22.973 tunesische Staatsangehörige in Deutschland auf, von ihnen hatten 10.879 eine Niederlassungserlaubnis und 9.574 eine Aufenthaltserlaubnis. Die Anzahl der Ausreisepflichtigen mit Duldung betrug 172, ausreisepflichtig ohne Duldung waren 195 Personen. 77 hatten eine Duldung ohne Ausreisepflicht.³⁸

Die Zahl tunesischer Asylbewerber ist in Deutschland bislang relativ gering. Im Januar 2011 stellten bei den deutschen Behörden lediglich 14 und im Februar 2011 17 tunesische Flüchtlinge einen Antrag auf Asyl. Im gesamten vergangenen Jahr waren es 94 Anträge (Januar 2011: 11 Erstanträge; Gesamtjahr 2009: 116; insgesamt hauptsächlich Männer zwischen 25 und 35 Jahren).³⁹

Der größte Teil der tunesischen Asylbewerber wurde in den vergangenen Jahren abgelehnt. Die Gesamtschutzquote (Anerkennungen nach Art. 16a GG und Familienasyl, Abschiebeschutz nach § 60 Abs. 1 AufenthG und Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG) pendelte zwischen 0 % im Jahr 2007 und einem Höchstwert von 8,2 % in 2000. Sie lag 2010 bei 3,1 % (2009 bei 0,65; 2008 bei 0,69).⁴⁰ Asylentscheidungen zu Tunesien sind beim BAMF seit dem 17.01.2011 bis auf weiteres zurückgestellt.

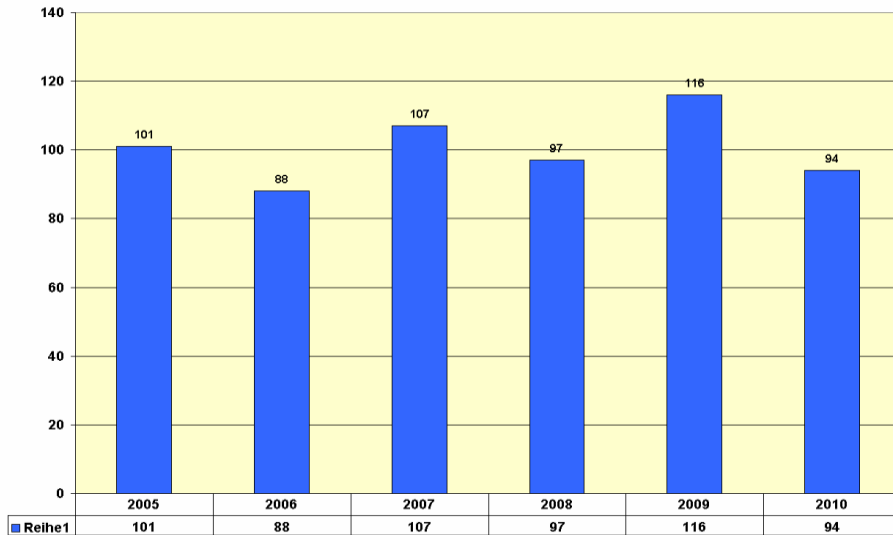
Die Entwicklung der Zugangszahlen von Antragstellern aus Tunesien im deutschen Asylverfahren (Erstanträge in Personen) stellt sich für den Zeitraum 2005 bis 2010 wie folgt dar:

³⁷ vgl. Wie der Ben-Ali-Clan Tunesien plünderte. Tagesschau.de vom 07.03.2011, abgerufen am 07.03.2011; <http://www.tagesschau.de/ausland/benaliclan100.html>;
Dossier - Der Umsturz in der arabischen Welt. <http://www.tagesschau.de/ausland/dossiertunesien102.html>,
abgerufen am 07.03.2011

³⁸ BAMF, AZR

³⁹ BAMF

⁴⁰ BAMF



Altersprofil der Antragsteller 2010 und Januar 2011

Alter	Erstanträge 2010			Erstanträge Januar 2011		
	Summe	Männlich	Weiblich	Summe	Männlich	Weiblich
bis unter 16 Jahre	2		2			
von 16 bis unter 18 Jahre	4	4		1	1	
von 18 bis unter 25 Jahre	19	17	2	2	2	
von 25 bis unter 30 Jahre	38	37	1	8	8	
von 30 bis unter 35 Jahre	22	22		1	1	
von 35 bis unter 40 Jahre	3	3		1	1	
von 40 bis unter 45 Jahre	2	2		1	1	
von 45 bis unter 50 Jahre	2	1	1			
von 50 bis unter 55 Jahre	1		1			
von 60 bis unter 65 Jahre	1	1				
Summe	94	87	7	14	14	

Quelle: BAMF

Bildungsprofil der Antragsteller

Bei 67 ausgewerteten Befragungen im Jahr 2010 ergab sich, dass 24 Antragsteller über Gymnasial- oder Universitätsbildung und 17 über Mittelschulbildung verfügten. Insgesamt 25 Antragsteller hatten nur eine geringe oder keine Schulbildung (Grundschule 22, Analphabeten drei).

	Grundschule	22
	Gymnasium	17
	Mittelschule	17
	Universität	7
	keine (Analphabet)	3
	sonstiges	1
Gesamtzahl		67

Reiseweg (Angaben aufgrund einzelner Befragungen)

Die Ausreisen verliefen in der Regel illegal. Das bevorzugte Verkehrsmittel war der Lkw; entweder direkt auf einer Fähre Richtung Europa/Bundesrepublik Deutschland oder über den „Umweg“ über Libyen.

2.2 Ägypten



Bildquelle: CIA - The World Factbook, Egypt

2.2.1 Grunddaten

Arabische Republik Ägypten (Jumhuriyat Misr al-Arabiya)⁴¹

Bevölkerung: rund 80 Millionen

Bevölkerungswachstum: 2,1%

Altersstruktur: ca.33% unter 15 Jahre, ca. 4% über 64 Jahre

Altersdurchschnitt: Insgesamt 24,3 Jahre; männlich 24 Jahre, weiblich 24.6 Jahre

Hauptstadt: Kairo (al-Qahira), etwa 18 Millionen Einwohner

Fläche: 1.001.450 qkm, davon ca. 4% landwirtschaftlich nutzbar

Ethnien: überwiegend arabisch sprechende Ägypter, Minderheiten: Nubier und Berberstämme

⁴¹ vgl. zu den Grunddaten: CIA - The World Factbook, Ägypten, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/eg.html>, abgerufen am 08.03.2011; Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: DSW Datenreport 2010, <http://www.weltbevoelkerung.de/info-service/land.php>, abgerufen am 08.03.2011; Munzinger Online Länderprofil Ägypten, <http://www.munzinger.de/search/document?index=mol-03&id=03000EGY000&type=text/html&query.key=5P8CHm5Y&template=/publikationen/laender/document.js> p&preview=, abgerufen am 08.03.2011

Religionen: der Islam ist Staatsreligion; etwa 90% Muslime, davon 99% Sunniten, 1% Schiiten, ca. 10% Christen, davon über 90% koptisch-orthodox (die statistischen Angaben zur Religionszugehörigkeit variieren je nach Quelle).

Staatsform: Präsidentialrepublik

Staatsoberhaupt: Oberster Militärrat

Parlament: Zwei-Kammer-System, aufgelöst seit 12.02.2011

Regierungschef: Essam Sharaf; Ministerpräsident seit 03.03.2011

Verwaltung: starker Zentralismus, 27 Gouvernorate

Sprachen: Schriftsprache: modernes Hocharabisch, Umgangssprache: ägyptisch-arabischer Dialekt

Wirtschaftswachstum: 5,3% (Schätzung 2010)

BIP/Kopf: 6.200 US\$ (Schätzung 2010)

Arbeitslosigkeit: nach offiziellen Angaben bei 8,7 % für das Jahr 2008; nach Schätzungen mehr als 20 %

2.2.2 Aktuelle Situation

Drei Wochen nach Beginn der Massenproteste am 25.01.2011 in Kairo und in anderen ägyptischen Städten trat am 11.02.2011 Staatspräsident Hosni Mubarak von seinem Amt zurück. Die Macht übernahm ein Oberster Militärrat. Die Proteste waren zunächst von Mitgliedern der jungen gebildeten Mittelschicht ausgegangen. Etwas später schlossen sich verschiedene Oppositionsgruppen und Oppositionsparteien sowie die Jugendorganisation der Muslimbruderschaft der Bewegung an. Nach Angaben der Regierung kamen bei den Protesten mindestens 365 Menschen ums Leben, 5.500 Menschen wurden verletzt.⁴²

Das Militär hatte sich während der Massenproteste neutral verhalten, jedoch alle Schlüsselpositionen in den Zentren besetzt. Vorsitzender des Obersten Militärrats ist, nach dem Rücktritt Mubaraks auch von dieser Position, Verteidigungsminister Hussein Tantawi. Der 75-jährige ist seit 20 Jahren Verteidigungsminister und gilt als enger Vertrauter Mubaraks.⁴³

Der Oberste Militärrat löste das Parlament auf und setzte die Verfassung außer Kraft. Er beließ die noch von Mubarak ernannte Regierung unter Ministerpräsident Ahmed Schafik als Übergangsregierung im Amt und sagte Parlaments- und Präsidentschaftswahlen innerhalb von 6 Monaten zu. Bezüglich der Aufhebung des fast 30-jährigen Ausnahmezustands – eine zentrale Forderung der Pro-

⁴² Zum Verlauf der Unruhen vgl. Umbruch in Ägypten, Ägypten-Ticker. Frankfurter Rundschau vom 14.02.2011, <http://www.fr-online.de/politik/spezials/aufuhr-in-arabien/aegypten-ticker...-/index.html>, abgerufen am 03.03.2011

⁴³ vgl. Ägypten im Umbruch: Tantawi – Ägyptens neuer Chef. Stern Online vom 12.02.2011, <http://www.stern.de/politik/ausland/aegypten-im-umbruch-tantawi-aegyptens-neuer-chef-1653325.html>, abgerufen am 03.03.2011

testbewegung- legte sich der Militärrat zeitlich nicht fest. Die Aufhebung solle erfolgen, sobald die Sicherheitslage es zulasse.⁴⁴

Nach dem Rücktritt Präsident Mubaraks hätte gemäß der Verfassung der Parlamentspräsident die Amtsgewalt des Staatspräsidenten übernehmen und umgehend Neuwahlen ausschreiben müssen. Die Übertragung der Amtsgewalt an den Obersten Militärrat war somit verfassungswidrig, die Aussetzung der Verfassung und die Auflösung des Parlaments durch den Militärrat eine konsequente Folge. Der Militärrat bezeichnet seine Machtübernahme als zeitlich begrenztes Mandat um den Übergang zu einer demokratisch gewählten Regierung zu ermöglichen. Auch nach dem politischen Umsturz ist die Armee die wichtigste Institution im Staat, aber auch in der Wirtschaft.⁴⁵

Am 15.02.2011 ernannte der Oberste Militärrat einen 10-köpfigen Verfassungsrat mit der Aufgabe, kurzfristig eine Verfassungsänderung auszuarbeiten, um demokratische Wahlen zu ermöglichen. Es geht um sieben Verfassungsartikel, in denen die Voraussetzungen einer Kandidatur für die Präsidentschaftswahl, die Begrenzung der Zahl der Amtszeiten des Staatspräsidenten, die unabhängige Überwachung der Wahlen durch die Richterschaft und das Recht, fragwürdige Wahlergebnisse unabhängig vom Parlament zu überprüfen, geregelt werden sollen. Ein Verfassungsreferendum soll noch im März 2011 stattfinden. Da sich aus den Änderungen Folgewirkungen auf die gesamte Verfassung ergeben und sie zentrale politische und gesellschaftliche Streitfragen betreffen, wäre eine vollständige Verfassungsreform oder eine verfassungsgebende Versammlung angemessen. Dies, sowie weitergehende Reformen sollen der zukünftigen gewählten Regierung überlassen werden.⁴⁶

Die Verfassungsänderung wurde in einem Volksentscheid am 20.03.2011 angenommen. Dabei votierten 77% der abgegebenen Stimmen für die geänderte Verfassung. Die Wahlbeteiligung lag bei 41%. Über die Änderungen konnte nur als Gesamtpaket abgestimmt werden. Die gut organisierte Muslimbrüderschaft plädierte für die Annahme der Verfassungsänderungen, die liberale Opposition und Reformpolitiker lehnten die Änderungen einstimmig ab. Eine Ablehnung hätte die vom Obersten Militärrat gesetzte Frist für die Übergabe an eine zivile Regierung um ein halbes Jahr verlängert. Kritiker bemängeln, dass die Zeit bis zu den Wahlen im September 2011 für die bisher unterdrückte säkulare Opposition zu knapp sei, um sich effektiv zu organisieren.⁴⁷

Am 18.02.2011 verbot der Oberste Militärrat die Fortsetzung „illegaler“ Proteste und Streiks. Proteste und Demonstrationen, die der Wirtschaft schaden, würden nicht länger geduldet. Nach dem

⁴⁴ vgl. Ägyptens Armee - Die unheimliche Macht am Nil, Spiegel Online vom 12.02.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/745186,00.html>, abgerufen am 03.03.2011

⁴⁵ vgl. Volksarmee mit fetter Beute. Zeit Online vom 20.02.2011, <http://www.zeit.de/2011/08/aegypten-armee?>, abgerufen am 03.03.2011

⁴⁶ vgl. Michael A. Lange: Demokratischer Aufbruch in Ägypten. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 01.03.2011, <http://www.kas.de/wf/de/33.22077/>, abgerufen am 03.03.2011

⁴⁷ vgl. Ägypten hat über Verfassung abgestimmt. Tagesschau, 20.03.2011; <http://www.tagesschau.de/ausland/aegypten/794.ktml>; abgerufen am 21.03.2011

Rücktritt Präsident Mubaraks hatten sich Proteste und Streiks zumeist gegen Unternehmen und Staatsbetriebe gerichtet. Gefordert wurden höhere Löhne, bessere Krankenversicherung und Untersuchung von Korruptionsfällen.⁴⁸

Seit dem Rücktritt Mubaraks kam es zu mehreren Kabinettsumbildungen. Einige der Minister der alten Regierung waren gegen Mitglieder der Opposition ausgetauscht worden, die Schlüsselressorts sowie der Premierminister blieben unverändert. Mitglieder der Protestbewegung bezeichneten das neue Kabinett als eine Farce und riefen zu weiteren Protestkundgebungen auf.⁴⁹ Am 03.03.2011 entließ der Militärrat den umstrittenen Premierminister Ahmed Schafik, einen ehemaligen Luftwaffengeneral, der noch am 29.01.2011 von Mubarak eingesetzt worden war. Neuer Premierminister wurde der ehemalige Verkehrsminister Essem Scharaf, der mit einer Kabinettsneubildung beauftragt wurde.⁵⁰ Bis zum 07.03.2011 wurden die Minister für Äußeres, für Justiz und für Inneres ausgetauscht. Die drei neu ernannten Minister, Nabil al-Araby, ein ehemaliger Richter, Mohammed Abdul Asis al-Guindi, ein früherer Staatsanwalt und Mansur al-Essawi, ein Polizeigeneral, gelten als politisch unbelastet.⁵¹

Die Vertreter einer Koalition aus Jugend- und Oppositionsgruppen hatten nach dem Rücktritt Mubaraks ein Ende der Proteste angekündigt. Man wolle in einer Übergangszeit mit dem Militärrat zusammen arbeiten, werde aber zu weiteren Protesten aufrufen, falls das Militär die Forderungen nach demokratischen Reformen nicht umsetzt. Vor allem in Kairo kam es weiterhin zu Protesten. In der Nacht vom 25/26.02.2011 ging die Militärpolizei gewaltsam gegen Demonstranten vor, als diese die miternächtliche Ausgangssperre nicht beachteten. Der Oberste Militärrat sprach anschließend von „unbeabsichtigten Spannungen“.⁵² Am 05.03.2011 stürmten Demonstranten in Kairo, Alexandria und Assiut Geheimdienstzentralen. Zuvor war das Gerücht aufgekommen, Geheimdienstmitarbeiter würden Akten vernichten, die Menschenrechtsverletzungen beweisen. Dabei soll es zu Straßenschlachten zwischen der Armee und Demonstranten gekommen sein. Die Akten sollen

48 vgl. Ägypten: Militärregierung verbietet „illegale“ Proteste. Focus Online vom 18.02.2011, http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/aegypten-militaerregierung-verbietet-illegale-proteste-aid_601384.html, abgerufen am 03.03.2011

49 vgl. Die neue Regierung in Ägypten ist vereidigt. NZZ Online vom 23.02.2011, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/aegypten_kabinet-regierung_neu_besetzung-1.9647513.html, abgerufen am 03.03.2011

50 vgl. Neuer Neuanfang in Ägypten. Der Tagesspiegel vom 03.03.2011, <http://www.tagesspiegel.de/politik/neuer-neuanfang-in-aegypten/3912076.html>, abgerufen am 04.03.2011

51 vgl. Neuer Innenminister in Ägypten. Deutsche Welle vom 06.03.2011, http://www.dw-world.de/dw/function/0,,83389_cid_14892864,00.html, abgerufen am 07.03.2011

52 vgl. Armee geht in Ägypten gegen Demonstranten vor. tagesschau.de vom 26.02.2011, <http://www.tagesschau.de/ausland/aegypten754.html>; abgerufen am 03.03.2011

der Staatsanwaltschaft übergeben worden sein. Die Demokratiebewegung fordert die Abschaffung der Staatssicherheit.⁵³

Nachdem zunächst nur der Leiter der alten Staatssicherheitsbehörde ausgetauscht und eine Umstrukturierung in Aussicht gestellt worden war, verkündete am 15.03.2011 der Innenminister die Auflösung der Behörde. Zugleich wurde die Bildung einer neuen Behörde mit dem Namen „Nationale Sicherheit“ beschlossen, die für nationale Sicherheit und Terrorabwehr zuständig sein soll.⁵⁴

Während der Proteste war die ägyptische Wirtschaft zu einem Stillstand gekommen. Banken und viele Unternehmen hatten ihre Arbeit eingestellt. Die Börse in Kairo ist seit dem 27.01.2011 geschlossen, ein Termin für die Wiedereröffnung steht nicht fest. Über die Einbußen der Wirtschaft seit Beginn der Unruhen gibt es unterschiedliche Schätzungen, sie werden allgemein als gravierend angesehen. Um Kapitalflucht zu verhindern hatte die Zentralbank u. a. Begrenzungen für Auslandsüberweisungen erlassen. Die Kapitalabflüsse aus Ägypten waren jedoch geringer als befürchtet. Der Anstieg des Haushaltsdefizits wird mit mindestens zehn Prozent veranschlagt, da die Regierung an zahlreichen Subventionen festhalten will. Mittlerweile bemüht sich Ägypten bei der Europäischen Union um einen Schuldenerlass.⁵⁵

Der Einbruch im Tourismussektor und die Massenflucht ägyptischer Gastarbeiter aus Libyen werden die wirtschaftliche Wachstumsdynamik auf längere Zeit beeinträchtigen. Das letzte Kabinett Präsident Mubaraks hatte umfangreiche Lebensmittelsubventionen, von denen 65 Millionen Ägypter profitierten, ausgesetzt. Unter dem öffentlichen Druck hat die Übergangsregierung die Lebensmittelhilfe sowie ein umfangreiches Paket von Subventionen und Finanzhilfen aufgenommen, was dem Wunsch nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage weiter Teile der Bevölkerung nachkommt, aber ein hohes Haushaltsdefizit zur Folge haben wird.⁵⁶

53 vgl. Ägyptens Reformbewegung stürmt Geheimdienstzentralen. Zeit Online vom 06.03.2011, <http://www.zeit.de/news-032011/6/iptc-bdt-20110306-101-29095812xml>, abgerufen am 07.03.2011

54 vgl. „Staatssicherheitsbehörde in Ägypten aufgelöst“, Deutsche Welle, 15.03.2011; http://www.dw-world.de/dw/function/0,,83389_cid_14913185,00.html; abgerufen am 18.03.2011

55 vgl. Ägyptens Wirtschaft im Abwärtsstrudel. Welt Online vom 08.02.2011, http://www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft/article12476313/Aegyptens-Wirtschaft-im-Abwaertsstrudel.html, abgerufen am 03.03.2011; Anleger hoffen auf Neustart in Kairo. Manager Magazin vom 01.03.2011, <http://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/0,2828,druck-748155.00html>, abgerufen am 03.03.2011 EU will Ägypten beim Übergang zur Demokratie helfen. Focus Online vom 22.02.2011, http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/aegypten-eu-will-bei-uebergang-zur-demokratie-helfen_aid_602392.html, abgerufen am 03.03.2011

56 vgl. Ägypten. Ungeliebte Wirtschaftsrezepte. Interimsregierung geht auf Abstand zum IWF. Afrika Info vom 24.02.2011, http://www.afrika.info7aktuell_detail.php?N-ID=1533&kp=aktuell, abgerufen am 03.03.2011

2.2.3 Politischer Hintergrund

Die Ursachen des Umbruchs in Ägypten müssen sowohl im Kontext einer allgemeinen Bewegung in den arabischen Staaten als auch in der politischen, wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung des Landes in der jüngeren Vergangenheit gesehen werden.

Ägypten steht seit dem Putsch der „freien Offiziere“ um Nasser 1952 de facto unter Militärrherrschaft. Als nach der Ermordung Präsident Sadats 1981 Hosni Mubarak die Macht übernahm, säuberte er die Armee von islamistischen Einflüssen und gründete die Nationaldemokratische Partei (NDP) zunächst als Sammelbewegung, dann als Staatspartei. Regimetreue Offiziere und die NDP bildeten das Rückgrad seiner Macht. Mubarak regierte autokratisch mit Ausnahmezustand und Notstandsgesetzen. Vage Versprechungen in Richtung eines demokratischen Wandels wurden durch Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie eine Verfassungsänderung, die alle zu einer politischen Farce verkamen, unglaublich. Angekündigte Reformen des Wahlrechts, der Justiz, der Verwaltung sowie die Aufhebung des Ausnahmezustands wurden ständig aufgeschoben. Als der Anschein aufkam, dass der 82-jährige Mubarak die Nachfolge seines Sohns im Präsidentenamt vorbereite, verlor das Regime seinen Rückhalt in weiten Bereichen der Bevölkerung, aber auch in Teilen der Armee.⁵⁷

Seit 2004 wurde der staatliche Einfluss auf die Wirtschaft gelockert und dem Privatsektor zunehmend Spielraum eingeräumt. Liberale Wirtschaftsreformen wurden angeschoben und ein hohes Wirtschaftswachstum erreicht.⁵⁸ Die positiven Effekte kamen jedoch nicht auf dem Arbeitsmarkt und bei der breiten Bevölkerung an. Es kam nicht zur Bildung einer breiteren, die innenpolitische Lage stabilisierenden Mittelschicht.⁵⁹ Etwa die Hälfte der Bevölkerung lebt an der Armutsgrenze. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre, die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch. Das öffentliche Bildungssystem ist schlecht ausgestattet, spätere Berufschancen bietet nur der teure private Bildungssektor. Die ägyptische Wirtschaft basiert im wesentlichen auf dem Tourismus, den Einnahmen aus dem Suez-Kanal, der Landwirtschaft und den Auslandsüberweisungen ägyptischer Gastarbeiter aus den arabischen Ölförderstaaten.⁶⁰

Das Militär soll rund ein Fünftel bis ein Drittel der ägyptischen Volkswirtschaft kontrollieren, es ist der größte Arbeitgeber des Landes. Das Wirtschaftsimperium der Armee entstand nach dem Frieden

⁵⁷ vgl. Michael A. Lange: Instabiles Ende der Ära Mubarak? In : Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderbüro Kairo, KAIRO-Spezial, April 2006

⁵⁸ vgl. Detmar Doering: Was sind die ökonomischen Ursachen für die Revolution in Ägypten? Februar 2011, <http://www.liberalesinstitut.files.wordpress.com/2011/02/c3a4gypten-wirtschaft.pdf>, abgerufen am 03.03.2011

⁵⁹ vgl. Michael A. Lange: Umbruch im Nahen Osten. Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsinformationen, Ausgabe März 2011

⁶⁰ vgl. Ägypten. Ungeliebte Wirtschaftsrezepte. Interimsregierung geht auf Abstand zum IWF. Afrika Info vom 24.02.2011, http://www.afrika.info7aktuell_detail.php?N-ID=1533&kp=aktuell, abgerufen am 03.03.2011

mit Israel 1979. Damals wurde die 900.000 Mann umfassende Armee halbiert. Die Unterbringung der überzähligen Soldaten erfolgte durch die Ausweitung des Militärs in die zivile Wirtschaft.⁶¹

2.2.4 Statistik

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldet Ausländer mit ägyptischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht	Summe der Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
12.238	246	137	110	493

Quelle: BAMF, AZR

Asylanträge

Ägypten zählt nicht zu den aufkommensstarken Ländern im Asylverfahren. Im Jahr 2010 wurden 141 Asylanträge gestellt, davon 118 Erst- und 23 Folgeanträge. Anerkennung als asylberechtigt (Art.16a und Familienasyl) erfolgte in 15 Fällen, Gewährung von Flüchtlingsschutz (§ 60 I AufenthG) in 11 Fällen; Abschiebungsverbote (gem.§ 60 II, III, V, VII AufenthG) wurden in zwei Fällen festgestellt. Im Januar 2011 wurden sechs Asylanträge gestellt, im Februar elf.⁶²

Altersprofil der Antragsteller 2010 und Januar 2011

Alter	Erstanträge 2010			Erstanträge Januar 2011		
	Summe	Männlich	Weiblich	Summe	Männlich	Weiblich
bis unter 16 Jahre	21	9	12	2	2	
von 16 bis unter 18 Jahre	18	17	1			
von 18 bis unter 25 Jahre	21	19	2	1	1	
von 25 bis unter 30 Jahre	24	23	1			
von 30 bis unter 35 Jahre	18	14	4	2	2	
von 35 bis unter 40 Jahre	7	6	1			
von 40 bis unter 45 Jahre	2	2		1	1	
von 45 bis unter 50 Jahre	2	2				
von 50 bis unter 55 Jahre	1		1			
von 55 bis unter 60 Jahre	1	1				
von 60 bis unter 65 Jahre	3	2	1			

⁶¹ vgl. Volksarmee mit fetter Beute. Zeit Online vom 20.02.2011, <http://www.zeit.de/2011/08/aegypten-armee?>, abgerufen am 03.03.2011

Das Militär ist die wahre Wirtschaftsmacht in Ägypten. Welt Online vom 12.02.2011, <http://www.welt.de/wirtschaft/article12516998/das-militaer-ist-die-wahre-wirtschaftsmacht-in-aegypten.html>, abgerufen am 03.03.2011

⁶² BAMF (Auswertungszeitraum 01.01.-31.12.2010)

Summe	118	95	23	6	6
--------------	------------	-----------	-----------	----------	----------

Quelle: BAMF

Bildungsprofil der Antragsteller

Bei 95 Befragungen im Jahr 2010 ergab sich, dass insgesamt 35 Antragsteller eine Universität (23), eine Fachhochschule (3) oder ein Gymnasium (9) besucht hatten. 32 Antragsteller gaben an, eine Mittelschule (30) oder eine Fachschule(2) besucht zu haben. Eine geringe oder keine Schulbildung hatten 28 Antragsteller (Grundschule 17, Analphabeten 11).

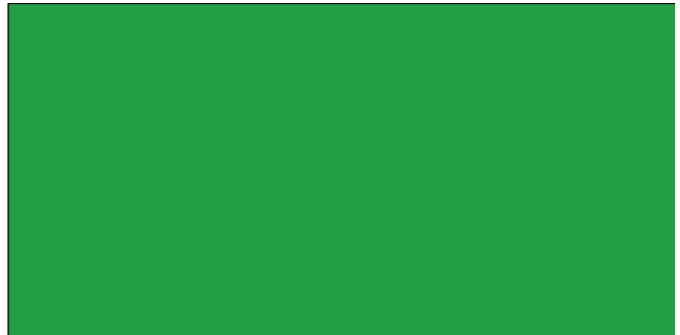
	Mittelschule	30
	Universität	23
	Grundschule	17
	keine (Analphabet)	11
	Gymnasium	9
	Fachhochschule	3
	Fachschule	2
Gesamtzahl		95

Reisewegsbefragungen zu Ägypten liegen für das Jahr 2010 nicht vor.

2.3 Libyen



Bildquelle: CIA - The World Factbook, Libya



2.3.1 Grunddaten

(Große) Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija (Al-Jamahiriya al-'Arabiyah al-Libiyah as-Sha'biyah al-Ishtiraqiyah)

Bevölkerung: 6.461.454 Einwohner (Schätzung Juli 2010), davon 166.510 Ausländer

Bevölkerungswachstum: 2,064% (Schätzung 2011)

Altersstruktur: 0-14 Jahre: 33%, 15-64 Jahre: 62, 6%, 65 Jahre und mehr: 4, 4% (Schätzungen 2010)

Altersdurchschnitt: 24,2 Jahre

Hauptstadt: Tripolis 1.776.000 Einwohner

Fläche: 1.759.540 qkm

Ethnien: Berber und Araber 97% sowie 3% Griechen, Malteser, Italiener, Ägypter, Pakistaner, Türken, Inder, Tunesier und Chinesen

Religionen: Sunnitische Muslime 97%, andere 3%

Staatsform: Staat wird de jure durch die Volksmassen über lokale Räte regiert, tatsächlich autoritäres Regime

Staatsoberhaupt: Kein offizielles Staatsoberhaupt, tatsächlich wurde bisher diese Funktion durch Revolutionsführer Oberst Muammar Abu Minyar al-Gaddafi ausgeübt (seit September 1969)

Regierungschef: Al-Baghdadi Ali al-Mahmudi, offizieller Titel Sekretär der Allgemeinen Volkskomitees

Verwaltung: 22 Verwaltungseinheiten

Sprachen: Amtssprache ist Arabisch, in größeren Städten wird auch Italienisch und Englisch gesprochen.

Wirtschaftswachstum: 3,3% (Schätzung 2010);

BIP/Kopf: 13.800 US\$ (Schätzung 2010);

Arbeitslosigkeit: 30% (Schätzung 2004)

2.3.2 Aktuelle Situation

Nach dem Sturz des Staatspräsidenten Mubarak in Ägypten griff die Proteststimmung am 14.02.2011 auch auf Libyen über. Es wurde friedlich gegen die 43 Jahre andauernde Herrschaft Gaddafis protestiert.⁶³

Am 16.02.2011 setzten sich die Proteste unter geringer Beteiligung in Bengasi, der zweitgrößten Stadt Libyens, fort. Es kam zu ersten gewaltsamen Zusammenstößen und zu Festnahmen. Die Hafenstadt Bengasi liegt östlich der Hauptstadt Tripolis. Die Region gilt als oppositionell im Gegensatz zur Region um Tripolis, die als Hochburg des diktatorischen Regimes gilt. Am 17.02.2011 sollen nach unbestätigten Meldungen 110 Gefangene freigelassen worden sein. Regierungskreise kündigten an, einen Ausschuss einzusetzen, der wichtige Änderungsvorschläge für die künftige Regierungspolitik erarbeiten solle. Im Gedenken an die Tötung von Teilnehmern von Protesten fünf Jahre zuvor wurde seitens Oppositioneller ein „Tag des Zorns“ ausgerufen unter Anlehnung an die Protestbewegung in Ägypten. Es kam zu gewaltsamen Konfrontationen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten. Dabei soll es sieben Tote auf den Seiten der Demonstranten gegeben haben. Am 18.02.2011 versammelten sich Demonstranten zur Unterstützung der Regierung in der Hauptstadt. In Bengasi demonstrierten zehntausende Menschen, die Sicherheitskräfte gingen mit Waffengewalt gegen diese vor. Dabei soll es auf deren Seite 20 Tote und mehr als 200 Verletzte gegeben haben. Die Demonstranten gingen zur Gegengewalt über. Die Zahl der Opfer ist nicht bekannt. Am 19.02.2011 setzten sich die Auseinandersetzungen fort. Es wurde bekannt, dass es in Bengasi an die 30 Tote gegeben hatte, die durch Kopfschüsse getötet worden waren. Dies wies auf den Einsatz von Scharfschützen hin. Die Demonstrationen der Regierungsgegner und der Regierungsbefürworter griffen landesweit auf andere Städte über. Human Rights Watch ging zu diesem Zeitpunkt von 84 Toten aus. Am 20.02.2011 gingen die inzwischen gewalttätigen Proteste weiter, die Zahl der Todesopfer betrug laut Human Rights Watch 233.⁶⁴ Bengasi soll zu diesem Zeitpunkt nicht mehr un-

⁶³ vgl. Timeline: Six remarkable days in Libya. CNN vom 21.02.2011, <http://edition.cnn.com/2011/WORLD/africa/02/20/libya.protests.timeline/index.html#>, abgerufen am 11.03.2011

⁶⁴ vgl. Human Rights Watch, 20.02.2011: Libya: Governments Should Demand End to Unlawful Killings, <http://www.hrw.org/en/news/2011/02/20/libya-governments-should-demand-end-unlawful-killings>, abgerufen am 11.03.2011

ter Regierungskontrolle sein. Das Internet ist seit dem 19.02.2011 abgeschaltet.⁶⁵ In der Nacht zum 21.02.2011 sprach Saif al-Islam, ein Sohn Gaddafis, im Fernsehen und warnte vor einem Bürgerkrieg.⁶⁶

Das Auswärtige Amt warnt vor allen Reisen nach Libyen, die dort sich aufhaltenden deutschen Staatsbürger wurden zur Ausreise aufgefordert. Als besonders gefährlich wird die Situation im Osten des Landes bezeichnet, wofür allerdings nicht nur die Proteste, sondern auch die Aktivitäten krimineller Banden als Grund genannt werden.⁶⁷

Am 22.02.2011 verurteilt die Arabische Liga die Gewalt gegen das libysche Volk und setzt die Mitgliedschaft Libyens in der Organisation aus.⁶⁸

Am 26.02.2011 beschloss der UN-Sicherheitsrat einstimmig, gegen Libyen ein Waffenembargo zu verhängen und forderte alle Mitgliedsstaaten der UN auf die Vermögenswerte Gaddafis, vier seiner Söhne und seiner Tochter einzufrieren. Ferner wurde ein Reiseverbot für die Gaddafi-Familie und deren Verbündete einschließlich der Führer der Revolutionskomitees verhängt. Es stehen insgesamt 16 Personen auf der Liste. Am 28.02.2011 verhängte die EU entsprechend der Resolution des UN-Sicherheitsrates ein Waffenembargo gegen Libyen und untersagte im Zusammenhang mit Libyen der Handel mit jedweder zu interner Repression verwendbarer Ausrüstung.⁶⁹

Der UN-Sicherheitsrat ersuchte mit Beschluss vom 26.02.2011 den Internationalen Strafgerichtshof, eine Untersuchung einzuleiten, ob Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Libyen durch das Regime begangen wurden (Sicherheitsrat Resolution S/RES/1970 (2011) vom 26.02.2011). Die Anklagebehörde am Internationalen Strafgerichtshof nahm am 03.03.2011 die Untersuchungen gegen Gaddafi und seine Regierung wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf.⁷⁰ Am 01.03.2011

⁶⁵ vgl. Libya's Internet cut off. News.am vom 19.02.2011, <http://news.am/eng/news/48524.html>, abgerufen am 11.03.2011

⁶⁶ vgl. Qaddafi's Son Warns of Civil War as Libyan Protests Widen. New York Times vom 20.02.2011, http://www.nytimes.com/2011/02/21/world/africa/21libya.html?pagewanted=1&_r=1, abgerufen am 11.03.2011

⁶⁷ vgl. Auswärtiges Amt, Stand 23.03.2011: Libyen: Reisewarnung, <http://www.auswaertigesamt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/LibyenSicherheit.html>, abgerufen am 13.03.2011. Anmerkung: Die Warnung galt bereits in ähnlicher Form am 14.02.2011.

⁶⁸ vgl. Libya: Arab League suspends Libyan membership. Los Angeles Times vom 22.02.2011, <http://latimesblogs.latimes.com/babylonbeyond/2011/02/libya-arab-league-suspends-libyan-membership.html>; Libya protests: UN Security Council condemns crackdown. BBC News Middle East vom 23.02.2011, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-12548520>. Abrufe am 11.03.2011

⁶⁹ vgl. Europäischer Rat, 10.03.2010: Entwicklungen in Libyen: ein Überblick über die Reaktion der EU (aktualisierte Fassung vom 10. März), [http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/developments-in-libya-an-overview-of-the-eu-s-response-\(updated-10-march\).aspx?lang=de](http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/developments-in-libya-an-overview-of-the-eu-s-response-(updated-10-march).aspx?lang=de), abgerufen am 11.03.2011

⁷⁰ vgl. ICC to probe Gaddafi over violence. Al Jazeera vom 03.03.2011, <http://english.aljazeera.net/news/europe/2011/03/201133121511637608.html#>, abgerufen am 11.03.2011

wurde Libyen mit Zweidrittelmehrheit durch die UN-Vollversammlung aus dem UN-Menschenrechtsrat ausgeschlossen.⁷¹

Die Truppen Gaddafis gingen in die Gegenoffensive. Am 03.03.2011 wurden Luftangriffe auf Brega, eine Stadt östlich von Tripolis mit Ölverladestationen geflogen, nachdem zuvor ein Bodenangriff von Gaddafis Truppen zurückgeschlagen worden war.⁷²

Die Aufständischen brachten noch weitere Städte unter ihre Kontrolle. In den folgenden Tagen wurden diese immer wieder angegriffen. Es handelte sich dabei um die Hafenstadt Ras Lanouf östlich und die Stadt Zawiya westlich von Tripolis. Am 10.03.2011 setzten sich die waffentechnisch weit überlegenen Gaddafi -Truppen durch.⁷³ Die Städte Ras Lanouf und Zawiya sollen wieder weitgehend unter ihrer Kontrolle stehen.

Am 11.03.2011 waren seit Beginn des Aufstandes bereits rd. 250.000 Menschen aus Libyen überwiegend nach Tunesien und nach Ägypten geflohen.⁷⁴

Es handelte sich dabei um Gastarbeiter aus Ägypten, den Maghrebstaaten, anderen arabischen Staaten, aus der Subsahara-Region sowie aus Südostasien.⁷⁵ UNHCR, IOM und das UN-Amt für humanitäre Angelegenheiten sehen die Lage trotz der Evakuierung der Gestrandeten durch ausländische Staaten in deren Heimatländer als bedenklich an. So sei nach dem Szenario der drei Organisation möglich, dass weitere 400.000 Menschen Libyen verlassen werden.⁷⁶

Laut Meldung des UNHCR vom 08.03.2011 wird gegen Ausländer aus der Subsahara-Region in Libyen Gewalt ausgeübt und diese werden diskriminiert und vertrieben.⁷⁷ Dies sei von Afrikanern

71 vgl. Westerwelle begrüßt Ausschluss Libyens. Handelsblatt vom 02.03.2011, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/westerwelle-begruessst-ausschluss-libyens-/3899142.html>, abgerufen am 11.03.2011

72 vgl. Luftangriffe in libyscher Stadt Al-Brega. Stuttgarter Nachrichten vom 03.03.2011, <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.libyen-luftangriffe-in-libyscher-stadt-al-brega.741bb32b-c00b-4a53-88e3-1bdf8198259.html>; Angriff auf die Erdölstadt Marsa al-Brega. Neue Zürcher Zeitung Online vom 03.03.2011, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/libyen_laufender_bericht_03032011_1.9752922.html;

73 vgl. Gaddafi-Gegner flüchten aus Ras Lanouf. tageschau.de vom 10.03.2011, <http://www.tagesschau.de/ausland/libyen560.html>,

74 vgl. 250.000 Menschen aus Libyen geflohen. tagesschau.de vom 11.03.2011, <http://www.tagesschau.de/ausland/libyen564.html>, abgerufen am 11.03.2011

75 vgl. UNHCR vom 08.03.2011: UNHCR beunruhigt über Situation von subsaharischen Afrikanern in Libyen, <http://www.unhcr.de/navigation-oben/presse/einzelansicht/article/351/unhcr-beunruhigt-ueber-situation-von-subсахарischen-afrikanern-in-libyen.html>;
Libya refugee aid operation intensifies. AFP auf Google News vom 07.03.2011, http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5ge2T-IMiKn99AM_BiBZCnn8KIdEg?docId=CNG.5202a65c8d4fc875936fd8f48bfa74e2.a61;
UNHCR says evacuation flights from Tunisia and Egypt not keeping pace with new arrivals from Libya. ahram online beta vom 11.03.2011, <http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/7468/Egypt/Politics-/UNHCR-says-evacuation-flights-from-Tunisia-and-Egy.aspx>. Alle Abrufe am 11.03.2011

76 vgl. UNHCR vom 08.03.2011: UNHCR beunruhigt über Situation von subsaharischen Afrikanern in Libyen, <http://www.unhcr.de/navigation-oben/presse/einzelansicht/article/351/unhcr-beunruhigt-ueber-situation-von-subсахарischen-afrikanern-in-libyen.html>, abgerufen am 11.03.2011

77 vgl. UNHCR vom 08.03.2011: Sub-Saharan Africans fleeing Libya report serious intimidation, violence, <http://www.unhcr.org/4d7658719.html>, Abruf 10.03.2011

sowohl aus dem Osten als auch aus dem Westen Libyens mitgeteilt worden, wobei sie im Osten als Söldner Gaddafis verdächtigt würden.

Am 10.03.2011 erkannte Frankreich den von den Aufständischen im Osten des Lands gegründeten Rat als legitime Vertretung des Landes an. Frankreich setzte sich öffentlich für eine Bombardierung der Kommandostrukturen des Gaddafi-Regimes ein.⁷⁸ Am 11.03.2011 teilte der für Sicherheitsfragen zuständige Kommissar der Afrikanischen Union (AU) Lamamra mit, die AU lehne ein militärisches Eingreifen ausländischer Staaten in Libyen ab.⁷⁹ Die Arabische Liga beriet am 12.03.2011 in Kairo über die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen und beantragte im Anschluss beim UN-Sicherheitsrat die Einrichtung einer solchen.⁸⁰

Der Rat der Europäischen Union beriet auf einem Sondergipfel am 11.03.2011 in Brüssel über Libyen und Nordafrika.⁸¹ Der Gipfel forderte in seiner Abschlusserklärung Gaddafi auf, zurückzutreten und die Macht in Libyen aufzugeben. Die EU stellte im Falle eines geordneten Übergangs zur Demokratie großzügige Hilfen in Aussicht. Frankreich forderte eine Bereitschaft zu gezielten Militäraktionen.⁸² Großbritannien unterstützte diese Position. Hinsichtlich eines militärischen Vorgehens wurde allerdings kein Beschluss gefasst, da andere Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, Bedenken angemeldet hatten. Insbesondere wurde gefordert, dass zuvor ein Beschluss des UN-Sicherheitsrats und die Einwilligung der Arabischen Liga vorliegen müssten.⁸³

Es wurde angekündigt innerhalb kürzester Zeit einen Dreiergipfel zur Lage in Libyen und der Region mit EU, Arabischer Liga und Afrikanischer Union einzuberufen.

78 vgl. Sarkozy für gezielte Militäraktionen gegen Gaddafi. Focus Online vom 11.03.2011, http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/libyen-sarkozy-fuer-gezielte-militaeraktionen-gegen-gaddafi_aid_607531.html, abgerufen am 11.03.2011

79 vgl. Afrikanische Union lehnt Intervention des Auslands ab. Focus Online vom 11.03.2011, http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/aufstand-in-libyen-afrikanische-union-lehnt-intervention-des-auslands-ab_aid_607412.html, abgerufen am 11.03.2011

80 vgl. Bronner, Ethan und Sanger, David E., 12.03.2011: Arab League Endorses No-Flight Zone Over Libya, <http://www.nytimes.com/2011/03/13/world/middleeast/13libya.html?src=mv&ref=world>, abgerufen am 14.03.2011

81 Europäischer Rat, Erklärung 11.03.2011, EUCO 7/11; tagesschau.de, 11.03.2011: EU-Gipfel fordert Rücktritt Gaddafis, <http://www.tagesschau.de/ausland/libyen572.html>, abgerufen am 11.03.2011

82 vgl. EU-Gipfel fordert Rücktritt Gaddafis. tagesschau.de vom 11.03.2011, <http://www.tagesschau.de/ausland/libyen572.html>, abgerufen am 11.03.2011

83 vgl. Sarkozy für gezielte Militäraktionen gegen Gaddafi. Focus Online vom 11.03.2011, http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/libyen-sarkozy-fuer-gezielte-militaeraktionen-gegen-gaddafi_aid_607531.html, abgerufen am 11.03.2011

Am 14.03.2011 traf, der UN-Sonderbeauftragte für Libyen, Abdul Ilah Khatib, dort ein.⁸⁴ Er hat den Auftrag mit den libyschen Behörden Konsultationen u. a. zu Fragen der gegenwärtigen humanitären, politischen Lage sowie der Sicherheitslage zu führen. Am 15.03.2011 traf sich er mit dem libyschen Außenminister Moussa Koussa zusammen. Abdul Ilah Khatib forderte die libyschen Behörden auf, mit der UN bei der Untersuchung der vorgeworfenen Menschenrechtsverletzungen, darunter die Tötung von über 1.000 Menschen durch die libyschen Streitkräfte, zusammen zu arbeiten. Ferner forderte er den ungehinderte Zugang aller UN Organisationen zu allen Orten gefordert, an denen Libyer Hilfe benötigen.

Am 17.03.2011 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat gem. Kapitel VII der UN-Charta eine Resolution, die die Mitgliedsstaaten ermächtigt, alle notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung und der von dieser bewohnten Gebiete vorzunehmen, die von Angriffen auf dem Gebiet der Libyschen Arabischen Jamhariya bedroht sind, einschließlich Bengasi.⁸⁵ Dies schließt ausdrücklich den Einsatz einer Besatzungsmacht aus. Ferner wurde ein sofortiger Waffenstillstand und die vollständige Beendigung der Gewalt und aller Angriff gegen Zivilisten angeordnet. Auch wurde die weitreichende und systematische Verletzung der Menschenrechte, einschließlich willkürlicher Inhaftierungen, Folter, gewaltsamen Verschwindenlassens und von Hinrichtungen im Schnellverfahren verurteilt. Der Sicherheitsrat merkte ferner an, dass diese Angriffe, die kürzlich stattfanden, möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellten. Es wurde unter anderem auch der Einsatz von Söldnern gegen die Zivilbevölkerung durch die Regierung verurteilt.

Weitere Punkte waren:

- Einrichtung einer Flugverbotszone
- Durchsetzung des Waffenembargos
- Flug- und Landeverbot für alle Luftfahrzeuge der Libyan Arab Jamahiriya oder von libyschen Gesellschaften
- Einfrieren von Vermögenswerten bestimmter Personen und Gesellschaften aus Libyen auf dem Territorium der Mitgliedsstaaten, wobei im Anhang eine Auflistung als Vorschlag aufgeführt ist, die natürliche und juristische Personen nennt.

Zehn der 15 Ratsmitglieder stimmten für den Beschluss. Es gab keine Gegenstimmen, jedoch Enthaltungen seitens der Vetomächte China und Russland sowie der nichtständigen Mitglieder Deutschland, Indien und Brasilien. Die libysche Regierung erklärte am 18.03.2011 einen Stopp aller

⁸⁴ vgl. UN envoy in Tripoli demands end of violence against civilians. Earth Times vom 15.03.2011, <http://www.earthtimes.org/articles/news/371861,tripoli-demands-violence-civilians.html>, abgerufen am 18.03.2011;

Security Council briefed on latest events in Libya as UN envoy leaves for Tripoli. Newsletter UN News vom 14.03.2011, <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=37761&Cr=libya&Cr1>, abgerufen am 18.03.2011

⁸⁵ vgl. Security Council, 6498th Meeting (Night) vom 17.03.2011: Security Council Approves 'No-Fly Zone' over Libya, Authorizing 'All Necessary Measures' to Protect Civilians, by Vote of 10 in Favour with 5 Abstentions, <http://www.un.org/News/Press/docs/2011/sc10200.doc.htm#Resolution>, abgerufen am 18.03.2011

ihrer militärischen Aktivitäten um die Zivilbevölkerung zu schützen und der Forderung der Sicherheitsratsresolution nachzukommen.⁸⁶ Der libysche Außenminister Moussa Koussa kündigte an, dass auch mit den Aufständischen Gespräche aufgenommen werden sollen. Er verurteilte die Einrichtung einer Flugverbotszone und die Autorisierung von militärischen Aktionen gegen Libyen als inakzeptabel. Die NATO traf Vorbereitungen zur Durchsetzung und Überwachung der Flugverbotszone. Ferner sind Marineeinheiten bereits vor Ort, die die libyschen Häfen blockieren können, falls sich dies als notwendig erweisen sollte. Libyen erklärt die Sperrung seines Luftraumes in Erwartung der Kampfflugzeuge Frankreichs und Großbritanniens.⁸⁷

Aus der umkämpften Stadt Misrata kamen Meldungen über eine Fortsetzung der Kampfhandlungen und Bombardements durch die Regierungsstreitkräfte nach der Erklärung der libyschen Regierung über eine Einstellung der Kampfhandlungen.⁸⁸

Entgegen ihrer Erklärung, den Forderungen der Sicherheitsratsresolution nachzukommen, setzten die libyschen Streitkräfte ihre Kampfhandlungen fort. Ab dem 19.03.2011 griffen daher Frankreich, Großbritannien und die USA libysche Streitkräfte mit Kampfflugzeugen und Marschflugkörpern an. Den Alliierten gelang es, den libyschen Vormarsch kurz vor Bengasi, das von Aufständischen gehalten wird, zu stoppen. Die Angriffe dauern derzeit noch an, obwohl Libyens Armee erneut einen Waffenstillstand angeboten hatte. Ziel der Angriffe sind Stellungen der libyschen Streitkräfte, Militärflughäfen, Marinestützpunkte u.a. in Tripolis, Al-Sawija, Misrata, Sirte und Sebha.

UNHCR registrierte einen Anstieg der Anzahl der aus Libyen fliehenden Menschen.⁸⁹ So hätten am 14.03.2011 2.250 Menschen die libysch-ägyptische Grenze überschritten. Darunter seien am 14.03.2011 auch über 1.000 Libyer, darunter ganze Familien aus der in Ostlibyen gelegenen Stadt Ajdabiyya gewesen. Ferner würden seit dem 11.03.2011 rd. 3.000 Menschen täglich die libysch-tunesische Grenze überschreiten. Die meisten Menschen seien von der libysch-ägyptischen Grenze gleich weiter in das Landesinnere gereist. Etwa 3.500 Menschen seien allerdings in der Grenzregion unter unwirtlichen Bedingungen gestrandet und von UNHCR mit dem Notwendigsten versorgt worden. Die Mehrheit der Gestrandeten seien bangladeschische Staatsbürger gewesen. 879 Bangladescher hätten dann am 14.03.2011 Ägypten verlassen, nachdem Flüge von Ägypten nach Bangladesch in erhöhter Zahl aufgenommen worden seien. Die restlichen Personen, die unter das

86 vgl. Golovnina, Maria und Georgy, Michael vom 18.03.2011: Libya orders ceasefire after U.N. resolution, http://news.yahoo.com/s/nm/20110318/ts_nm/us_libya_115, Abruf am 18.03.2011

87 vgl. Libya shuts air space in face of strikes. AFP auf Yahoo News vom 18.03.2011, http://news.yahoo.com/s/afp/20110318/wl_afp/libyaunrestmideast_20110318114703, abgerufen am 18.03.2011

88 vgl. As Libya announces cease-fire, violence reported in Misrata. CNN vom 18.03.2011, http://edition.cnn.com/2011/WORLD/africa/03/18/libya.civil.war/index.html?eref=rss_mostpopular#; Mangasarian, Leon und Fattah, Zainab vom 18.03.2011: Libya Calls Immediate Cease-Fire After UN No-Fly Resolution, <http://www.businessweek.com/news/2011-03-18/libya-calls-immediate-cease-fire-after-un-no-fly-resolution.html>; alle Abrufe am 18.03.2011

89 vgl. UNHCR vom 15.03.2011: UNHCR fears civilians prevented from fleeing Libya amid fighting, <http://www.unhcr.org/4d7f88f19.html>, abgerufen am 16.03.2011

Mandat des UNHCR fielen, seien Somalier, Eritreer, Äthiopier, Menschen aus Darfur, von der Elfenbeinküste und Palästinenser. UNHCR führe eine Überprüfung des Flüchtlingsstatus durch. In Tunesien warten nach Angaben des UNHCR viele Menschen auf einen Abtransport oder eine andere Lösung. Es handelt sich dabei um 16.000 - 18.000 Gastarbeiter überwiegend aus Bangladesch und aus afrikanischen Ländern.⁹⁰

Die Zahl der aus Libyen Geflohenen betrug nach UNHCR-Angaben vom 15.03.2011 insgesamt 280.614.⁹¹ Von diesen seien 151.324 nach Tunesien, 117.991 nach Ägypten, 2.205 nach Niger und 9.094 nach Algerien geflohen. UNHCR sah Anzeichen dafür, dass Menschen an der Flucht aus Libyen gehindert werden und richtet einen Appell an alle Parteien, den fliehenden Zivilisten eine sichere Passage zu gewähren.⁹² In einer UN-Meldung vom gleichen Tage wurde mitgeteilt, dass 300.000 Menschen aus Libyen geflohen seien.⁹³

Seit 01.03.2011 führen IOM und UNHCR eine humanitäre Evakuierung der Flüchtlinge durch.⁹⁴ Bis 15.03.2011 wurden aus Ägypten und Tunesien mehr als 6.000 Personen in ihre Heimatländer geflogen worden. 25 Flüge seien nach Ägypten, Bangladesch und Mali durchgeführt worden. Ab dem 16.03.2011 seien weitere 15 Flüge für den Heimflug von rd. 3.000 Menschen aus der Subsahara-Region nach Mali, Ghana, Tschad und Niger angesetzt. In der folgenden Woche seien weitere 75 Flüge in die Subsahara-Region für rd. 15.000 Menschen geplant. Hierfür seien zusätzliche 5 Millionen USD zusätzlich von UNHCR zur Verfügung gestellt worden

2.3.3 Politischer Hintergrund

Im Jahre 1969 kamen Muammar Gaddafi und andere Offiziere der libyschen Armee durch einen Militärputsch an die Macht.⁹⁵ Im Laufe der weiteren Entwicklung gelang es Gaddafi zum Alleinherrscher aufzusteigen. Zunächst wurde eine panarabische Richtung eingeschlagen, die das Ziel hatte die arabischen Staaten unter einer Führung zu vereinen. Daneben wurde der Staatssozia-

⁹⁰ vgl. Security Council authorizes 'all necessary measures' to protect civilians in Libya. UN News Centre vom 17.03.2011, <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=37808&Cr=libya&Cr1=>, abgerufen am 18.03.2011

⁹¹ vgl. UNHCR vom 15.03.2011: UNHCR fears civilians prevented from fleeing Libya amid fighting, <http://www.unhcr.org/4d7f88f19.html>, abgerufen am 16.03.2011

⁹² vgl. Libya: UN refugee agency calls for safe passage for civilians fleeing violence. UN News Centre vom 15.03.2011, <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=37767&Cr=Libya&Cr1=>, abgerufen am 16.03.2011

⁹³ vgl. UN envoy in Tripoli demands end of violence against civilians. Earth Times vom 15.03.2011, <http://www.earthtimes.org/articles/news/371861,tripoli-demands-violence-civilians.html>, abgerufen am 18.03.2011

⁹⁴ vgl. UNHCR vom 15.03.2011: UNHCR fears civilians prevented from fleeing Libya amid fighting, <http://www.unhcr.org/4d7f88f19.html>, abgerufen am 16.03.2011

⁹⁵ vgl. U.S. Department of State vom 17.11.2010: Background Note: Libya, <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/5425.htm>, abgerufen am 14.01.2011; Human Rights Watch vom 12.12.2009: Truth and Justice Can't Wait, <http://www.hrw.org/en/reports/2009/12/12/truth-and-justice-can-t-wait-0>, abgerufen am 14.03.2011

lismus als Ziel verfolgt. Nach einem Referendum sollten die Staaten Syrien, Libyen und Ägypten 1971 zu einem Staatenbund vereinigt werden, wozu es jedoch nicht kam. Auch die nachfolgend angestrebte Vereinigung von Libyen und Ägypten im Jahre 1972 wurde trotz angeblicher Einigkeit in dieser Frage nicht in die Praxis umgesetzt.

Im Jahr 1973 leitete Gaddafi die sogenannte Kulturrevolution ein. In diesem Zusammenhang wurden Volkskomitees auf allen Ebenen gebildet. 1974 fand trotz entsprechender Einigung eine Union mit Tunesien nicht verwirklicht. 1974 wurde der Staat umbenannt in die Große Sozialistische Libysch-Arabische Dschamahirija. Der Begriff Dschamahirija ist mit „Staat der Massen (des Volkes)“ zu übersetzen. Derzeit lautet die offizielle Bezeichnung des Staates Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija. Als unterste Ebene der Vertretung des Volkes wurden die revolutionären Volkskomitees gegründet. Im Laufe der weiteren Entwicklung wurden alle Parteien, Gewerkschaften und sonstigen gesellschaftlichen Vereinigungen einer Zivilgesellschaft verboten. 600 lokale Volkskongresse entsenden Delegierte in den Allgemeinen Volkskongress, der legislative Funktionen vergleichbar einem Parlament hat. Der Allgemeine Volkskongress wiederum bestellt einen Sekretär, der die Mitglieder des Allgemeinen Volkskomitees vorschlägt, die vom Volkskongress bestätigt werden. Die Mitglieder des Allgemeinen Volkskomitees sind vergleichbar den Kabinettsmitgliedern einer Regierung und stehen den verschiedenen Ministerien vor.

Seit 1980 hat Gaddafi keinen der genannten Posten mehr inne und ist auch nicht mehr Staatsoberhaupt. Die wahre Macht liegt bzw. lag dennoch weiterhin bei ihm, da seine Entscheidungen befolgt wurden. Diese übermittelte er entweder direkt der Regierung oder brachte sie über den Volkskongress, lokale Komitees oder einen lokalen Volkskongress ein. Gaddafi ist somit de facto Staatsoberhaupt und militärischer Oberbefehlshaber. Für die Verwirklichung dieser der Theorie nach direkten Demokratie wurden alle gesellschaftlichen Organisationen verboten, die das Volk nach Ansicht Gaddafis hätten spalten und seinen Willen verfälschen können.

Die einzigen Entitäten, die weiterhin geduldet wurden, waren die Stämme, wengleich deren Schwächung durch die Förderung eines libyschen Nationalbewusstseins betrieben wurde.⁹⁶ Eine weitere Schwächung des tribalen Zusammengehörigkeitsgefühls bewirkte die Verstärkung der Bevölkerung.⁹⁷ Zum Teil spielte die Stammeszugehörigkeit in der Vergangenheit eine vergleichbare Rolle wie ein soziales Netzwerk für die Karriere und für die Anbahnung von Ehen. Elias Jammal geht in einem Interview davon aus, dass es in Libyen 140 Stämme und Großfamilien gibt.⁹⁸

⁹⁶ vgl. ANALYSIS-Libya's tribal politics key to Gaddafi's fate. Reuters auf Alert Net vom 14.02. 2011, <http://www.trust.org/alertnet/news/analysis-libyas-tribal-politics-key-to-gaddafis-fate>, abgerufen am 14.03.2011

⁹⁷ vgl. mit gutem Überblick über Funktion der Stämmen: Zwischen Öl, Korruption und Grünem Buch. DW-World vom 23.02.2011, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,14861799,00.html>, abgerufen am 14.03.2011

⁹⁸ vgl. Jammal, Elias: „Gaddafi zwischen Sinn und Wahnsinn“, ntv Interview vom 24.02.2011, <http://www.ntv.de/politik/Gaddafi-zwischen-Sinn-und-Wahnsinn-article2691356.html>, abgerufen am 01.03.2011

Die Regierung verteilte Wohltaten aus den Gewinnen der Erdölindustrie an die Stämme. Dies erfolgte von oben nach unten über die Stammesführung bis zum einzelnen Haushalt. Gewährung und Umfang der Zuwendungen hingen von Wohlverhalten und Loyalität ab. Das Stammessystem ist in der modernen Zeit nicht als ein Organisationsmodell zu verstehen, bei dem die Führung etwas befiehlt und die Stammesangehörigen folgen, sondern als ein Konsensherstellungsmodell, bei dem der Führende über Ansehen seiner Familie und seiner Person in einer Frage Konsens mit den Familien seines Stammes, bzw. deren Vorständen herstellt, was nicht unerheblich von den von ihm zu verteilenden Wohltaten abhängt, die wiederum entsprechend der Gunst des Revolutionsführers Gaddafi zugeteilt werden bzw. wurden. Entsprechend hängt der jeweilige Stammesführer auch von der Stimmung in seiner Gefolgschaft ab, auf die er dank seines Ansehens Einfluss hat.

2.3.4 Statistik

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldetet Ausländer mit libyscher Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht	Summe der Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
4.384	66	40	105	211

Quelle: BAMF, AZR

Asylanträge

Im gesamten Jahr 2010 wurden 18 Anträge, im Januar und Februar 2011 drei bzw. kein Asylerstanträge libyscher Staatsangehöriger in Deutschland gestellt.

2.4 Algerien



Bildquelle: CIA - The World Factbook, Algeria

2.4.1 Grunddaten

Demokratische Volksrepublik Algerien (Al-Jumhuriyah al-Jaza'iriya ad-Dimuqratiya ash-Sha'biyah / République Algérienne Démocratique et Populaire)

Bevölkerung: 34,6 Mio. (Schätzung Juli 2010)

Bevölkerungswachstum: 1,177% (Schätzung 2010)

Altersstruktur: 0-14 Jahre: 25,4%, 15-64 Jahre: 69,5%, 65 Jahre und mehr: 5,1% (Schätzung 2010)

Altersdurchschnitt: 27,1 Jahre

Hauptstadt: Algier, ca. 2,74 Mio. Einwohner

Fläche: 2.381.741 qkm

Ethnien: Bevölkerung zu 99% arabisch-berberisch, weniger als 1% europäisch.

Religionen: 99% sunnitische Muslime und 1% Christen und Juden

Staatsform: Präsidialrepublik seit 1962 (Unabhängigkeit)

Staatsoberhaupt: Abdelaziz Bouteflika (seit 1999)

Regierungschef: Ahmed Ouyahia (seit Juni 2008)

Verwaltung: 48 Provinzen (Wilayat)

Sprachen: Amtssprache ist Arabisch, als nationale Sprache ist Berberisch anerkannt; Französisch ist als Verkehrssprache verbreitet.

Wirtschaftswachstum: 4,1% (Schätzung 2010)

BIP/Kopf: 7.400 US\$ (Schätzungen 2010);

Arbeitslosigkeit: 9, 9% (Schätzung 2010)

2.4.2 Aktuelle Situation

Im Zusammenhang mit der schlechten sozialen Lage und unter dem Eindruck der Proteste nach den Selbstverbrennungen in Tunesien dieses Jahr, haben sich junge Algerier aus Protest ebenfalls in Brand gesetzt.⁹⁹ Eine vorübergehende Erhöhung der Einfuhrzölle auf Grundnahrungsmittel führte im Januar 2011 zu landesweiten Protesten in der Öffentlichkeit.¹⁰⁰ Die Erhöhungen wurden von der Regierung jedoch zurückgenommen.

Am 22.01.2011 fand eine kleinere Demonstration in Algier statt, die nach tunesischem Vorbild die Ablösung der Regierung forderte.¹⁰¹ Die Polizei löste die Demonstration gewaltsam auf, es gab auf beiden Seiten zwischen 19 und 48 Verletzte. Am 29.01.2011 fand eine friedliche Demonstration mit etwas über 10.000 Teilnehmern in der Berberregion Kabylei für einen Regierungswechsel unter Führung der Oppositionspartei RCD (Bewegung für Kultur und Demokratie) statt.¹⁰² Die RCD ist mit 19 Sitzen im Parlament vertreten.¹⁰³ Am 12.02.2011 fand eine Demonstration in Algier für mehr Demokratie und den Rücktritt des Staatspräsidenten statt.¹⁰⁴ Es kam zu kurzfristigen Festnahmen von 400 Personen. Die Demonstration wurde durch die zahlenmäßig dominierende Polizei

⁹⁹ vgl. Seventh Algerian self-immolation. news24 vom 19.01.2011, <http://www.news24.com/Africa/News/Seventh-Algerian-self-immolation-20110119>, abgerufen am 09.03.2011
Algerian dies in self-immolation, echoing Tunisia. thewest.com.au vom 16.01.2011, <http://au.news.yahoo.com/thewest/a/-/world/8659224/algerian-dies-in-self-immolation-echoing-tunisia>, abgerufen am 09.03.2011

¹⁰⁰ vgl. 2 killed, 300 injured in Algerian riots. CNN World vom 08.01.2011, http://articles.cnn.com/2011-01-08/world/algeria.tunisia.protests_1_tunisian-government-food-prices-government-websites?_s=PM:WORLD, abgerufen am 09.03.2011;
Algeria govt cut food prices after deadly riots. Euronews vom 09.01.2011, <http://www.euronews.net/2011/01/09/algeria-govt-cuts-food-prices-after-deadly-riots>, abgerufen am 09.03.2011
Algerian riots resume over food prices. guardian.co.uk vom 07.01.2011, <http://www.guardian.co.uk/world/2011/jan/07/algeria-riots-food-prices>, abgerufen am 09.03.2011

¹⁰¹ vgl. Vargas, Jorge: Analysis: Pro-Democracy Riots Broken Up in Algeria, Allmediandy vom 22.01.2011, http://www.allmediandy.com/details_news_article.php?news_artid=578;
Offenbar Ausschreitungen in Algier. tagesschau.de vom 22.01.2011, <http://www.tagesschau.de/ausland/algerien162.html>. Alle Texte abgerufen am 09.03.2011.

¹⁰² vgl. Tausende protestieren in Algerien gegen die Regierung. Wochenblatt vom 29.01.2011, <http://www.wochenblatt.de/nachrichten/welt/Tausende-protestieren-in-Algerien-gegen-die-Regierung;art29,31949>, abgerufen am 09.03.2011

¹⁰³ vgl. Auswärtiges Amt: Algerien (Länder, Sicherheit, Reise), Stand Oktober 2010, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Algerien_node.html, abgerufen am 09.03.2011

¹⁰⁴ vgl. Polizei in Algerien reagiert mit Gewalt. DW-World.de vom 12.02.2011, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,14838484,00.html>;
Polizei verhindert Protestmarsch mit Gewalt. tagesschau.de vom 12.02.2011, <http://www.tagesschau.de/ausland/algerien170.html>; alle Abrufe am 09.03.2011

beendet. Am 19.02.2011 wurde eine Demonstration von 2.000 Personen in Algier alsbald durch die Polizei mit Schlagstockeinsatz beendet.¹⁰⁵ Diese wurde durch eine Dachorganisation der oppositionellen Kräfte namens Nationale Koordination für Wechsel und Demokratie (CNCD) organisiert, in der die Partei RCD ebenfalls aktiv ist. Auch hier wurde die Ablösung des alten Regimes gefordert. Die Teilnehmerzahl der nachfolgenden Demonstrationen ist kontinuierlich zurückgegangen.

Zum 24.02.2011 hob die Regierung den seit 19 Jahren geltenden Ausnahmezustand offiziell auf, welcher 1992 nach dem sich abzeichnenden Wahlsieg der islamistischen Heilsfront (FIS) verhängt worden war. Infolge der Wahlen 1992 gab es gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen militanten Islamisten und den Sicherheitskräften, wobei viele Unbeteiligte zum Opfer wurden. Es wird von 120.000 bis 200.000 Toten ausgegangen. Der Konflikt ist noch nicht beendet, wenige hundert Terroristen sollen noch aktiv sein.

Der Ausnahmezustand hatte den Staat weitgehende Eingriffe in politische Rechte erlaubt, insbesondere Eingriffe in die Versammlungsfreiheit, seine Abschaffung war eine zentrale Forderung der Regierungsgegner. Demonstrationen in Algier bleiben jedoch weiterhin verboten.¹⁰⁶

Eine weitere Maßnahme zur Vermeidung sozialer Unruhen wurde von Präsident Bouteflika am 24.02.2011 auf einem Kongress des Gewerkschaftsbundes UGTA angekündigt. Danach soll der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter besonderer Betonung der Jugendarbeitslosigkeit der Kampf angesagt werden.¹⁰⁷ In den nächsten fünf Jahren wird die Regierung nach seinen Worten drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen.

Die algerische Regierung unternimmt zudem weitere Schritte, um den Unmut in der Bevölkerung klein zu halten.¹⁰⁸ Algerier müssen nur noch bis zum 30. Lebensjahr Wehrdienst leisten. Für viele algerische Männer, die ihrer Wehrpflicht nicht nachgekommen waren, war eine Beschäftigung in einem staatlichen Unternehmen oder einer Behörde oder den Nachweis der geleisteten Wehrpflicht nicht möglich, da die Militärkarte als Nachweis für die geleistete Wehrpflicht vorzulegen war. Gleiches galt für die Ausstellung eines Reisepasses.

Der algerische Kommunikationsminister Nacer Mehal kündigte an, dass die Medien jungen Leuten geöffnet werden sollen um den Dialog mit der Jugend zu verbessern.¹⁰⁹ Dazu sollen interaktive

¹⁰⁵ vgl. Algeria braces for second pro-democracy rally. Al Arabiya News Channel vom 19.02.2011, <http://www.alarabiya.net/articles/2011/02/19/138264.html>, abgerufen am 09.03.2011

¹⁰⁶ vgl. Algerien hebt Ausnahmezustand nach 19 Jahren auf.. Reuters Deutschland vom 25.02.2011, <http://de.reuters.com/article/Topnews/idDEBEE71004P20110225>, abgerufen am 21.03.1011

¹⁰⁷ vgl. Algeria: Bouteflika, determined against youth unemployment. Ansamed News vom 25.02.2011, <http://www.ansamed.info/en/news/ME.XEF00317.html>, abgerufen am 09.03.2011

¹⁰⁸ vgl. Mansour, Fidet: Algeria reforms military service policy. Magharebia.com vom 08.03.2011, http://www.magharebia.com/cocoon/awi/xhtml1/en_GB/features/awi/features/2011/03/08/feature-02, abgerufen am 18.03.2011

¹⁰⁹ vgl. Algeria plans media reform. Magharebia.com vom 07.03.2011, http://www.magharebia.com/cocoon/awi/xhtml1/en_GB/features/awi/newsbriefs/general/2011/03/07/newsbrief-05, abgerufen am 18.03.2011

lokale Programme gehören, die den Jugendlichen ermöglichen sollen, wichtige Anliegen zu äußern. Auch soll in derselben Initiative Journalisten der Zugang zu den Ministerien eröffnet werden. Dies ist neben der Herabsetzung des Wehrpflichtalters eine der von Staatspräsident Bouteflika angekündigten Maßnahmen zur Beschwichtigung der protestierenden Öffentlichkeit im Lande. Weitere Maßnahmen werden die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Versorgung mit Wohnraum und das Angebot von Bankkrediten für junge Unternehmer sein.¹¹⁰

Die Polizei verhinderte eine Demonstration von rund 45 Personen am 12.03.2011 in Algier, die ihre Forderungen nach Rücktritt des Staatspräsidenten Bouteflika öffentlich machen wollten.¹¹¹

Am 16.03.2011 kam es in Algier bei Protesten für bessere Wohnbedingungen zu einer Straßenschlacht. Die Polizei setzte Tränengas gegen etwa 60 junge Männer ein, die ihrerseits Brandsätze und Steine warfen.¹¹²

Am 19.03.2011 verhinderten Bereitschaftspolizisten in Algier zwei Demonstrationen für demokratische Reformen, indem sie jegliche Menschenansammlung im Stadtzentrum verhinderten. Kurz danach versprach Präsident Bouteflika umfassende Reformen. Nach Angaben der nationalen Nachrichtenagentur APS bei einer Kundgebung zum Jahrestag des Kriegsendes zwischen Frankreich und Algerien teilte Bouteflika mit, die Aufhebung des Ausnahmezustands sei erst ein Anfang auf dem Weg zu weiteren politischen Veränderungen gewesen.¹¹³

2.4.3 Politischer Hintergrund

Die sozioökonomische Situation in Algerien ist durch einen florierenden Außenhandel mit Erdöl und Gas gekennzeichnet, der es dem Land ermöglicht hat, seine Auslandsverschuldung auf 1% abzubauen, wobei das Land über eine Reserve von 150 Milliarden (im Gegenwert in USD) an ausländischer Währung verfügt.¹¹⁴ Die Abhängigkeit von den Kohlenwasserstoffen, deren Förderung und Verkauf nur in begrenztem Ausmaß Arbeitsplätze mit sich bringt, konnte bisher nicht wesentlich reduziert werden. So wird der Haushalt Algeriens zu 60% aus den Erlösen der Kohlenwasserstoff-

¹¹⁰ vgl. Hadi, Hayam El: Algeria moves to encourage small businesses, 16.03.2011, abgerufen am 18.03.2011

¹¹¹ vgl. Algeria protest blocked by police. Yahoo News vom 12.03.2011, http://news.yahoo.com/s/afp/20110312/wl_africa_afp/algeriapoliticsunrestpolice_20110312120312, abgerufen am 14.03.2011

¹¹² vgl. Algeria police use tear gas on protest in capital. Reuters vom 16.03.2011, http://news.yahoo.com/s/nm/20110316/wl/nm/us_algeria_protest_2, abgerufen am 21.03.2011

¹¹³ vgl. Bouteflika versprach „allgemeine Reformen“. Der Standard vom 19.03.2011, <http://derstandard.at/1297820889905/Polizisten-verhindernDemonstration>, abgerufen am 20.03.2011

¹¹⁴ vgl. CIA, The World Factbook, Stand 01.03.2011: Algeria, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ag.html>, abgerufen am 09.03.2011;
vgl. Algeria.com, Stand 2011: Oil, Industry and Agriculture Driving Algeria's Economy, <http://www.algeria.com/economy>, abgerufen am 09.03.2011

förderung finanziert, die gleichzeitig zu 30% des Bruttoinlandprodukts und über 95% der Exporterlöse beitragen.

Arbeitsplätze im Bereich der Industrie und Landwirtschaft machen nach Schätzungen von 2009 einen Anteil von etwa 28% aus. Etwa 60% der Arbeitsplätze finden sich im Dienstleistungssektor sowie beim Staat.¹¹⁵

Im Jahre 2010 hat die Regierung einen Fünfjahresplan gestartet, der mit 286 Milliarden USD die Infrastruktur des Landes modernisieren und zur Schaffung von 3 Millionen neuer Arbeitsplätze beitragen soll.¹¹⁶ Bereits im Jahr 2005 bis 2009 wurde ein Programm zur Unterstützung des wirtschaftlichen Wachstums in Algerien mit 150 Milliarden USD durchgeführt. Die Realisierung vieler Projekte ist allerdings nicht zeitgerecht umgesetzt worden, da Planungskapazitäten für solche Großprojekte nicht ausreichend vorhanden waren.¹¹⁷

Die offizielle Arbeitslosigkeit beträgt 10%, wobei diese bei jungen Menschen doppelt so hoch sein soll, was zu Spannungen unter der jungen Bevölkerung Algeriens führt.¹¹⁸ Die Wohnungsnot wird allerdings von der Regierung bekämpft und es wird dabei auch eine spezielle Zuteilung von Wohnungen an junge Menschen mit geringem Einkommen künftig mit einbezogen.¹¹⁹ Hierfür sollen 50.000 Wohneinheiten speziell für junge Menschen mit subventionierten Preisen zur Verfügung gestellt werden. Bis 2014 sollen insgesamt 2 Millionen Wohneinheiten fertig gestellt werden. Davon seien 200.000 kurz vor der Fertigstellung.

Die bisherige Arbeitsmarkt- und Wohnungslage lässt die Zukunftsaussichten junger Algerier im Lande selbst wenig vielversprechend erscheinen. Es gibt daher seit Jahren einen ständigen Migrationswunsch junger Menschen Richtung Europa.

¹¹⁵ vgl. EconomyWatch: Algeria Economy, http://www.economywatch.com/world_economy/algeria, abgerufen am 09.03.2011. Anmerkung: Die Zahlen für Deutschland sind ähnlich, wobei allerdings hier der Staatsanteil der Unternehmen, die die Arbeitsplätze anbieten, wesentlich geringer ist. Die Privatisierung und Liberalisierung der Märkte ist in Algerien noch nicht ausreichend weit fortgeschritten, stellt aber ein wichtiges Anliegen der Regierung dar. Hierzu: EU: Europäisches Nachbarschafts- Partnerschaftsinstrument Algerien, Strategiepapier 2007 - 2013, S. 15 ff, http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_nip_algeria_de.pdf, abgerufen am 09.03.2011.

¹¹⁶ vgl. CIA World Factbook a.a.O. und die Deutsch-Algerische Industrie- und Handelskammer nennen dabei unterschiedliche Zahlen der Höhe der Investitionssumme. Hier wurde der aktuelleren Quelle des CIA World Factbook gefolgt.
vgl. Deutsch-Algerische Industrie- und Handelskammer vom 04.06.2009: Wachstumsmarkt Algerien, http://www.forum-aussenwirtschaft.de/Doku_2009_neu/vortraege/Beitrag_Andreas_Hergenroether.pdf, abgerufen am 09.03.2011

¹¹⁷ vgl. Algerien hat trotz Ölpreisflaute keinen Finanzierungsengpass. Germany Trade & Invest vom 18.03.2009, http://www.gtai.de/DE/Content/___SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument.html?fIdent=MKT200903178001, abgerufen am 09.03.2011

¹¹⁸ vgl. CIA World Factbook a.a.O.;
Algeria must tackle youth unemployment: IMF. Reuters vom 26.01.2011, <http://af.reuters.com/article/investingNews/idAFJOE70P0IT20110126>, abgerufen am 09.03.2011

¹¹⁹ vgl. Belamri, S. vom 28.02.2011: Housing Minister to Echorouk: "Sizable social and promotional housing quota earmarked by the state for Algerian youth", <http://www.echoroukonline.com/eng/algeria/12250-housing-minister-to-echorouk-sizable-social-and-promotional-housing-quota-earmarked-by-the-state-for-algerian-youth.html>, abgerufen am 09.03.2011

Die algerische Führung unter Präsident Bouteflika erkannte jedoch nunmehr die Gefahr, die von den Ereignissen in Tunesien und Ägypten für ihre Herrschaft ausgeht.¹²⁰ Wie oben dargestellt wurden zahlreiche Maßnahmen zur Befriedung der Stimmung in Algerien bereits eingeleitet bzw. beschlossen. Darunter fällt auch das erwähnte Infrastrukturprogramm, das als Konjunkturprogramm bezeichnet werden kann, die Aufhebung des seit 1992 bestehenden Ausnahmezustandes sowie die Ankündigung, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ferner hat der Staatspräsident die staatlich kontrollierten TV- und Rundfunkanstalten Anfang Februar 2011 dazu aufgefordert, allen politischen Parteien Sendezeit einzuräumen.¹²¹ In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Warnung an die Opposition, sich maßvoll zu verhalten, um Anarchie und Chaos im Lande zu verhindern.

2.4.4 Statistik

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldetet Ausländer mit algerischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht	Summe der Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
13.218	1.024	496	203	1.723

Quelle: BAMF, AZR

Asylanträge

Im Jahr 2010 wurden 439, im Januar und Februar 2011 49 bzw. 30 Asylerstanträge algerischer Staatsangehöriger in Deutschland gestellt.

Im Jahr 2010 stellten 412 Männer und 27 Frauen Erstanträge.

¹²⁰ vgl. Algeria President Bouteflika Responds to Opposition While Strikes Continue. Pan-African News Wire vom 24.02.2011, <http://panafricannews.blogspot.com/2011/02/algeria-president-bouteflika-responds.html>, abgerufen am 09.03.2011

¹²¹ vgl. Bouteflika criticizes 'excesses' during Algerian riots. Ma'an News Agency vom 04.02.2011, <http://www.maanneews.net/eng/ViewDetails.aspx?ID=357002>; Algeria state of emergency: Bouteflika 'signals end'. BBC News Middle East vom 03.02.2011, <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-12359750>. Abrufe am 09.03.2011

Altersprofil der Erstantragsteller 2010 und Januar 2011

Alter	Erstanträge 2010			Erstanträge Januar 2011		
	Summe	Männlich	Weiblich	Summe	Männlich	Weiblich
bis unter 16 Jahre	33	19	14	1	1	
von 16 bis unter 18 Jahre	30	30		3	3	
von 18 bis unter 25 Jahre	149	147	2	15	14	1
von 25 bis unter 30 Jahre	117	115	2	8	7	1
von 30 bis unter 35 Jahre	75	69	6	11	9	2
von 35 bis unter 40 Jahre	17	17		9	8	1
von 40 bis unter 45 Jahre	11	9	2	1	1	
von 45 bis unter 50 Jahre	7	6	1			
von 55 bis unter 60 Jahre				1	1	
Summe	439	412	27	49	44	5

Quelle: BAMF

Bildungsprofil der Antragsteller

Die überwiegende Mehrzahl der Asylbewerber aus Algerien, die befragt wurden, haben eine Schulbildung.¹²² Diese reicht von der Grundschule mit 137 Personen, über die Mittelschule mit 111 Personen bis zum Gymnasium mit 36 Personen. Weitergehende Abschlüsse mit Universitätsabschluss und Fachhochschule können 17 Personen aufweisen. Allerdings sind fast ein Drittel arbeitslos gewesen. Die übrigen Antragsteller kommen aus dem Handwerk, der Urproduktion und der Landwirtschaft, aus den Dienstleistungsberufen oder haben eine Hilfstätigkeit ausgeübt. Insgesamt kann nicht davon ausgegangen werden, dass dieser Personenkreis problemlos in den deutschen Arbeitsmarkt eingegliedert werden kann.

Grundschule	137
Mittelschule	111
Gymnasium	36
keine (Analphabet)	20
Universität	13
sonstiges	7
Fachhochschule	4
Fachschnule	1
Gesamtanzahl	329

¹²² BAMF

Reiseweg

Die Ausreise aus Algerien erfolgte in der Regel nach Angaben der befragten Asylbewerber illegal.¹²³ Das bevorzugte Verkehrsmittel der Ausreise sei das Schiff gewesen. Direktflüge in die Bundesrepublik Deutschland wurden nicht vorgetragen. Haupttransitländer waren Spanien, Frankreich und Italien. Von dort aus erfolgte die Weiterreise nach Deutschland. Auch die Einreise vollzog sich nach Angaben der befragten Asylbewerber illegal. Die wichtigsten Verkehrsmittel der Einreise waren Bahn, Bus und Pkw.

123 BAMF

2.5 Bahrain



Bildquelle: CIA - The World Factbook, Bahrain

2.5.1 Grunddaten

Königreich Bahrain (Al-Mamlaka al-Bahrayn)¹²⁴

Bevölkerung: 738.004 Einwohner, davon sind 235.108 Ausländer

Bevölkerungswachstum: 1,243% (Schätzung 2010)

Altersstruktur: 0-14 Jahre: 25,9%, 15-64 Jahre: 70,1%, 65 Jahre und mehr: 4% (Schätzung 2010)

Altersdurchschnitt: 30,4 Jahre

Hauptstadt: Manama (Al-Manamah) mit 156.872 Einwohnern

Fläche: 741,4 km²

Ethnien: 10% nicht bahrainische Araber, 8 % Iraner, 19% sind Personen aus anderen asiatischen Ländern wie Indien und Pakistan sowie 1 % Europäer

¹²⁴ vgl. zu den Grunddaten: CIA - The World Factbook, Bahrain; <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ba.html>, abgerufen am 03.03.2011; Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: DSW Datenreport 2010, <http://www.weltbevoelkerung.de/info-service/land.php>, abgerufen am 03.03.2011; Munzinger Online Länderprofil Bahrain, [http://www.munzinger.de/search/document?index=mol-03&id=03000SAU000&type=text/html&query.key=lkGk3IQB&template=/publikationen/laender/document.jsp&preview =](http://www.munzinger.de/search/document?index=mol-03&id=03000SAU000&type=text/html&query.key=lkGk3IQB&template=/publikationen/laender/document.jsp&preview=), abgerufen am 03.03.2011

Religionen: 81,2% Muslime (Schiiten and Sunniten), 9% Christen, 9,8% Angehörige anderer Religionen (Volkszählung 2001)

Staatsform: konstitutionelle Monarchie

Staatsoberhaupt: König Hamad bin Isa Al-Khalifa (seit 06.03.1999)

Regierungschef: Premierminister Khalifa bin Salman Al-Khalifa (seit 1971)

Regierungskabinett: das Kabinett wird vom König ernannt

Verwaltung: 5 Gouvernorate: Asamah, Janubiyah, Muharraq, Shamaliyah und Wasat

Sprachen: Staatssprache ist Arabisch; Englisch herrscht im internationalen Geschäftsverkehr vor. Daneben werden Farsi, Urdu und andere Sprachen gesprochen

Wirtschaftswachstum: 3,9% (Schätzung 2010)

BIP/Kopf: 40.400 US\$ (Schätzung 2010)

Arbeitslosigkeit: nach offiziellen Angaben von 2005 rd. 10 %, inoffiziell wird mit fast 20 % gerechnet. Junge Schiiten sind überproportional betroffen.

2.5.2 Aktuelle Situation

Seit dem 14.02.2011 reiht sich Bahrain für viele Beobachter überraschend in die Liste der aufbegehrenden arabischen Nationen ein. So gab es - offenbar ermutigt von den Erfolgen der Regierungsgegner in Tunesien und Ägypten - Demonstrationen gegen die dortige Regierung. Bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften wurden mindestens zwei Menschen getötet, Dutzende weitere verletzt.

Angesichts der anhaltenden Proteste ordnete König Hamad bin Isa al-Khalifa am 26.02.2011 eine Kabinettsumbildung an. Nach einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur BNA wurden die Minister für Gesundheit, Wohnungsbau und Kabinettsangelegenheiten ausgetauscht. Gesundheitsminister wurde ein Vertreter der schiitischen Mehrheit.¹²⁵

Überdies kehrte am 26.02.2011 ein wichtiger Vertreter der Opposition in Bahrain aus dem britischen Exil in das Königreich zurück. „Wir wollen eine echte Verfassung“, sagte der Schiitenführer Hassan Mushaimaa bei seiner Ankunft auf dem Flughafen. Trotz anderslautender Versprechungen habe die Staatsführung gemacht, was sie wolle. Mushaimaa hatte zuvor angekündigt, in seine Heimat zurückkehren. Er wolle sehen, ob die Führung des Golfstaats ernsthaft auf ihre Gegner zugehen wolle.¹²⁶ Die Regierung hatte als Zugeständnis an Demonstranten Muschaimaa und 24 weitere Menschen begnadigt, denen vorgeworfen wurde, einen Umsturz geplant zu haben.

¹²⁵ Proteste in Bahrain gehen weiter. sueddeutsche.de, <http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/1117885>, abgerufen am 03.03.2011

¹²⁶ Oppositionsführer kehrt nach Bahrain zurück. DPA vom 26.02.2011

Das Königshaus versucht indes, dem Konflikt mit bewährten Mitteln Herr zu werden. Bereits vor den angekündigten Protesten versprach der König allen einheimischen Familien eine Sonderzahlung von 1.000 Dinar, umgerechnet knapp 2.000 € zu gewähren. Gleichzeitig ließ er jedoch seine Sicherheitskräfte rücksichtslos gegen die Demonstranten vorgehen. In einer Fernsehansprache versprach König Hamad bin Isa Al-Khalifa seinem Volk, dass die Verantwortlichen für den Tod der beiden Protestierenden zur Verantwortung gezogen würden. Außerdem kündigte er die Bildung eines Gremiums an, das Reformvorschläge ausarbeiten soll. Die Opposition in Bahrain feiert den öffentlichen Auftritt des Königs schon als ersten Erfolg. Sie verweisen darauf, dass sowohl Tunesiens Autokrat Ben Ali, als auch Ägyptens Staatschef Mubarak nach ihrer dritten TV-Ansprache nach Beginn der Proteste demissionieren mussten.¹²⁷

Doch schon jetzt hat sich in Bahrain einiges verändert. Die al-Wifaq-Partei, die größte schiitische Fraktion im Parlament von Manama, hat bereits ihre parlamentarische Arbeit eingestellt und fordert direkte Verhandlungen mit dem Königshaus.¹²⁸

Anfang März hatten sich erstmals seit Beginn der Proteste vor über zwei Wochen sunnitische und schiitische Muslime Auseinandersetzungen geliefert. Nach Augenzeugenberichten hätten sich die Kämpfe weitgehend gelegt, sobald die Polizei eingetroffen sei.

Am 14.03.2011 marschierten rd. 1.000 Soldaten aus Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten in Bahrain ein, um die Regierung um den König zu schützen.¹²⁹ Zuvor hatte die Regierung nach wochenlangen schweren Unruhen das Kriegsrecht verhängt und die Nachbarstaaten um Hilfe gebeten. Ferner sollen neben wichtigen Gebäuden auch die Infrastruktur gesichert und die Energie- und Trinkwasserversorgung gewährleistet werden. Politisch bleibt die Lage jedoch explosiv. Nachdem Militär und Polizei die letzten Demonstrationen mit Gewalt beendet hatten, gab es in der Innenstadt von Manama keine erneuten Kundgebungen mehr. UNO-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay sieht in Bahrain massive Verletzungen der Menschenrechte und hat die Verantwortlichen vor Konsequenzen gewarnt. So gebe es Berichte von willkürlichen Verhaftungen, Tötungen, Gewalt gegen Demonstranten und medizinisches Personal und über die Übernahme von Krankenhäusern und medizinischen Zentren durch die Streitkräfte.¹³⁰

127 vgl. Oh, wie wild ist Manama. Zenith Politik, <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik//article/oh-wie-wild-ist-manama/>, abgerufen am 03.03.2011

128 vgl. Oh, wie wild ist Manama. Zenith Politik a.a.O.

129 vgl. Saudische Truppen in Bahrain, NZZ vom 16.03.2011

130 vgl. UN: Massive Verletzung der Menschenrechte in Bahrain, DPA-Agenturmeldung vom 17.03.2011

2.5.3 Politischer Hintergrund

Für Außenstehende waren die heftigen Proteste überraschend, weil das kleine Golfkönigreich aufgrund seiner innenpolitischen Verhältnisse nicht gerade für Unruhen prädestiniert ist. Denn die rd. 700.000 Untertanen von König Hamad ibn Isa Al Khalifa leben in relativem Wohlstand.¹³¹ Die Arbeitslosenquote liegt nach offiziellen Angaben unter 5%, ein Großteil einfacher Tätigkeiten wird von Gastarbeitern aus Süd- und Südostasien übernommen. Überdies hat Bahrain im Jahre 2007 als erster Golfstaat eine Arbeitslosenversicherung eingeführt. Ferner müssen die Bahrainer, die arbeiten gehen, keine Einkommenssteuer zahlen. Das BIP pro Kopf liegt nach Angaben des Internationalen Währungsfonds bei knapp 20.000 US-\$, und ist damit fast fünfmal höher als das in Tunesien und sechsmal höher als in Ägypten. Überdies hat die Regierung Bahrains seit Jahren große Anstrengungen auf wirtschaftlicher Ebene unternommen, um die Abhängigkeit vom Erdölsektor zu reduzieren. Dennoch macht dieser Bereich noch immer 60% der Exporterlöse und 70% der Staatseinnahmen aus.¹³²

Gemeinsam mit Malaysia hat sich Bahrain zu einem Zentrum für das islamische Bankenwesen herausgebildet. Doch davon profitiert bislang allerdings nur eine Minderheit der Bahrainer.

Negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Wirtschaft Bahrains hatte allerdings die weltweite Finanzkrise.¹³³ So sank das Wirtschaftswachstum von knapp 8% im Jahre 2007 auf 3,1% im Jahre 2010. Dadurch sind viele Investitionsvorhaben, mit denen die Abhängigkeit vom Öl gelockert werden soll, blockiert. Gleichzeitig steigt die Staatsverschuldung und damit der Druck auf die Regierung, Subventionen abzubauen. Dadurch verliert das Königshaus schrittweise die Möglichkeit, sich die Zustimmung und das Stillhalten seiner Untertanen zu erkaufen, wie es etwa die Nachbarn in Katar oder Saudi-Arabien können. So musste die Regierung etwa Ende Dezember zum großen Unwillen der Bürger die Anhebung des Renteneintrittsalters von 60 auf 65 ankündigen.

Zusätzlich verstärkt werden die wirtschaftlichen Probleme Bahrains durch einen unterschweligen, religiös aufgeladenen Konflikt. Denn die schiitische Mehrheit der Bahrainer wird von einem sunnitischen Königshaus beherrscht. Mangels offizieller Zahlen sind Schätzungen zufolge zwei von drei Bahrainern Schiiten. Diese fühlen sich seit jeher von der sunnitischen Minderheit benachteiligt und kritisieren, dass ihnen der Eintritt in den Staatsdienst praktisch unmöglich gemacht wird.¹³⁴ So gilt es als ein offenes Geheimnis, dass die Königsfamilie Sunniten im Jemen, in Syrien oder Pakistan

¹³¹ vgl. Von Libyen bis Bahrain. Deutschlandfunk, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1395442/>, abgerufen am 03.03.2011

¹³² vgl. TravelingWorld: Bahrain: Politik und Wirtschaft, <http://www.traveling-world.de/151c496/Bahrain/Politik-und-Wirtschaft/>, abgerufen am 03.03.2011

¹³³ vgl. Bahrain-Unruhen sind auch Folge der Finanzkrise. moneycab, <http://moneycab.com/mcc/?p=13786>, abgerufen am 03.03.2011

¹³⁴ vgl. Die Zukunft des Königs steht auf dem Spiel. FAZ vom 23.02.2011

als Polizisten oder Soldaten anwirbt und ihnen unbürokratisch die Staatsbürgerschaft anbietet. Die Unzufriedenheit der schiitischen Bahrainer wird dadurch weiter gesteigert. Deshalb sind Proteste der Schiiten in Bahrain auch kein neues Phänomen. Zudem sind in der Vergangenheit öfter schiitische Geistliche von den Behörden verhaftet worden. Nicht zuletzt deswegen gab in den letzten Jahren mehrfach Zusammenstöße zwischen meist jugendlichen Protestanten und der Polizei.¹³⁵ Königstreue sunnitische Medien und Politiker werfen dagegen den Schiiten häufig vor, eine „Fünfte Kolonne Irans“ zu sein. Dass dieser Vorwurf nicht ganz unbegründet ist, zeigt, dass Iran den Konflikt seinerseits schon des Öfteren durch Äußerungen von offizieller Seite anheizt, laut denen Bahrain einst „die 14. iranische Provinz“ gewesen sei und die Islamische Republik daher einen Gebietsanspruch auf das Inselkönigreich besitze“.¹³⁶

Dennoch kann die aktuelle Protestwelle in Manama und Umgebung nicht als rein religiös motivierter Protest bezeichnet werden. Auch zahlreiche Sunniten folgten am 14.02.2011 dem Aufruf zu Protesten am „Tag des Zorns“. „Keine Sunniten, keine Schiiten – nur Bahrainer“ lautet gegenwärtig der Slogan der Demonstranten. Der Unmut über die ausufernde Korruption und die sich fortlaufend verschlechternde Wirtschaftslage grassiert bei Schiiten und Sunniten gleichermaßen.¹³⁷

An stabilen innenpolitischen Verhältnissen in Bahrain sind vor allem die USA interessiert, denn unweit Manamas unterhalten sie eine Befehlszentrale mit dem Kürzel „Navcent“, nämlich das Hauptquartier ihrer Fünften Flotte. 3.000 US-Soldaten sind dort stationiert. Dem Kommando unterstehen 30 Kriegsschiffe mit 30.000 Mann, die den Persischen Golf, das Arabische und Rote Meer kontrollieren, um die Routen der Öl-Supertanker zu schützen. Diese Präsenz geht auf das Ende des Zweiten Weltkriegs zurück, als die US-Flotte begann, die Insel zu nutzen. 1971, nachdem sich die Briten zurückgezogen hatten, übernahmen die Amerikaner den Stützpunkt der Royal Navy. Eine Schlüsselrolle spielte Bahrain im Golfkrieg 1991 und noch markanter im Irakkrieg 2003, als gleich fünf Flugzeugträger in der Region kreuzten. Heute sind es die „Carl Vinson“ und die „Enterprise“, die von „Navcent“ befehligt werden.¹³⁸

135 vgl. Oh, wie wild ist Manama. Zenith, <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik//article/oh-wie-wild-ist-manama/>, abgerufen am 03.03.2011

136 Bahrain: Frontstaat oder Irans 5. Kolonne? Weltspiegel, <http://stream-tv.de/sendung/217256/weltspiegel-bahrain-frontstaat-oder-irans-5-kolonne>, abgerufen am 03.03.2011

137 Oh, wie wild ist Manama. Zenith, <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik//article/oh-wie-wild-ist-manama/>, abgerufen am 03.03.2011

138 Von Libyen bis Bahrain. Deutschlandfunk, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1395442/>, abgerufen am 03.03.2011

2.5.4 Statistik

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldetet Ausländer mit bahrainischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht	Summe der Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
113	-	-	3	3

Quelle: BAMF, AZR

Asylanträge aus Bahrain wurden weder im Jahr 2010 noch im Januar und Februar 2011 gestellt.

2.6 Jemen



Bildquelle: CIA - The World Factbook, Yemen

2.6.1 Grunddaten

Republik Jemen (Al-Jumhuriyya al-Yamaniyya)¹³⁹

Bevölkerung: 23.495.361 Einwohner (Schätzung Juli 2010)

Bevölkerungswachstum: 2,713% (Schätzung 2010)

Altersstruktur: 0-14 Jahre: 43,9%, 15-64 Jahre: 53,5%, 65 Jahre und mehr: 2,6% (Schätzung 2010)

Altersdurchschnitt: 17,9 Jahre

Hauptstadt: Sanaa; ca. 2,3 Mio. Einwohner

Fläche: Jemen hat eine geschätzte Fläche zwischen 478.000 und 533.000 km²

Ethnien: vorwiegend Araber; ebenso Afro-Araber, Südost-Asiaten, Europäer

Religionen: überwiegend Muslime (Sunniten und Schiiten), einige Juden, Christen, and Hindus

Staatsform: islamische Präsidialrepublik seit 1991

¹³⁹ vgl. zu den Grunddaten: CIA - The World Factbook: Yemen; <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ym.html>, abgerufen am 03.03.2011; Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: DSW Datenreport 2010, <http://www.weltbevoelkerung.de/info-service/land.php>, abgerufen am 03.03.2011; Munzinger Online Länderprofil: Jemen, [http://www.munzinger.de/search/document?index=mol-03&id=03000SAU000&type=text/html&query.key=lkGk31QB&template=/publikationen/laender/document.jsp&preview =](http://www.munzinger.de/search/document?index=mol-03&id=03000SAU000&type=text/html&query.key=lkGk31QB&template=/publikationen/laender/document.jsp&preview=), abgerufen am 03.03.2011

Staatsoberhaupt: Ali Abdallah Saleh (seit 1990)

Regierungschef: Ali Muhammad Mujawar (seit April 2007)

Verwaltung: 21 Gouvernorate

Sprachen: Amtssprache ist Arabisch, als Geschäfts- und Bildungssprache zum Teil auch Englisch

Wirtschaftswachstum: 5,2% (Schätzung für 2010)

BIP/Kopf: 2.600 US\$ (Schätzung 2010)

Arbeitslosigkeit: nach Schätzungen 45%. Offizielle Angaben differieren zwischen 11,5% und 28%.

2.6.2 Aktuelle Situation

Seit dem 13.02.2011 haben die politischen Unruhen auch den Jemen erfasst. Nach den letzten Großdemonstrationen wenden sich jetzt die Stammesführer im Süden des Landes von Präsident Saleh ab. Die Demonstranten zeigen sich von den Gesprächsvorschlägen der Regierung unbeeindruckt und haben eine Fortführung der Proteste angekündigt.¹⁴⁰ Bereits am 20.02.2011 hatte sich die parlamentarische Opposition der Protestbewegung gegen den Staatschef angeschlossen. In einer in Sanaa veröffentlichten Erklärung des gemeinsamen Forums, einer Allianz der parlamentarischen oppositionellen Kräfte, hieß es, alle seien aufgerufen, „sich den Jungen anzuschließen, die gegen Repression, Tyrannei und Korruption demonstrieren“.¹⁴¹

Das Land befindet sich nach einhelliger Einschätzung von Beobachtern, anders als viele andere arabische Länder, aktuell nicht in einem politischen Umbruch, sondern im letzten Stadium eines langjährigen Zerfallsprozesses.¹⁴²

Die seit einem Monat andauernden Proteste im Jemen nehmen drastisch zu. Zehntausende Demonstranten hatten in der Hauptstadt Sanaa und vier weiteren Großstädten des Landes nachhaltig die Absetzung von Präsident Ali Abdallah Saleh gefordert, der seit 32 Jahren das ärmste Land der arabischen Halbinsel regiert. Gleichzeitig gehen die staatlichen Sicherheitskräfte immer brutaler gegen die Protestierenden vor. Insgesamt sind in den letzten Wochen 24 Menschen getötet worden.

Offenbar unter dem Einfluss der Großdemonstrationen hatte Saleh nach langen Gesprächen mit den religiösen Führern des Landes angeboten, die Oppositionsparteien in die Regierung aufzunehmen. Lediglich die Schlüsselressorts Inneres, Verteidigung und Äußeres stünden nicht zur Disposition. Zuvor hatte er zugesichert, im Jahre 2013 kein drittes Mal kandidieren zu wollen. Den jemeniti-

¹⁴⁰ vgl. Jemens Präsident signalisiert Dialogbereitschaft, DPA-Agenturmeldung vom 20.02.2011

¹⁴¹ vgl. Proteste in Jemen weiten sich aus, NZZ vom 22.02.2011

¹⁴² vgl. Jemen, eine neue Brutstätte des Terrorismus. podcast.de, http://www.podcast.de/episode/1477163/Jemen%252C_eine_neue_Brutst%25C3%25A4tte_des_Terrorismus/, abgerufen am 04.03.2011

schen Regierungsgegnern genügt das nicht. „Wir kämpfen mit dem Volk und werden nicht nachgeben, bevor das Regime gefallen ist“, so ein Sprecher der oppositionellen Koalitionspartei. Sie kündigten weitere Proteste im ganzen Land an, die auch durchgeführt werden.¹⁴³

Nachdem drei Minister sowie mehrere Diplomaten und Parlamentarier aus Protest gegen Salih's rigorose Politik ihren Rücktritt eingereicht hatten, entließ der Präsident am 20.03.2011 die gesamte Regierung.¹⁴⁴ Die staatliche Nachrichtenagentur Saba meldete, die Minister sollten aber noch die Amtsgeschäfte führen, bis ihre Nachfolger gefunden seien. Unabhängige Beobachter gehen nicht davon aus, dass sich Salih mit der Entlassung politisch noch retten kann. Denn die Proteste, die durch den Einsatz von Gewalt gegen die Demonstranten eskaliert waren, richteten sich in erster Linie gegen ihn selbst.

Der bisher blutigste Tag seit Beginn der Proteste war am 18.03.2011. Scharfschützen in Zivil schossen in der Hauptstadt Sanaa von Dächern aus auf Demonstranten und töteten ca. 50 Menschen. Salih, der nach dem Blut-bad den Ausnahmezustand verhängte, hatte zwar dementiert, dass die Schützen im Auftrag der Re-gierung handelten. Die Opposition ist jedoch vom Gegenteil überzeugt.¹⁴⁵ Auch am 19.03.2011 ver-sammelten sich in Sanaa wieder Zehntausende Regimegegner, um den Rücktritt des Staatschefs zu fordern.

2.6.3 Politischer Hintergrund

Die innenpolitische Situation im Jemen ist instabil und u. a. von folgenden Faktoren bestimmt:

- der schlechten wirtschaftlich-sozialen Lage (u. a. Überbevölkerung),¹⁴⁶
- einem niedrigen Bildungsniveau¹⁴⁷: das Bildungsniveau ist im Jemen, auch verglichen mit dem anderer arabischer Staaten oder anderer der sogenannten „ärmsten Länder der Welt“, sehr niedrig. Der bis zur Vereinigung Jemens bestehende große Qualitätsunterschied zwischen den Bildungssystemen des Nordens und des Südens wurde seit 1990 allmählich ausgeglichen. Nachdem noch Anfang der 1970er-Jahre ca. 90% der Bevölkerung Analphabeten waren, liegt der Alphabetisierungsgrad heute zwischen 50,2% und 59% (Frauen ca. 30% - 35%, Männer ca. 70,5%

¹⁴³ vgl. Die Demonstranten in Jemen lassen nicht locker, NZZ vom 23.02.2011

¹⁴⁴ vgl. Jemens Präsident entlässt Regierung, DPA-Agenturmeldung vom 20.03.2011

¹⁴⁵ Blutige Kämpfe in Jemen, WAMS vom 20.03.2011

¹⁴⁶ Jemen: Tausende protestieren gegen Präsident Salih. Online Presseportal, <http://www.online-presseportal.com/allgemein/jemen-Tausende-protestieren-gegen-prasident-salih-17080/>, abgerufen am 04.03.2011

¹⁴⁷ KfW Entwicklungsbank. Jemen - Bildung für alle, http://www.kfw-entwicklungsbank.de/DE_Home/Entwicklungspolitische_Positionen/Gender/Jemen_-_Grundbildung_fuer_Maedchen.jsp, abgerufen am 04.03.2011

- 73%). Dabei besteht nach wie vor ein Unterschied zwischen dem mit Bildungsmöglichkeiten unterversorgten Norden und dem besser gebildeten Süden des Landes. An die Primarschule (Alter 6-15 Jahre), auf deren Besuch ein Recht besteht, schließt sich eine zweijährige Berufsausbildung oder die dreijährige Sekundarstufe an. Die Einschulungsrate an den Primarschulen lag 2006 bei 80% (74% bei Mädchen), diejenige an den Sekundarschulen im gleichen Jahr lediglich bei 47% der Altersklasse. Es bestehen acht staatliche und mindestens neun private Universitäten, an denen 2007/2008 etwa 242.000 Studenten, davon 26% Frauen an privaten und 31% Frauen an staatlichen Universitäten eingeschrieben waren.

- Armut¹⁴⁸: Jemen gehört zu den zwanzig ärmsten Ländern der Welt. Mehr als 40% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, 18% in absoluter Armut. 40% aller Jemeniten leben von weniger als zwei US-Dollar am Tag, mehr als 15% müssen mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen. Ein Drittel der Bevölkerung ist nach Erhebungen der Vereinten Nationen unterernährt. 12% der Kinder im Jemen sind akut unterernährt. 70% der Bevölkerung haben keine Ausbildung und viele keine medizinische Versorgung.
- Wirtschaft¹⁴⁹: die Wirtschaft Jemens war traditionell von der Landwirtschaft geprägt. Der Verfall der Rohstoffpreise in den Achtziger- und Neunziger-Jahren führte dazu, dass ehemals exportfähige Güter Jemens wie Kaffee und Hirse usw. auf dem Weltmarkt nicht länger wettbewerbsfähig waren, so dass viele Bauern auf den Anbau von Qat umstiegen. Obwohl etwa 60% der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiten, erwirtschaften sie lediglich 9,7% des Bruttoinlandsprodukts. Gründe dafür sind u. a. die extreme Wasserknappheit und die für die Landwirtschaft schwierigen klimatischen Bedingungen. Etwa 75% der Grundnahrungsmittel müssen eingeführt werden. Die wirtschaftliche Situation Jemens ist geprägt durch eine langsame Entwicklung der Wirtschaft. Mehr als 90% der Exporteinnahmen werden durch den Öl- und Gassektor erzielt, deren Vorkommen fast erschöpft sind. Die Ölförderquote ist rückläufig. Die Einnahmen aus dem Bereich stellen ca. 75% der Staatseinnahmen. Der internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert, dass im Jemen in zehn bis fünfzehn Jahren keine Rohstoffe mehr gefördert werden können. Die Entwicklung der Privatwirtschaft verläuft schleppend, die Weltbank sieht hohe Steuern, Korruption, fehlende Rechtssicherheit, schlechte Infrastruktur und ein unterentwickeltes Bankwesen als Gründe für fehlende Investitionen. Aufgrund der schwierigen Sicherheitslage im Land (terroristische Anschläge auf Touristengruppen sowie Entführungen) sind die Einnahmen aus dem Tourismus, lange Zeit eine wichtige Einnahmequelle, Schwankungen unterworfen. IWF und Weltbank prognostizierten für 2009 ein Wirtschaftswachstum von ca. 5,2%, das jedoch nicht annähernd erreicht werden konnte. Stagnation,

148 Jemen: Ein Leben in Armut. n-tv. <http://www.n-tv.de/politik/dossier/Ein-Leben-in-Armut-article41781.html>, abgerufen am 04.03.2011

149 Jemen: Das Armenhaus Arabiens. FAZ.NET, <http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~EEC922A0A8DD44637903708FBCB96AB89~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, abgerufen am 04.03.2011; ipicture: Jemen: Wirtschaft, http://www.ipicture.de/daten/wirtschaft_jemen.html, abgerufen am 04.03.2011

wachsende Auslandsverschuldung, hohe Zahlungsbilanz- und Haushaltsdefizite, Inflation (Inflationsrate), Verfall des Außenwerts der Landeswährung und eine sinkende Investitionsquote sind die Folgen.

- Korruption¹⁵⁰: Korruption ist im Jemen verbreitet, das Land steht zusammen mit drei anderen Ländern auf Position 154 des 180 Länder umfassenden Korruptionsindex (Corruption Perception Index) 2009. Die Korruption trifft vor allem Arme und hat starke Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes.
- dem Nord-Süd-Konflikt und den damit verbundenen Sezessionsbestrebungen des Südens¹⁵¹: im Süden Jemens gibt es auch nach dem Bürgerkrieg (Sezessionskrieg) 1994 weiterhin Sezessionsbestrebungen. Der wirtschaftliche Abwärtstrend Jemens macht sich vor allem seit 2007, insbesondere im Süden des Landes, bemerkbar. Es entstand eine Bewegung, eine locker organisierte regionale Opposition, in den südlichen Provinzen, die als Southern Movement (SM) bezeichnet wird. Sie versuchte zunächst mit friedlichen Mitteln, die Aufmerksamkeit auf Probleme (Gleichberechtigung mit den Bürgern im Norden des Landes, Arbeitsplätze, größere lokale Entscheidungsbefugnisse und stärkere Kontrolle über die ökonomischen Ressourcen des Südens, wie z. B. das größte Ölvorkommen in der Provinz Hadramaut) zu richten, die durch die Vereinigung des Nordens mit dem Süden entstanden waren. Es kam immer wieder zu Demonstrationen gegen die Situation im Süden und die Benachteiligung gegenüber dem Norden. Die Regierung versuchte, die Bestrebungen der Bewegung niederzuschlagen. Der Druck führte jedoch zu einer Radikalisierung, z. T. wird erneut die Unabhängigkeit des Südens gefordert. Seither finden gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und staatlichen Sicherheitsorganen statt, bei denen auch Demonstranten und Polizisten getötet werden und es zu willkürlichen Verhaftungen kommt. Diese Vorfälle haben seit 2009 zugenommen. Auch während der Geberkonferenz in Riad Ende Februar 2010 (Jemen-Konferenz) fanden in den Provinzen al-Dahli, Lahij, Abyan und Hadramaut Kundgebungen statt, in denen von Tausenden die Unabhängigkeit Südjemens gefordert wurde. Es kam zu Zusammenstößen mit Sicherheitskräften und Festnahmen von Demonstranten. In den Wochen vorher hatte die Regierung versucht, durch die Festnahmen von 130 Aktivisten und Journalisten Herr des Separatismus im Süden zu werden. 2009 erklärte AQAP, dass sie Southern Movement und die Ziele der Bewegung unterstütze, womit eine zunehmende Destabilisierung der Lage im Land droht.

150 Jemen – zerrissen von Clans, Korruption und Terror. SF, <http://www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2010/11/01/International/Jemen-zerrissen-von-Clans-Korruption-und-Terror>, abgerufen am 04.03.2011

151 Länder-Dossier Jemen. Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-27460419.html>, abgerufen am 04.03.2011;
Jemen: Land voller Konflikte. DRS 4News, <http://www.drs4news.ch/www/de/drs4/nachrichten/international/163944.jemen-land-voller-konflikte.html>, abgerufen am 04.03.2011

- dem politisch-religiös motivierten Aufstand der al-Houthi-Rebellen¹⁵²: Die al-Houthi-Rebellen sind eine schiitische (zaiditische) Gruppierung. Ihre Rebellion begann 2003/2004 mit Protesten gegen die US-Invasion im Irak. Hussein al-Houthi, der Anführer der Gruppierung, wurde bei Auseinandersetzungen zwischen dem Militär und seiner Organisation im September 2004 getötet. Sein Nachfolger wurde sein Bruder Abdelmalik al-Houthi. Die Gruppierung kämpfte seit 2004 mit Unterbrechungen gegen die Regierung. Die Unterbrechungen ergaben sich durch verschiedene Abmachungen zwischen den Aufständischen und der Regierung in den letzten Jahren, in denen ein Ende der Kämpfe und z. T. auch Amnestien vereinbart worden waren (u. a. hatte Katar 2007 und 2008 Waffenstillstandsabkommen vermittelt), die jedoch nicht lange hielten. Die al-Houthi-Rebellen werfen der Regierung Korruption, einen pro-amerikanischen Kurs, eine zu enge Zusammenarbeit mit dem Westen im Anti-Terror-Kampf, wachsende Armut und eine Unterdrückung von Seiten der sunnitischen Mehrheit vor. Das jemenitische Staatsoberhaupt beschuldigt die Aufständischen, ein zaiditisches Imamatum errichten zu wollen und geht davon aus, dass die Gruppierung von Iran unterstützt wird. Die jemenitische Regierung und die Houthi-Gruppe hatten im Februar 2010 eine Feuerpause vereinbart, bei späteren Auseinandersetzungen wurden jedoch auf beiden Seiten Dutzende Menschen getötet. Die Spannungen ließen nach, nachdem die Regierung Hunderte Mitglieder der Houthi-Gruppe aus den Gefängnissen freigelassen hatte.
- den terroristischen Aktivitäten der al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel¹⁵³: die Organisation al-Qaida im Jemen (AQJ) trat zum ersten Mal im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das US-Kriegsschiff USS Cole am 12.10.2000 in Aden auf, zu dem sich die Organisation Islamische Armee Adens (IAA) bekannte. Nach Anschlägen vom 11.09.2001 vermuteten die USA Verstecke der al-Qaida auch im Jemen. Jemen unterstützte den Westen bei der Verfolgung islamistischer Gewalttäter. Auch in der Folgezeit kam es zu Anschlägen im Jemen, in den die AQJ und die IAA verwickelt waren. Die Aktivitäten der AQJ nahmen vor allem 2008 zu. Es wurden Anschläge auf westliche Firmen, Öleinrichtungen, jemenitische Einrichtungen und Institutionen, Personen und diplomatische Vertretungen (u. a. gegen die US-Botschaft im September 2008) verübt. Zu den Anschlägen bekannte sich die AQJ, aber auch andere mit ihr verbundene Organisationen (wie z. B. Soldier's Brigade of Yemen (auch Yemen Soldiers Brigade bzw. YSB) sowie Islamic Jihad in Yemen). Seit 2008 sollen mehrere im Terrorkampf erfahrene Mitarbeiter des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA im Jemen sein und dort mit der Ausbildung und Ausrüstung jemenitischer Sicherheitskräfte begonnen haben. In einer Videobotschaft vom

152 Focus: Conflict in Yemen. Profile: Yemen's Houthi fighters. Al-Jazeera, <http://english.aljazeera.net/news/middleeast/2009/08/200981294214604934.html>, abgerufen am 04.03.2011

153 Al-Qaida im Jemen. Bin Ladens Statthalter. Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,726282,00.html>, abgerufen am 04.03.2011; AG Friedensforschung: Rückzugsraum für Terroristen - der Jemen, ein zweites Afghanistan? <http://www.agfriedensforschung.de/regionen/Jemen/terror4.html>, abgerufen am 04.03.2011; Hintergrund zum Jemen: Arm, kaum kontrollierbar - und Al-Kaida-Basis. tagesschau.de, <http://www.tagesschau.de/ausland/jemenhintergrund100.html>, abgerufen am 04.03.2011

Januar 2009 wurde der Zusammenschluss der AQJ mit der AQAH/AQAP (al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel) verkündet. Die Zahl der AQAP-Kämpfer wird auf 50 bis zu 200 bzw. 300 geschätzt. In den USA wird vermutet, dass sich in Trainingslagern in den von der Regierung nicht kontrollierten Teilen des Landes bis zu 1.500 al-Qaida-Kämpfer aufhalten. Den harten Kern der AQAP bilden einige jener 23 Terroristen, die im Februar 2006 aus einem jemenitischen Hochsicherheitsgefängnis ausgebrochen waren. AQAP soll auch junge Islamisten aus Deutschland, Australien und Frankreich ausbilden und Zulauf aus Pakistan und Afghanistan bekommen haben. Die Ziele der Organisation haben sich geändert. Während früher nur Anschläge in der Heimatregion geplant wurden, erfolgte im August 2009 bereits eine Aktion gegen den Sicherheitschef Saudi-Arabiens, Prinz Mohammad bin Nayef, der den Anschlag jedoch überlebte.

- der unzureichenden Umsetzung des Menschenrechtsschutzes¹⁵⁴: die Menschenrechtslage im Jemen ist widersprüchlich. Auf der einen Seite hat das Land alle wichtigen Menschenrechtskonventionen und -instrumente ratifiziert und 2003 ein Ministerium für Menschenrechte (MHR) geschaffen. Andererseits bleibt die Umsetzung des Menschenrechtsschutzes in der Praxis unzureichend. 2009 hat sich die Menschenrechtslage signifikant verschlechtert. Durch Gesetze garantierte Rechte werden oft durch abweichende, von der Scharia und Stammesrecht durchgesetzten Rechtspraxis und Willkür des Sicherheitsapparates unterminiert. Islamisch geprägte, streng traditionelle und tribal bestimmte Gesellschaftsnormen wirken sich negativ auf die Durchsetzung einer rechtsstaatlichen Ordnung und eines effektiven Menschenrechtsschutzes nach europäisch-westlichen Maßstäben aus. Besonders problematisch sind die häufige Verhängung der Todesstrafe, extralegale Tötungen, politisch motiviertes Verschwinden bzw. Verschwindenlassen, willkürliche Festnahmen / Inhaftierung (u. a. von Personen der Bewegung Southern Movement), schlechte Haftbedingungen, eine schwache, korrupte und in der Praxis nicht unabhängige Justiz sowie Folter und Misshandlungen durch Sicherheitskräfte. Frauen werden benachteiligt. Korruption ist weit verbreitet. Die Presse- und die Versammlungsfreiheit werden behindert.

154 vgl. Amnesty: Jemen opfert Menschenrechte bei Terroristen-Jagd. Aargauer Zeitung, <http://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/amnesty-jemen-opfert-menschenrechte-bei-terroristen-jagd-11408669>, abgerufen am 04.03.2011;
vgl. Niebel will für Menschenrechte im Jemen kämpfen. portal liberal, <http://www.liberal.de/Niebel-will-fuer-Menschenrechte-im-Jemen-kaempfen/6770c11591i1p69/index.html>, abgerufen am 04.03.2011;
vgl. Westerwelle pocht auf Stabilität im Jemen und Menschenrechte. evangelisch.de, <http://www.evangelisch.de/themen/politik/westerwelle-pocht-auf-stabilitaet-im-jemen-und-menschenrechte9653>, abgerufen am 04.03.2011

2.6.4 Statistik

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldetet Ausländer mit jemenitischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht	Summe der Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
2.762	81	24	32	137

Quelle: BAMF, AZR

Asylanträge

Aus dem Jemen wurden im Jahre 2010 17 Asylanträge gestellt, im Januar 2011 ein und im Februar drei Asylanträge. Die Asylbewerber sind überwiegend männlich.

2.7 Jordanien



Bildquelle: CIA - The World Factbook, Jordan

2.7.1 Grunddaten

Haschemitisches Königreich Jordanien (al-Mamlaka al-Urduniyya al-Hashimiyya)¹⁵⁵

Bevölkerung: 6,41-6,5 Mio. Einwohner

Bevölkerungswachstum: 2,2%– 2,6%

Altersstruktur: bis 14 Jahre: 35,6 %, 5 bis 64 Jahre: 59,6 %, 65 Jahre und älter: 4,7 %

Altersdurchschnitt: 21,8 Jahre

Hauptstadt: Amman

Fläche: 89.342 km²

Ethnien: Araber (98-99%) ca. 0,5-1% Tscherkessen und insgesamt 1% Kurden, Dagestaner, Turkmenen und Armenier; 1,9 Mio. Palästinenser als Flüchtlinge registriert

¹⁵⁵ vgl. zu den Grunddaten: CIA - The World Factbook, Jordan , <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/jo.html>, abgerufen am 23.02.2011;
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: DSW Datenreport 2010, http://www.weltbevoelkerung.de/pdf/dsw_datenreport_10.pdf, abgerufen am 23.02.2011,
Munzinger Online Länderprofil Jordanien, <http://www.munzinger.de/search/document?index=mol-03&id=03000JOR000&type=text/html&query.key=yt6vtYjL&template=/publikationen/laender/document.jsp&preview=>, abgerufen am 23.02.2011;
U.S. Department of State: 2009 Human Rights Report: Jordan, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2009/nea/136071.htm>, abgerufen am 01.03.2011

Religionen: 92-93% Muslime (fast nur Sunniten), 5-6% Christen und 2% Sonstige (ca. 1% Drusen)

Staatsform: konstitutionelle (Erb-)Monarchie

Staatsoberhaupt: König Abdullah II

Parlament: Zweikammerparlament mit Unter- und Oberhaus (Abgeordnetenhaus und Senat)

Regierungschef: Marouf al-Bakhit (seit 01.02.2011)

Verwaltung: 12 Gouvernements bzw. Gouvernorate oder Provinzen

Sprachen: Arabisch, Englisch (als Wirtschaftssprache)

Wirtschaftswachstum: 3,2% (Schätzung 2010)

BIP/Kopf: 5.300 US\$ (Schätzung 2010)

Arbeitslosigkeit: offiziell 13,4-13,5% , inoffiziell ca. 30%; Jugendarbeitslosigkeit: 27,1-31,7%¹⁵⁶

2.7.2 Aktuelle Situation

Seit dem 07.01.2011 kommt es in Jordanien an Freitagen regelmäßig zu Protesten in verschiedenen Städten, bereits am zweiten Termin sollen in ganz Jordanien ca. 20.000 Personen teilgenommen haben. Die Demonstrationen richteten sich zunächst hauptsächlich gegen hohe Lebenshaltungskosten und die Wirtschaftspolitik der Regierung und bisher nicht gegen den König. Die Demonstranten, die auch soziale und politische Rechte fordern, sind z. T. Teil des losen Bündnisses „Dscha'een“ (d.h. wir kommen) bestehend aus Lehrern, Arbeitern, pensionierten Soldaten, Linken und Studenten, die parteiunabhängig sind.

König Abdullah II reagierte auf die Unruhen, bereiste das Land, um sich mit Clanführern und Bauern zu besprechen. Die Regierung legte zunächst zwei Notfallpakete in Höhe von 425 Millionen Dollar auf und erließ Subventionen für Brot und Benzin. Auch die Gehälter von Soldaten und Beamten wurden erhöht.¹⁵⁷ Am 01.02.2011 entließ Abdullah II den bisherigen Ministerpräsidenten Samir Rifai und ersetzte ihn durch Marouf Bakhit. Der neue Ministerpräsident, der bereits von 2005 bis 2007 im Amt war, soll politische (u. a. ein neues Wahlgesetz) und soziale Reformen verwirklichen.¹⁵⁸ Am 03.02.2011 führte der König mit der oppositionellen Islamischen Aktionsfront (IAF)

¹⁵⁶ vgl. International Labor Organisation: Jordan: country profile, http://laborsta.ilo.org/sti/DATA_FILES/TABLE_PDF/By_Country_FULL_EN.pdf, abgerufen am 28.02.2011

¹⁵⁷ vgl. von Mittelstaedt, Juliane: Proteste in Jordanien: Nieder mit der Regierung! Es lebe der König! In Spiegel Online vom 04.02.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-743493,00.html>, abgerufen am 23.02.2011;

Böhmer, Daniel-Dylan: Druck auf Jordaniens König. Die Welt vom 03.02.2011, S. 4;

Schnelle Reformen für Jordanien. NZZ vom 23.02.2011, S. 3;

Erdmann, Lisa; Gathmann, Florian, Niesmann, Andreas; Peters, Katharina, Putz, Ulrike; von Rohr, Mathieu: Volksaufstand in Arabien Tage des Zorns, Wochen des Umbruchs,

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-744111,00.html>, abgerufen am 21.02.2011;

Dr. Beck, Martin, Collet, Lea: Länderbericht Dominostein Jordanien? In Konrad-Adenauer-Stiftung vom 02.02.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_21799-1522-1-30.pdf?110203150309, abgerufen am 02.03.2011

¹⁵⁸ vgl. von Mittelstaedt, Juliane: Proteste in Jordanien Nieder mit der Regierung! Es lebe der König! a.a.O.;

Gespräche über die politische Zukunft des Landes. Am 04.02. forderten ca. 1.200 Menschen bei einer Demonstration, zu der die IAF aufgerufen hatte, weitere Reformen. Am 05.02.2011 schickten Vertreter fast aller wichtigen Beduinenstämme einen Brief an den König, im dem sie die Verschwendungssucht seiner Frau Rania¹⁵⁹ und die Geschäfte ihrer Familie kritisierten. Kritik wurde auch an der Menschenrechtslage geübt, insbesondere an den Zuständen in jordanischen Gefängnissen. Auch forderten sie die Einbindung der Hamas in die jordanische Palästina-Politik.¹⁶⁰

Bei Protesten am 18.02.2011 kam es zu Zusammenstößen zwischen Regierungstreuen und –gegnern, wobei einige Personen verletzt wurden.¹⁶¹ Bei seiner ersten Rede nach Beginn der Proteste vor Abgeordneten, Richtern und Kabinettsmitgliedern am 20.02.2011 zeigte sich Abdullah II zu „schnellen und echten“ Reformen bereit. Der König gab an, die neue Regierung angewiesen zu haben, einen „umfassenden und transparenten Dialog mit allen Vertretern des politischen Spektrums“ zu führen. Die jordanischen Bürger sollten mehr Mitsprachemöglichkeiten erhalten, Korruption und Vetternwirtschaft bekämpft werden. Alle Gesetze sollten überprüft werden, insbesondere die Wahlgesetze. Effektive Parteien müssten sich etablieren, bei den Wahlen solle ein Wettbewerb der jeweiligen politischen Programme stattfinden. Mit seiner Rede kam der König Forderungen der Demonstranten nach, wobei er keine Ausführungen dazu machte, ob er selbst auf ihm bisher zustehende Vollmachten verzichten wird.¹⁶²

Auch nach den Zugeständnissen forderten am 25.02.2011 zwischen 4.000 und 5.000 Demonstranten Neuwahlen. Oppositionsführer Hamsa Mansur verlangte politische Reformen, der Ministerpräsident

Jordaniens König feuert seine Regierung. Spiegel Online vom 01.02.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,742921,00.html>, abgerufen am 23.02.2011;
Böhmer, Daniel-Dylan: Druck auf Jordaniens König. a.a.O.;
Wo selbst die Islamisten loyal sind. FAZ vom 05.02.2011, S. 4;
Pelham, Nicolas: Jordan's Balancing Act vom 22.02.2011, Middle East Report Online, <http://www.merip.org/mero/mero022211.html>, abgerufen am 23.02.2011;
Dr. Beck, Martin, Collet, Lea: Länderbericht Dominostein Jordanien? In: Konrad-Adenauer-Stiftung vom 02.02.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_21799-1522-1-30.pdf?110203150309, abgerufen am 02.03.2011

¹⁵⁹ vgl. hierzu auch: Neue Regierung in Jordanien. FAZ vom 10.02.2011, S. 4;
Pelham, Nicolas: Jordan's Balancing Act vom 22.02.2011, Middle East Report Online, a.a.O.

¹⁶⁰ vgl. Sydow, Christoph: Mit spitzer Feder gegen das Königshaus. Zenith vom 09.02.2011, <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/article/mit-spitzer-feder-gegen-das-koenigshaus>, abgerufen am 23.02.2011

¹⁶¹ vgl. Nachrichten aus dem Nahen Osten vom 19.02.2011: Jordanien: Erste brutale Übergriffe, <http://www.nah-ost.info/levante/jordanien-erste-brutale-uebergriffe-17221270.html>, abgerufen am 23.02.2011;
CNN vom 22.02.2011: Unrest in the Middle East and North Africa, <http://edition.cnn.com/2011/WORLD/meast/02/22/mideast.africa.unrest/index.html>, abgerufen am 23.02.2011

¹⁶² vgl. Jordaniens König für mehr Mitsprache der Bürger. NZZ Online vom 20.02.2011, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/jordanien_koenig_reformen_1.9617872.html, abgerufen am 01.03.2011;
König verspricht „echte und schnelle“ Reformen. derStandard.at vom 20.02.2011, <http://derstandard.at/1297818482183/Koenig-verspricht-echte-und-schnelle-Reformen>, abgerufen am 01.03.2011

solle künftig in allgemeinen Wahlen bestimmt und nicht durch König Abdullah II ernannt werden.¹⁶³

Am 12.03.2011 bekundeten bei der größten Demonstration seit Wochen ungefähr 10.000 Palästinenser und Beduinen in Amman ihre Loyalität zu König Abdullah II. Die Kundgebung war damit ungefähr dreimal so groß wie die Demonstrationen in den vergangenen drei Monaten, bei denen mehr politische Mitspracherechte, sichere Arbeitsplätze und billigere Lebensmittel gefordert worden waren.¹⁶⁴

2.7.3 Politischer Hintergrund

Jordanien gilt als eines der stabilsten Länder im Nahen Osten. Das Land hat Frieden mit Israel geschlossen.

Jordanien besitzt kaum Rohstoffe, die Korruption hat zugenommen (Jordanien liegt auf Position 50 des 178 Länder umfassenden Korruptionsindex)¹⁶⁵, die offizielle Arbeitslosigkeit liegt bei ca. 13,4% (nach inoffiziellen Schätzungen bis zu 30%) und trifft vor allem die Jugendlichen. Ungefähr 70% der Einwohner Jordaniens sind jünger als 30 Jahre. Zunehmend sind auch besser Qualifizierte von Arbeitslosigkeit betroffen oder werden schlecht bezahlt. Das Lohnniveau ist niedrig, die Preise für Grundnahrungsmittel und Brennstoffe sind in letzter Zeit gestiegen. 15% der Jordanier leben unterhalb der Armutsgrenze.¹⁶⁶

Mehr als die Hälfte der Einwohner Jordaniens sind palästinensische Flüchtlinge oder stammen von ihnen ab, wodurch das soziale Konfliktpotenzial erhöht wird.¹⁶⁷ König Abdullah II, der als Nach-

¹⁶³ vgl. Nahost Proteste in Tunesien, im Irak und Jordanien. Welt Online vom 26.02.2011, http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article12647989/Ausland.html, abgerufen am 28.02.2011; Proteste von Jordanien bis Jemen. NZZ Online vom 25.02.2011, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/proteste_von_jordanien_bis_jemen_1.9685925.html, abgerufen am 28.02.2011; Aufstand in Arabien. Spiegel Online vom 25.02.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,747847,00.html>, abgerufen am 28.02.2011, Tausende Demonstranten fordern Reformen. derStandard.at vom 25.02.2011, <http://derstandard.at/1297818984275/Tausende-Demonstranten-fordern-Reformen>, abgerufen am 28.02.2011;

¹⁶⁴ vgl. NZZ Online vom 12.03.2011: Tausende von Regierunganhängern demonstrieren in Jordanien, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/jordanien_regierungsanhaenger_demonstration_1.9867919.html, abgerufen am 16.03.2011

¹⁶⁵ vgl. Transparency International: Corruption Perception Index 2010 Results, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results, abgerufen am 02.03.2011

¹⁶⁶ vgl. Böhmer, Daniel-Dylan: Druck auf Jordaniens König, a.a.O.; Wo selbst die Islamisten loyal sind. FAZ vom 05.02.2011 Erdmann, Lisa; u.a. a.a.O. Dr. Beck, Martin, Collet, Lea: Länderbericht Dominostein Jordanien? a.a.O.; Sharp, Jeremy M. Jordan: Background and U.S. Relations. Congressional Research Service, <http://fpc.state.gov/documents/organization/156512.pdf>, abgerufen am 02.03.2011

¹⁶⁷ vgl. Böhmer, Daniel-Dylan: Druck auf Jordaniens König. Die Welt vom 03.02.2011, S. 4

fahre des Propheten Muhammad in der 43. Generation gilt¹⁶⁸, ist seit 1999 Nachfolger seines Vaters Hussein. Dieser ermöglichte bereits 1998 Parlamentswahlen in Jordanien. Der Ausnahmezustand in Jordanien wurde aufgehoben und das Mehrparteiensystem eingeführt, auch die Menschenrechtslage ist besser als in anderen arabischen Ländern, obwohl es immer wieder zu Einschränkungen kommt, wie z.B. durch das restriktive Parteiengesetz vom März 2007 oder die Auflösung des Parlaments im November 2009. Im November 2010 fanden Parlamentswahlen in Jordanien statt, wobei die wichtigste Oppositionspartei, die aus der Muslimbruderschaft hervorgegangene Islamische Aktionsfront, zum Wahlboykott aufgerufen hatte. Ins Parlament gewählt wurden überwiegend Unabhängige und Stammesfürsten, die dem König gegenüber loyal sind. Im November 2010 ernannte der König Samir el-Rifai zum Premier. Der trieb die Privatisierungskampagne voran, wobei er sowie seine Verwandten und Freunde sich bereichert haben sollen.¹⁶⁹

2.7.4 Statistik

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldetet Ausländer mit jordanischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht	Summe der Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
7.675	173	87	62	322

Quelle: BAMF, AZR

Asylanträge

Aus Jordanien kommen relativ wenige Asylantragsteller. Im Jahr 2009 wurden insgesamt 23 Erstanträge gestellt, 2010 insgesamt 34 (davon 20 von Männern, 14 von Frauen; alle nicht älter als 40 Jahre, mehr als die Hälfte unter 25), im Januar 2011 keiner und im Februar 2011 einer.¹⁷⁰

Altersprofil der Erstantragsteller 2010

Alter	Summe	Männlich	Weiblich
bis unter 16 Jahre	9	3	6
von 18 bis unter 25 Jahre	10	5	5
von 25 bis unter 30 Jahre	9	8	1
von 30 bis unter 35 Jahre	5	3	2
von 35 bis unter 40 Jahre	1	1	
Summe	34	20	14

Quelle: BAMF

¹⁶⁸ vgl. Böhmer, Daniel-Dylan: Druck auf Jordaniens König, a.a.O

¹⁶⁹ vgl. Munzinger Online Länderprofil Jordanien, a.a.O.;
U.S. Department of State: 2009 Human Rights Report: Jordan, a.a.O.;
Pelham, Nicolas: Jordan's Balancing Act vom 22.02.2011, Middle East Report Online, a.a.O.

¹⁷⁰ BAMF

Bildungsprofil der Antragsteller

Nach den 26 ausgewerteten Befragungen jordanischer Asylantragsteller im Jahr 2010 gaben fünf Personen an, die Universität besucht zu haben, zehn das Gymnasium und neun die Mittelschule, lediglich einer nannte die Grundschule¹⁷¹.

Reiseweg

Jordanische Asylbewerber trugen vor, auf dem Luftweg über Rom bzw. Istanbul in die Bundesrepublik Deutschland eingereist zu sein¹⁷²

171 BAMF (Auswertungszeitraum 01.01.-31.12.2010)

172 BAMF (Auswertungszeitraum 01.01.-31.08.2010)

2.8 Libanon



Bildquelle: CIA - The World Factbook, Lebanon

2.8.1 Grunddaten

Libanesische Republik (al-Jumhuriya al-Lubnaniya)¹⁷³

Bevölkerung: 4,125–4,3 Mio. Einwohner, ca. 425.000 von der UNRWA registrierte palästinensische Flüchtlinge

Bevölkerungswachstum: 0,62-1,5%

Altersstruktur: unter 15 Jahren 25,8 %; 15 – 64 Jahre 67 %; über 65 Jahren 7,2%

Altersdurchschnitt: 29,4 Jahre

Hauptstadt: Beirut

Fläche: 10.452 km²

Ethnien: überwiegend Araber (95%), ca. 4% Armenier, 1% Sonstige

¹⁷³ vgl. zu den Grunddaten: CIA - The World Factbook, Lebanon, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/le.html>, abgerufen am 23.02.2011;
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: DSW Datenreport 2010, http://www.weltbevölkerung.de/pdf/dsw_datenreport_10.pdf, abgerufen am 23.02.2011;
Munzinger Online: Länderprofil Libanon, <http://www.munzinger.de/search/document?index=mol-03&id=03000LBN000&type=text/html&query.key=xFXnMkXK&template=/publikationen/laender/document.jsp&preview=,> abgerufen am 28.02.2011;
U.S. Department of State: 2009 Human Rights Report: Lebanon, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2009/nea/136073.htm>, abgerufen am 02.03.2011

Religionen: 18 anerkannte Religionsgemeinschaften, davon etwa 33 bis 39% Christen, 60% bis 66% Muslime (Schiiten, Sunniten, Drusen, Alawiten, Ismailiten) und Juden

Staatsform: Parlamentarische Demokratie, Republik

Staatsoberhaupt: Präsident Michel Suleiman

Parlament: Einkammerparlament (Abgeordnetenversammlung bzw. Nationalversammlung)

Regierungschef: Najib Mikati (seit 25.01.2011)

Verwaltung: 6 Gouvernements oder Provinzen (Muhafazat)

Sprachen: Arabisch (offiziell), Französisch und Englisch weit verbreitet, Armenisch

Wirtschaftswachstum: 7,2% (Schätzung 2010)

BIP/Kopf: 14.200 US\$ (Schätzung 2009)

Arbeitslosigkeit: 2009 ca. 9% geschätzt, Jugendarbeitslosigkeit: 20,9%¹⁷⁴

2.8.2 Aktuelle Situation

Zwar kam es auch im Libanon am 24./25.01.2011 zu Demonstrationen Tausender in verschiedenen Teilen des Landes. Diese Demonstrationen richteten sich jedoch gegen die Hizbollah und die Ernennung des von der Hizbollah unterstützten Najib Mikati zum neuen Ministerpräsidenten.¹⁷⁵

Am 27.02.2011 protestierten Hunderte und am 20.03.2011 mehrere tausend Personen, die die Umbruchstimmung in anderen Ländern der arabischen Welt aufnehmen wollten, gegen das konfessionsgebundene politische System, das sie für die Korruption und die Verarmung der Bevölkerung verantwortlich machen.¹⁷⁶

¹⁷⁴ vgl. Worldbank: Young People in Arab Countries: Promoting Opportunities and Participation <http://siteresources.worldbank.org/INTMENA/Resources/finalbackgroundpaper.pdf>, abgerufen am 28.02.2011

¹⁷⁵ vgl. Mikati neuer Regierungschef. NZZ vom 26.01.2011, S. 3; Keller, Gabriela und Borgstede, Michael: Ab sofort regiert im Libanon der Iran mit. Die Welt vom 26.01.2011, S. 6; Sydow, Christoph: Die Wutprobe. Zenith vom 25.01.2011, <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/article/die-wutprobe/>, abgerufen am 28.02.2011; Sirios, Marc J.: Lebanon Against Itself (Again) vom 04.02.2011, Middle East Report Online, <http://www.merip.org/mero/mero020411.html>, abgerufen am 23.02.2011

¹⁷⁶ vgl. Meguerditchian, Van; Monzer, Ashraf: Hundreds of Lebanese rally against sectarian regime. In The Daily Star vom 28.02.2011, http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=1&categ_id=2&article_id=125398#axzz1FLWadFhK, abgerufen am 02.03.2011; AFP vom 20.03.2011: Libanesen demonstrieren gegen konfessionelles System, http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5ideFo8H_pJEwAeomwDxEQ7eprzxw?docId=CNG.611e7dc44bfe188a0f33c393d169b72c.781, abgerufen am 21.03.2011; stern.de vom 20.03.2011: Tausende Libanesen demonstrieren gegen konfessionelles System, <http://www.stern.de/news2/aktuell/tausende-libanesen-demonstrieren-gegen-konfessionelles-system-1665819.html>, abgerufen am 21.03.2011

2.8.3 Politischer Hintergrund

Libanon ist eine parlamentarische Republik mit einem konfessionellen Proporzsystem (so muss der Präsident maronitischer Christ sein, der Premier sunnitischer Muslim und der Parlamentssprecher schiitischer Muslim)¹⁷⁷ und demokratischen Verfassungsgrundmustern, die mit Einschränkungen in der Praxis funktionieren. Korruption ist ein Problem im Libanon (das Land liegt auf Position 127 des 178 Länder umfassenden Korruptionsindex)¹⁷⁸.

Die Hizbollah, die 1982 als bewaffnete Widerstandsbewegung gegen die israelische Besatzung gegründet worden war und von Iran und Syrien unterstützt wird, bildet in Teilen der Bekaa-Ebene, in südlichen Vororten Beiruts und in Teilen des Südlibanons eine Art Staat im Staat und ist politisch die stärkste schiitische Kraft.

Nach dem Bürgerkrieg im Libanon (1975-1990), der Ermordung des ehemaligen Premiers Rafik Hariri am 14.02.2005 und den anschließenden Demonstrationen zog Syrien im April 2005 seine Truppen aus dem Libanon ab, besitzt jedoch nach wie vor politischen Einfluss.

Bei den Parlamentswahlen im Juni 2005 gewannen Syrien-kritische Kräfte um Saad Hariri, den Sohn von Rafik Hariri, eine Mehrheit (14. März-Koalition). Eine Regierung der „Nationalen Verständigung“ wurde gebildet. In der Folgezeit erlitt das Land jedoch Rückschläge, z.B. durch den Libanon-Krieg zwischen Israel und der Hizbollah 2006, der wirtschaftlich schwere Nachteile für das Land mit sich brachte, und durch innenpolitische Krisen, ausgelöst durch den Rücktritt schiitischer Minister Ende 2006 und das Ende der Amtszeit des Präsidenten Lahoud. Erst durch das Abkommen von Doha im Mai 2008 wurde die Staatskrise beendet, Michel Suleiman wurde zum Präsidenten gewählt und ein neues Kabinett mit der Hizbollah wurde gebildet. Nach den Parlamentswahlen im Juni 2009 einigten sich die beiden Machtblöcke (8. März-Koalition, der u. a. die Hizbollah angehört, und 14. März-Koalition, der u. a. der Sohn Hariris angehört,) im November 2009 auf eine Regierung der Nationalen Einheit, mit der Formel 15-10-5 in Bezug auf die Verteilung der Ministerposten, d.h. die 14. März-Koalition des Ministerpräsidenten Hariri erhielt 15 Kabinettsposten, die 8. März-Koalition 10 und 5 wurden durch den Staatspräsidenten Suleiman besetzt. Nach dem Rücktritt der Minister der 8.März-Koalition am 12.01.2011 wegen des Streits um das UN-Sondertribunal, das die Ermordung Hariris 2005 aufklären soll und vermutlich einige Hizbollah-Mitglieder anklagen wird, zerbrach die Regierung. Präsident Suleiman ernannte am 25.01.2011 den von der Hizbollah vorgeschlagenen früheren Ministerpräsidenten Najib Mikati zum neuen Regierungschef. Im Parlament setzte sich Mikati mit 68 von 128 Stimmen gegen Saad Hariri durch. Ermöglicht wurde das u.a. durch einen Seitenwechsel des Blocks von Walid Joumblatt, dem Drusen und Führer der Sozialistischen Fortschrittspartei (PSP), der am 21.01.2011 ankündigte, in Zukunft mit seinen

¹⁷⁷ vgl. Meguerditchian, Van; Monzer, Ashraf: Hundreds of Lebanese rally against sectarian regime. a.a.O.

¹⁷⁸ vgl. Transparency International: Corruption Perception Index 2010 Results, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results, abgerufen am 02.03.2011

Abgeordneten nicht mehr Hariri, wie noch bei der Wahl 2009, sondern die Hizbollah unterstützen zu wollen.¹⁷⁹

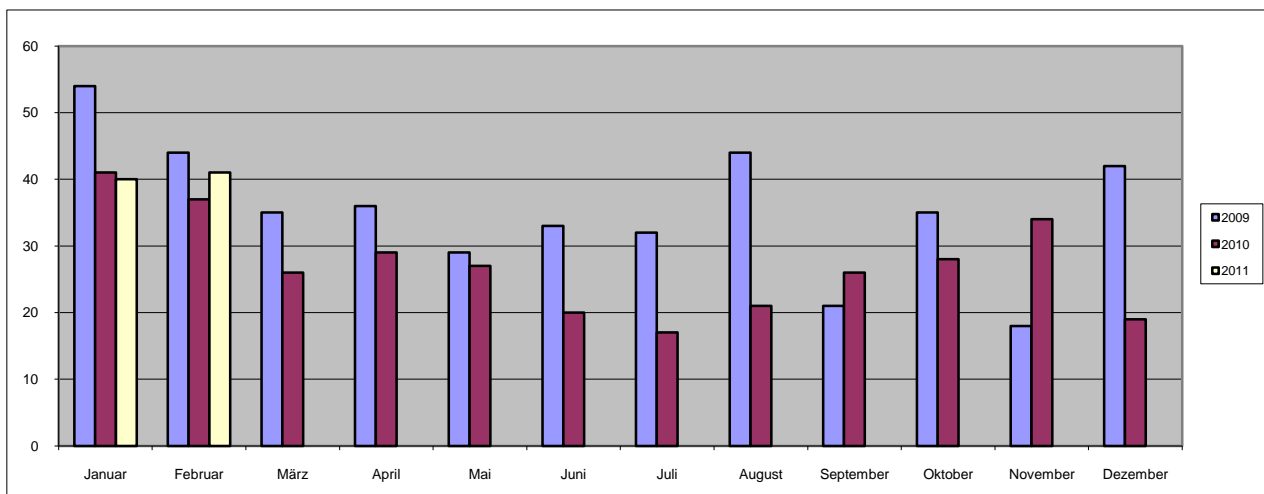
2.8.4 Statistik

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldet Ausländer mit libanesischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht	Summe der Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
35.682	2.742	505	1.121	4.368

Quelle: BAMF, AZR

Erstantragsteller in den Jahren 2009 – 02/2011



Quelle: eigenes Diagramm

Die Zahl der Asylerstantragsteller aus dem Libanon (2010 Position 24 bei den Herkunftsländern) hat 2010 im Vergleich zu 2009 abgenommen (2010: 324 und 2009: 434). In den ersten beiden Monaten 2011 liegt die Zahl mit insgesamt 81 Erstantragstellern (im Januar 40, im Februar 41) leicht über der Zahl der ersten beiden Monate 2010 (mit 78), aber unter der von 2009 (mit 98). Ungefähr 2/3 der Erstantragsteller waren 2010 sowie im Januar 2011 unter 25 Jahren und überwiegend männlich.

¹⁷⁹ vgl. Mikati neuer Regierungschef. NZZ vom 26.01.2011 a.a.O.;
 Keller, Gabriela und Borgstede, Michael: Ab sofort regiert im Libanon der Iran mit. a.a.O.;
 Bickel, Markus: Zwischen allen Stühlen. FAZ vom 08.02.2011, S. 8;
 Sydow, Christoph: Die Wutprobe. Zenith vom 25.01.2011, a.a.O.;
 Sirios, Marc J.: Lebanon Against Itself (Again) vom 04.02.2011, Middle East Report Online, a.a.O.;
 U.S. Department of State: 2009 Human Rights Report: Lebanon, a.a.O.

Altersprofil der Erstantragsteller 2010 und Januar 2011

Alter	Erstanträge 2010			Erstanträge Januar 2011		
	Summe	Männlich	Weiblich	Summe	Männlich	Weiblich
bis unter 16 Jahre	92	48	44	7	3	4
von 16 bis unter 18 Jahre	28	25	3	4	4	
von 18 bis unter 25 Jahre	101	88	13	15	10	5
von 25 bis unter 30 Jahre	49	40	9	8	8	
von 30 bis unter 35 Jahre	30	26	4	5	5	
von 35 bis unter 40 Jahre	9	9				
von 40 bis unter 45 Jahre	8	3	5	1	1	
von 45 bis unter 50 Jahre	3	1	2			
von 50 bis unter 55 Jahre	2	2				
von 60 bis unter 65 Jahre	1		1			
65 Jahre und älter	1	1				
Summe	324	243	81	40	31	9

Quelle: BAMF

Bildungsprofil der Antragsteller

Nach den ausgewerteten Befragungen im Jahr 2010 war die Schulbildung der Antragsteller fast zur Hälfte eher gering (Analphabeten 13 von 187, Grundschule 76). Etwa 20% hatten ein Gymnasium (23), eine Universität (14) oder eine Fachhochschule (2) besucht. Fast ein Viertel (42 von 186) der Antragsteller hatte keine Arbeit.¹⁸⁰

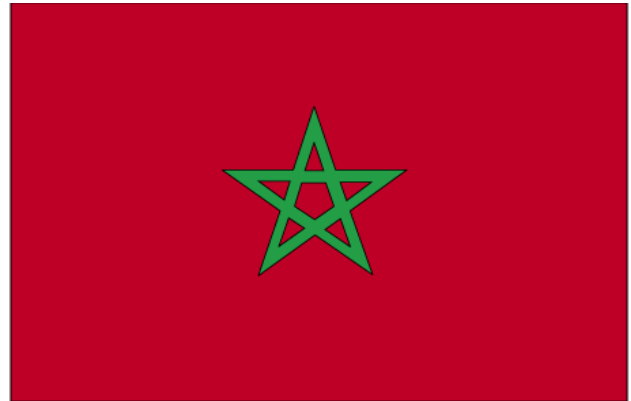
Reiseweg

Die Hauptreiseroute der Asylantragsteller, die ungefähr zur Hälfte legal und illegal ausgereist waren, verlief über Syrien, die Türkei, Griechenland und Italien nach Deutschland. Während zur Ausreise hauptsächlich das Flugzeug und der Pkw benutzt wurden, erfolgte die überwiegend illegale Einreise meist mit dem Pkw, dem Lkw und dem Flugzeug.¹⁸¹

¹⁸⁰ BAMF (Auswertungszeitraum 01.-31.12.2010)

¹⁸¹ BAMF (Auswertungszeitraum 01.-31.08.2010)

2.9 Marokko



Bildquelle: CIA - The World Factbook, Morocco

2.9.1 Grunddaten

Königreich Marokko (Al-Mamlaka Al-Maghrebia [„Westreich“])

Bevölkerung: 31.627.428 (Schätzung Juli 2010)

Bevölkerungswachstum: 1, 077% (Schätzung 2010)

Altersstruktur: 0-14 Jahre: 28, 7%, 15-64 Jahre: 65, 4%, 65 Jahre und darüber: 6% (Schätzungen 2010)

Altersdurchschnitt: 26,5 Jahre

Hauptstadt: Rabat

Fläche: 446.550 qkm

Ethnien: Araber und Berber 99, 1%, andere 0, 7%, Juden 0, 2%

Religionen: Sunnitische Muslime 98, 7%, Christen 1, 1%, Juden 0, 2%

Staatsform: Königreich

Staatsoberhaupt: König Mohammed VI (seit Juli 1999)

Regierungschef: Premierminister Abbas El Fassi (seit September 2007)

Verwaltung: 15 Regionen

Sprachen: Arabisch als Amtssprache, Berberdialekte, Französisch wird vielfach verstanden

Wirtschaftswachstum: 4, 2% (Schätzung 2010)

BIP/Kopf: 4.900 US\$ (Schätzungen 2010);

Arbeitslosigkeit: 9, 8% (Schätzung 2010)

2.9.2 Aktuelle Situation

Am 20.02.2011 demonstrierten mehrere zehntausend Menschen weitgehend friedlich in vielen Städten Marokkos und verlangten eine Verfassungsreform, die Auflösung des Parlaments, die Einsetzung einer Übergangsregierung, die Schaffung einer unabhängigen Gerichtsbarkeit, die Herstellung der Verantwortlichkeit von gewählten öffentlichen Bediensteten, die Anerkennung der Sprache der Berber und die Entlassung aller politischen Gefangenen.¹⁸² Zum Teil wurde der König auch aufgefordert, einen Teil seiner Macht abzugeben, die Regierung zu entlassen und gegen die Korruption vorzugehen. Die Kundgebungen wurden über Facebook initiiert und es nahmen sehr unterschiedliche Gruppen teil, was die wenig heterogenen und nach Städten unterschiedlichen Forderungen erklärt. Die Bewegung nennt sich „Demokratie und Freiheit jetzt“ und auch „Bewegung 20. Februar“. Es gab sechs Todesopfer aufgrund von Brandstiftung an einem Bankgebäude. Ferner gab es laut marokkanischem Innenministerium 128 Verletzte sowie Sachschäden, die Randalierern zur Last gelegt werden. Die Organisatoren der Demonstrationen distanzieren sich von diesen Entgleisungen und machen hierfür ebenfalls Randalierer und Fußballhooligans verantwortlich, die die Gelegenheit der Demonstrationen für ihre Taten missbraucht hätten.

Am 26.02.2011 fand eine weitere Demonstration in Casablanca unter Teilnahme von rd. 1.000 Personen statt, die wiederum politische Reformen, darunter auch die Schaffung einer neuen Verfassung, zum Thema hatte.¹⁸³ Die Polizei war sichtbar vertreten und die Veranstaltung verlief friedlich.

Am 06.03.2011 fanden wiederum Demonstrationen auf Initiative der „Bewegung 20. Februar“ in Rabat, Tanger, Casablanca und Marrakesch gegen die Arbeitslosigkeit unter Akademikern, den Mangel an Trinkwasser und Elektrizität sowie die Arbeitsbedingungen von Krankenhauspflege-

¹⁸² vgl. Arab Uprisings: What the February 20 Protests Tell Us About Morocco. Yahoo News vom 20.02.2011, http://news.yahoo.com/s/thenation/20110217/cm_thenation/158670_1; Thousands march for reform. (Bericht von Human Rights Watch). Allafrika.com vom 20.02.2011, <http://allafrika.com/stories/201102210207.html>; Five dead after demos, minister says. Allafrika.com vom 21.02.2011, <http://allafrika.com/stories/201102220307.html>; Thousands march in Moroccan capital to seek reform. SFGate.com vom 20.02.2011, http://articles.sfgate.com/2011-02-20/world/28615854_1_thousands-march-demonstrators-king-mohammed-vi; Anti-Government Protests Spread in North Africa. VoANews.com vom 20.02.2011, <http://www.voanews.com/english/news/Anti-Government-Protests-Spread-in-North-Africa-116562768.html>; 5 bodies found in wake of Morocco protests. ABC News vom 22.02.2011, <http://www.abc.net.au/news/stories/2011/02/22/3145503.htm>; Abrufe am 10.03.2011

¹⁸³ vgl. Police out in force as 1,000 rally for reforms in Morocco. Yahoo News vom 26.02.2011, http://news.yahoo.com/s/afp/20110226/wl_africa_afp/moroccopoliticsdemo, abgerufen am 10.03.2011

kräften statt.¹⁸⁴ Zehn Personen wurden in Tanger festgenommen, weil die Demonstration nicht genehmigt war.

Am 09.03.2011 kündigte König Mohammed VI in seiner ersten öffentlichen Rede in landesweiter Fernsehausstrahlung seit dem Beginn der Proteste weitreichende Reformen an.¹⁸⁵ Basis der geplanten Reform wird eine Verfassungsänderung sein, die von einer vom Königshaus bereits eingesetzten Kommission derzeit ausgearbeitet und im Juni vorgelegt werden wird. Das Volk soll zu einem nicht genannten Zeitpunkt darüber abstimmen. Der Premierminister soll nach dieser Reform nicht mehr vom König ernannt werden, sondern vielmehr von der Partei im Parlament benannt werden, die als stärkste Kraft in das Parlament eingezogen ist. Der Premierminister wird tatsächliche exekutive Befugnisse erhalten und die volle Verantwortung für die Regierung, die öffentliche Verwaltung sowie die Umsetzung des Regierungsprogramms erhalten. Ferner versprach der König, dass die individuellen und allgemeinen Freiheiten und die Menschenrechte in allen Bereichen zur Geltung gebracht werden. Die Justiz soll unabhängig ausgestaltet werden. Die Regionen sollen mehr Selbstbestimmung erhalten um das Modell (des Königs) von Demokratie und Entwicklung zu stärken. Die Aktivisten der Bewegung 20. Februar riefen über die sozialen Netzwerke zu Demonstrationen am 20.03.2011 für weitreichende politischen Reformen einschließlich der Einführung einer konstitutionellen Monarchie auf.¹⁸⁶ An diesen Demonstrationen nahmen in Rabat etwa 4.000 Personen statt. Auch in anderen Städten Marokkos wie Casablanca und Fes folgten zahlreiche Menschen den Protestaufrufen.¹⁸⁷

¹⁸⁴ vgl. 10 arrests after weekend pro-democracy Morocco protest. Earthtimes.org vom 07.03.2011, <http://www.earthtimes.org/articles/news/370593,weekend-pro-democracy-morocco-protests.html>, abgerufen am 10.03.2011

¹⁸⁵ vgl. Morocco to put new constitution to public vote. The Daily Star vom 10.03.2011, http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=10&categ_id=2&article_id=125814#axzz1GBVEcvx1; Morocco king vows sweeping reforms. Zawya.com vom 10.03.2011, <http://www.zawya.com/Story.cfm/sidANA20110310T013742ZBLF79>; Moroccans to vote on reform after unrest. ABC News vom 10.03.2011, <http://www.abc.net.au/news/stories/2011/03/10/3160041.htm>; Morocco's King Mohammed pledges constitutional reform. BBC News Africa vom 09.03.2011, <http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-12695092>; alle Abrufe am 10.03.2011

¹⁸⁶ vgl. Morocco's King Mohammed pledges constitutional reform. BBC News Africa vom 09.03.2011 a.a.O.

¹⁸⁷ vgl. Erneute Kundgebungen trotz Reformzusagen. Der Standard vom 20.03.2011, <http://derstandard.at/1297820937298/Erneute-Kundgebungen-trotz-Reformzusagen>, abgerufen am 22.03.2011

2.9.3 Politischer Hintergrund

Die Ereignisse in Tunesien ließen Marokko nicht gänzlich unberührt. Allerdings kann nicht von einer Revolution, sondern vielmehr von weitgehend friedlichen Demonstrationen für eine Reform in Staat und Gesellschaft gesprochen werden.¹⁸⁸ Die Institution der Monarchie wurde nicht in Frage gestellt. Der marokkanische Premierminister Abbas El Fassi teilte nach Meldungen vom 25.02.2011 mit, dass die Regierung ihre Reformen beschleunigen werde.¹⁸⁹

Die wirtschaftliche Lage in Marokko und hier insbesondere der jungen Erwachsenen ist nicht besser als in den Nachbarstaaten. So beträgt die Arbeitslosenquote von jungen Menschen unter 30 Jahren 69% und bei den unter 24 Jahren 31,8%.¹⁹⁰ Insbesondere sind junge Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen von der Arbeitslosigkeit stark betroffen.¹⁹¹

Der König und die Monarchie genießen in Marokko ein nicht unerhebliches Vertrauen in der Bevölkerung. Dies ist unter anderem auf die zwar zurückhaltende, aber doch vorhandene Reformwilligkeit des Könighauses zurückzuführen.¹⁹² Der König hat ferner die Möglichkeit zur Beruhigung von Kritikern in der Bevölkerung die Regierung auszutauschen. Weiterhin hat er eine zusätzliche Legitimation aus seiner Funktion als religiöses Oberhaupt des Landes.¹⁹³ Die Herkunft des Könighauses wird dabei vom Propheten Muhammad abgeleitet.

188 vgl. Tuysuz, Gul: Morocco protests fail to take hold. Washington Post vom 28.02.2011, http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2011/02/28/AR2011022805300.html?wprss=rss_world; Rachidi, Ilhem: Facebook friends rally in Morocco. Asian Times Online http://atimes.com/atimes/Middle_East/MC02Ak03.html; Abrufe am 10.03.2011

189 vgl. The government will pursue reforms at accelerated pace –PM. Morocco News & Press Review vom 25.02.2011, <http://news.marweb.com/morocco/politics/the-government-will-pursue-reforms-at-accelerated-pace-pm.html>; Moroccan Government to speed up reforms, says PM. Bernama.com vom 25.02.2011, <http://www.bernama.com/bernama/v5/newsworld.php?id=566541>; Abrufe am 10.03.2011

190 vgl. Ali, Siham (04.02.2010): Maghreb jobless rate highest for women, youth. http://www.magharebia.com/cocoon/awi/xhtml1/en_GB/features/awi/features/2010/02/04/feature-01, abgerufen am 10.03.2010

191 vgl. Said, Mohammad Ben und Oubejja, Kenza (28.01.2010): Labor Market in the Maghreb Countries: Structures, Institutions, and Policies. <http://carnegie.ru/events/?fa=2822>, abgerufen am 10.03.2010; dies wird damit erklärt, dass die Ausbildungsinhalte nicht dem Bedarf des Arbeitsmarktes entsprechen, der keine gut ausgebildeten Arbeitskräfte benötigt.

192 vgl. Achy, Lahcen (17.02.2011): 2011 Looks Difficult for Morocco, <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=42683>, abgerufen am 10.03.2011. Achy teilt diese Einschätzung. Er nennt auch die notwendigen Reformen für eine Erhöhung der Legitimität der Staatsform Marokkos, die bemerkenswerter Weise von König Mohammed VI wenige Wochen später eingeleitet werden.

193 vgl. Bartolucci, Valentina (11.03.2011): The Moroccan exception, and a king's speech, http://www.opendemocracy.net/valentina-bartolucci/moroccan-exception-and-kings-speech?utm_source=feedblitz&utm_medium=FeedBlitzEmail&utm_content=201210&utm_campaign=Nightly_%272011-03-11%2005%3a30%3a00%27#, abgerufen am 11.03.2011

2.9.4 Statistik

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldet Ausländer mit libanesischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht	Summe der Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
63.452	423	555	216	1.194

Quelle: BAMF, AZR

Asylanträge

Im Jahr 2010 wurden 220, im Januar und Februar 2011 14 bzw. 23 Asylerstanträge marokkanischer Staatsangehöriger in Deutschland verzeichnet.

Im Zeitraum 01.01.2010 bis Januar 2011 stellten 202 männliche und 32 weibliche Antragsteller Asylanträge.

Altersprofil der Erstantragsteller 2010 und Januar 2011

Alter	Erstanträge 2010			Erstanträge Januar 2011		
	Summe	Männlich	Weiblich	Summe	Männlich	Weiblich
bis unter 16 Jahre	10	7	3	2	1	1
von 16 bis unter 18 Jahre	7	7		1	1	
von 18 bis unter 25 Jahre	60	57	3	3	3	
von 25 bis unter 30 Jahre	69	63	6	3	2	1
von 30 bis unter 35 Jahre	41	31	10	4	3	1
von 35 bis unter 40 Jahre	20	17	3			
von 40 bis unter 45 Jahre	10	9	1			
von 45 bis unter 50 Jahre	2	1	1			
von 50 bis unter 55 Jahre						
Von 55 bis unter 60 Jahre				1		1
von 60 bis unter 65 Jahre						
65 Jahre und älter	1		1			
Summe	220	192	28	14	10	4

Quelle: BAMF

Bildungsprofil der Antragsteller

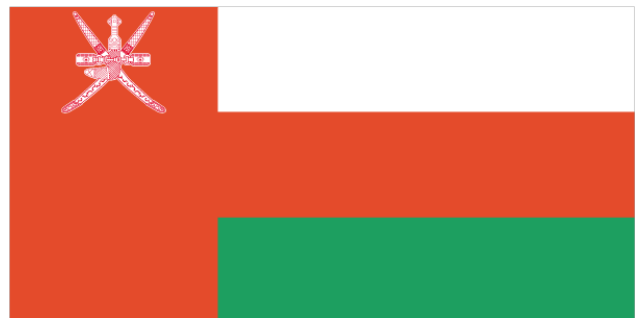
Die überwiegende Mehrzahl der befragten Asylbewerber aus Marokko verfügen über eine Schul- ausbildung oder eine weitergehende Ausbildung.¹⁹⁴ Diese reicht von der Grundschule mit 61 Personen, über die Mittelschule mit 51 Personen bis zum Gymnasium mit 29 Personen. Weitergehende Abschlüsse mit Universitätsabschluss und Fachhochschule können 25 Personen aufweisen. Allerdings sind 19% arbeitslos und 10% nicht mehr oder noch nicht berufstätig gewesen. Der große Rest kommt aus dem Handwerk und einer Vielzahl von Dienstleistungsberufen oder hat eine Hilfstätigkeit ausgeübt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, kann nicht davon ausgegangen werden, dass dieser Personenkreis problemlos in den deutschen Arbeitsmarkt eingegliedert werden kann.

Marokko	Grundschule	61
	Mittelschule	51
	Gymnasium	29
	Universität	21
	keine (Analphabet)	16
	Fachhochschule	4
	Fachschule	2
	Sonderschule	1
Gesamtanzahl	185	

Reisewegsbefragungen wurden bei marokkanischen Asylbewerbern nicht durchgeführt.

194 BAMF

2.10 Oman



Bildquelle: CIA - The World Factbook, Oman

2.10.1 Grunddaten

Sultanat Oman (Saltanat 'Uman)¹⁹⁵

Bevölkerung: 2.967.717 Einwohner

Bevölkerungswachstum: 1,8-3,1%

Altersstruktur: 0-14 Jahre: 42,7%; 15-64 Jahre: 54,5%, über 65 Jahre: 2,8%

Altersdurchschnitt : 23,9 Jahre

Hauptstadt: Maskat

Fläche: 309.500 km²

Ethnien: Araber (ca. 75%), sonstige: Inder, Pakistanis, Sri Lanker, Bangladescher, Afrikaner, Europäer (ca. 25%)

¹⁹⁵ vgl. zu den Grunddaten: CIA - The World Factbook, Oman, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/mu.html>, abgerufen am 01.03.2011;
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: DSW Datenreport 2010, <http://www.weltbevölkerung.de/info-service/land.php>, abgerufen am 01.03.2011;
Munzinger Online Länderprofil Oman, <http://www.munzinger.de/search/document?index=mol-03&id=03000OMN000&type=text/html&query.key=QlcZ5JNX&template=/publikationen/laender/document.jsp&preview=>, abgerufen am 01.03.2011

Religionen: ca. 75% ibaditische Muslime, ca. 12% Sunniten, ca. 6% Hindus, ca. 4% Schiiten, ca. 3% Christen

Staatsform: Monarchie

Staatsoberhaupt: Sultan Qabus bin Said as-Said

Parlament: Zweikammerparlament mit Konsultativrat und Staatsrat

Regierungschef: Sultan Qabus bin Said as-Said (seit 23.01.1970)

Verwaltung: 8 übergeordnete Verwaltungsgebiete (Regionen bzw. Gouvernorate) mit insgesamt 61 Regierungsbezirken;(im Informationsministerium ist gelegentlich von einem neunten Verwaltungsgebiet (Al-Buraimi) an der Grenze zu Abu Dhabi die Rede)

Sprachen: Arabisch (Amtssprache); Englisch (Handelssprache), Baluchi, Urdu, indische Dialekte

Wirtschaftswachstum: 3,6% (Schätzung 2010)

BIP /Kopf: 25.800 US\$ (Schätzung 2008)

Arbeitslosigkeit: 15% (2007)

2.10.2 Aktuelle Situation

Im Sultanat Oman dauern die Demonstrationen für Demokratie und Arbeitsplätze an. Nach zunächst friedlich verlaufenen Protesten kam es am 27.02.2011 in der hafenstadt Sohar zu ersten gewaltsamen Zusammenstößen. Nach Zeugenberichten wurde ein Mann angeschossen, als er mäßigend auf die Sicherheitskräfte einzuwirken versuchte. Nach dem Zwischenfall habe sich die Menge wieder versammelt, und die Soldaten hätten sich zurückgezogen.¹⁹⁶ Die größte Oppositionsbewegung hat sich mit den meist jugendlichen seit Wochen protestierenden Demonstranten solidarisiert. Bislang hatte sich die Opposition nicht an den Protesten beteiligt. Am 27.02.2011 hatten die omanischen Sicherheitskräfte bis zu sechs Demonstranten erschossen. Nach Darstellung des Gesundheitsministeriums gab es jedoch nur einen Toten.¹⁹⁷ Auch am 28.02. und 01.03.2011 kam es in Sohar, einigen anderen Regionen und in der Hauptstadt Maskat zu zahlreichen, teilweise gewalttätigen Demonstrationen.¹⁹⁸

Proteste sind im Sultanat Oman äußerst selten. Offenbar schwappen die Unruhen im Nachbarland Jemen und im nahe liegenden Königreich Bahrain auf Oman über. Unter dem Eindruck der Proteste hatte Sultan Qabus Bin Said am 16.02.2011 den Mindestlohn für Omaner um 43% auf 200 Rial (etwa 400 €) angehoben. Junge Omaner beklagen allerdings, dass dieser Betrag allein von der Miete

¹⁹⁶ vgl. Militär vertreibt Demonstranten mit Warnschüssen. derStandard.at, <http://derstandard.at/1297819259123/Militaer-vertreibt-Demonstranten-mit-Warnschuessen>, abgerufen am 02.03.2011

¹⁹⁷ vgl. Proteste erreichen Oman. NZZ vom 01.03.2011

¹⁹⁸ vgl. Ausschreitungen bei Demonstrationen in Oman, FAZ vom 01.03.2011

verbraucht werde. Zudem erhöhte der Sultan die monatliche Zahlung an Studenten von 50 auf 90 Rial.

Am 26.02.2011 bildete der Sultan sein Kabinett auf sechs Posten um, beließ aber die wichtigsten Minister im Amt.

Am 27.02.2011 ordnete der Sultan die Schaffung 50.000 neuer staatlicher Stellen und eine monatliche Hilfe für Arbeitssuchende von umgerechnet 300 € an. Ferner verfügte Sultan Qabus die Schaffung einer Behörde für den Konsumentenschutz an, die insbesondere die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln verfolgen soll. Der Protest richtet sich hauptsächlich auf politische Reformen und nicht auf den Rücktritt des Sultans.¹⁹⁹

Nach einer weiteren Protestwelle kündigte Qabus weitreichende Reformen an. Der aus einem gewählten Unterhaus und einem ernannten Oberhaus bestehende Rat Omans, der bisher nur beratende Funktion hatte, soll künftig Gesetze verabschieden und die Exekutive kontrollieren dürfen. Außerdem befahl Sultan Qabus bin Said, der das arabische Land seit 41 Jahren per Dekret regiert, am 13.03.2011 die Bildung eines Expertengremiums, das innerhalb von 30 Tagen eine Verfassungsreform vorbereiten soll.²⁰⁰ Der Sultan kam weiterhin einer Forderung der Demonstranten nach und wechselte den Chefinspektor der Polizei- und Zollbehörde aus. Dieser war wegen des harten Vorgehens der Polizei gegen Demonstranten in der Stadt Sohar kritisiert worden. Auch mehrere Minister wurden ausgetauscht.²⁰¹

2.10.3 Politischer Hintergrund

Bis vor kurzem hatte kaum ein Omaner Angst, dass es auch im Sultanat zu Protesten und Revolten kommen könnte. Schließlich unterscheidet sich das östlichste Land der arabischen Welt gravierend von Tunesien und Ägypten, aber auch vom Nachbarland Jemen. Zudem ist Sultan Qabus bin Said ein Herrscher, der trotz seiner langen Amtszeit bei seinen Untertanen sehr beliebt ist.

Nach dem jüngsten Weltentwicklungsbericht der Vereinten Nationen ist Oman der Staat, der in den vergangenen vier Jahrzehnten die meisten Fortschritte gemacht hat. So spielen Armut und Arbeitslosigkeit in Oman – gerade im Vergleich zu Tunesien, Ägypten und Jemen – eine untergeordnete Rolle. In Oman wird Bildung (gab es 1970 gerade einmal drei Schulen, stehen den Omanern heute zahlreiche öffentliche und private Schulen sowie mehr als 20 Universitäten offen), religiöse Toleranz und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen groß geschrieben. Das hebt das Sultanat vor allem von seinen Nachbarländern Jemen, Saudi-Arabien und Iran ab.

199 vgl. Ausschreitungen bei Demonstrationen in Oman. FAZ vom 01.03.2011

200 vgl. Umfassende Reformen im Oman nach Protestwelle, DPA-Agenturmeldung vom 13.03.2011

201 vgl. Sultan verspricht Reformen, FAZ vom 15.03.2011

Die rasante sozio-ökonomische Entwicklung des Landes basiert vor allem auf der Erdölförderung, mit der in den 1960-er Jahren begonnen wurde. Doch weil die Ölreserven des Landes gerade im Vergleich zu den benachbarten Vereinigten Arabischen Emiraten sehr begrenzt sind, setzt Sultan Qabus auf alternative Einkommensquellen. Dabei spielt der Tourismus eine wichtige Rolle – und die so genannte Omanisierung, deren Ziel es ist, die Omaner stärker als bisher für die Arbeitswelt zu qualifizieren und in die Wirtschaft zu integrieren. Denn die Bevölkerung wächst schnell, und in vielen Bereichen der omanischen Wirtschaft sind überproportional viele Nichtomaner beschäftigt. Sie machen ungefähr ein Drittel der Gesamtbevölkerung von etwa 3,5 Millionen Menschen aus.²⁰²

2.10.4 Statistik

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldetet Ausländer mit omanischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht	Summe der Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
285	-	-	8	8

Quelle: Referat 221

Aus Oman wurde im Jahre 2010 ein Asylantrag gestellt.

²⁰² vgl. Oman: Oase des Friedens. DW-World.de, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,14806540,00.html>, abgerufen am 02.03.2011

2.11 Saudi-Arabien



Bildquelle: CIA - The World Factbook, Saudi Arabia

2.11.1 Grunddaten

Königreich Saudi-Arabien (Al-Mamlaka al-'Arabiya as-Sa'udiya)²⁰³

Bevölkerung: ca. 25,7 Mio. (inkl. ca. 5,6 Mio. Ausländer (Schätzung 2010))

Bevölkerungswachstum: 1,548% (Schätzung 2010)

Altersstruktur: 0-14 Jahre: 38%, 15-64 Jahre: 59,5%, 65 Jahre und mehr: 2,5% (Schätzung 2010)

Altersdurchschnitt: 24,9 Jahre

Hauptstadt: Riad (ar-Riyadh); ca. 4.208 Mio. Einwohner

Fläche: 2.240.000 km²

Ethnien: 78,4 % Saudi-Araber, 21,6 % Ausländer, vorwiegend Asiaten und Afrikaner

²⁰³ vgl.zu den Grunddaten: CIA - The World Factbook, Saudi-Arabien, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/mu.html>, abgerufen am 01.03.2011; Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: DSW Datenreport 2010, <http://www.weltbevölkerung.de/info-service/land.php>, abgerufen am 01.03.2011; Munzinger Online Länderprofil Saudi-Arabien, <http://www.munzinger.de/search/document?index=mol-03&id=03000SAU000&type=text/html&query.key=lkGk3IQB&template=/publikationen/laender/document.jsp&preview=>, abgerufen am 02.03.2011

Religionen: der Islam ist Staatsreligion; 98 % der einheimischen Bevölkerung sind muslimisch (rd. 80 % Sunniten hanbalitischer Richtung [Wahhabiten], schiitische Minderheit vor allem im Osten); ca. 4 % Christen (fast ausschließlich Gastarbeiter)

Staatsform: absolute Monarchie

Staatsoberhaupt: König Abdullah bin Abdulaziz al-Saud, zum König proklamiert am 01.08.2005 nach dem Tod seines Halbbruders, König Fahd bin Abdulaziz al-Saud; Kronprinz ist Prinz Sultan bin Abdulaziz al-Saud (seit 01.08.2005)

Sprachen: Amtssprache ist Arabisch (verschiedene Dialekte); als Geschäfts- und Bildungssprache zum Teil auch Englisch

BIP/Kopf: 24.200 US\$ (Schätzung 2010)

Wirtschaftswachstum: 3,8% (Schätzung 2010)

Arbeitslosigkeit: 10,8% (Schätzung 2010)

2.11.2 Aktuelle Situation

Die Protestwelle im arabischen Raum hat auch Saudi-Arabien erreicht. Angehörige der schiitischen Minderheit gingen Meldungen zufolge im ölreichen Osten des Königreichs auf die Straße, um gegen die Inhaftierung von Glaubensbrüdern ohne Prozess zu demonstrieren. Um die Behörden nicht zu provozieren, hätten die Demonstranten bei ihrer Aktion keine Parolen gerufen und auch auf Spruchbänder verzichtet. Die Proteste in der an Bahrain grenzenden Region fanden am 17.02.2011 statt, wurden aber erst später bekannt. In Saudi-Arabien ist eine besonders strenge Auslegung des wahhabischen Islam vorherrschend. Die Schiiten räumen zwar ein, dass sich ihre Lage unter König Abdullah verbessert hat, sie beklagen allerdings, dass ihnen der Zugang zu höheren Stellen im Staatsdienst verwehrt ist, was die Regierung bestreitet.

Angesichts der wachsenden Proteste in der arabischen Welt hat Saudi-Arabiens König Abdullah der Bevölkerung finanzielle Hilfen in Aussicht gestellt. Der langjährige Herrscher kehrte am 23.02.2011 nach drei Monaten ärztlicher Behandlungen im Ausland in seine Heimat zurück. Am selben Tag wurden die Hilfen angekündigt, deren Volumen auf 35 Milliarden US-\$ geschätzt wird. Vor allem junge Arbeitslose sollen unterstützt und Familien erschwingliches Wohnen ermöglicht sowie die hohe Inflation ausgeglichen werden. Staatsbedienstete erhalten eine 15-prozentige Gehaltserhöhung. Vor allem ist aber der knappe Wohnraum ein dringendes Problem angesichts der wachsenden Bevölkerung.²⁰⁴

Nicht geplant sind dagegen politische Reformen, wie sie von Oppositionellen gefordert werden. Das Königreich, ein wichtiger US-Verbündeter, hat kein gewähltes Parlament und duldet auch keinen

²⁰⁴ vgl. König Abdullah überschüttet Saudis mit Geschenken. DPA-Meldung vom 23.02.2011

öffentlichen Dissens. Doch der Sturz der ägyptischen und tunesischen Präsidenten hat auch in Saudi-Arabien dazu geführt, dass im Internet Reformen gefordert werden. Hunderte haben eine Facebook-Kampagne unterstützt, die für den 11.03.2011 zu einem „Tag des Zorns“ Protesten für eine gewählte Regierung, mehr Rechte für Frauen und die Freilassung politischer Gefangener aufruft.²⁰⁵

Mittlerweile erließ die Regierung nach Meldungen des Staatsfernsehens ein absolutes Kundgebungs- und Demonstrationsverbot nach kleineren Protestkundgebungen der schiitischen Minderheit. Trotz dieses Demonstrationsverbots und starker Polizeipräsenz versammelten sich am 20.03.11 Dutzende Menschen zu Protesten vor dem Innenministerium in Riad und forderten die Freilassung inhaftierter Verwandter.²⁰⁶ Nach Berichten sollen Sicherheitskräfte etwa 15 Demonstranten festgenommen haben, die ins Ministerium gelangen wollten. Am 18.03.11 hatte der saudi-arabische König Abdullah der Bevölkerung erneut milliardenschwere Geldgeschenke versprochen, jedoch gleichzeitig auch angekündigt, den Sicherheitsapparat aufzustocken.²⁰⁷ Damit will Saudi-Arabien ein Übergreifen der Protestwelle aus den Nachbarländern verhindern. Insbesondere befürchtet das Land eine Ausweitung der Proteste der Schiiten in Bahrain auf seine eigene schiitische Minderheit, die vorwiegend in den Ölfördergebieten lebt. Saudi-Arabien hatte rund 1.000 Soldaten nach Bahrain entsandt, um die dortige Regierung bei der Bekämpfung der Protestbewegung zu unterstützen.

2.11.3 Politischer Hintergrund

Im Zuge der Veränderungen in der arabischen Welt wollen immer mehr Saudi-Araber diesen Wandel auch in ihrem Land erreichen. Bisher ist das Königreich allerdings weitgehend immun gegen Proteste gewesen.²⁰⁸ Die Reformer stellen nur einen kleinen Teil der überwiegend konservativen Bevölkerung dar, deren Leben sich über Jahrzehnte kaum verändert hat. Ein gewachsenes Nationalgefühl wie in Tunesien und Ägypten gibt es in Saudi-Arabien nicht. Zudem sperrt sich die sunnitisch-wahhabistische Geistlichkeit gegen jegliche Änderungen. Indes dringt die immer besser ausgebildete Jugend auf mehr Freiheiten und mehr Partizipation und stellt sich die Frage, weshalb viele Posten zunächst an Mitglieder der königlichen Familie gehen und nicht an die am besten Qualifizierten. Ein offener Brief von 40 Jugendlichen an den König forderte daher, das Durchschnittsalter im Kabinett von 65 Jahren um zwei Jahrzehnte zu senken. Obwohl viele Saudi-Araber ihrem König durchaus Reformschritte zutrauen, hat dieser aber offenbar für weitgehende Änderungen in seiner Familie keine Mehrheit. Vor allem die beiden Nächsten in der Thronfolge, Verteidigungsminister Sultan und Innenminister Nayef, gelten als Gegner jeglicher

²⁰⁵ Lieber Wohltaten als Reformen. FAZ vom 25.02.2011

²⁰⁶ vgl. Demo vor Innenministerium in Riad, DPA-Agenturmeldung vom 20.03.2011

²⁰⁷ Saudischer König verteilt Milliarden ans Volk, SZ vom 19.03.2011

²⁰⁸ vgl. Riad bangt um die sunnitische Front. SZ vom 09.02.2011

Reformwünsche.²⁰⁹ So versucht das Königshaus sich die Loyalität der jungen Untertanen zu erkaufen. Die Hälfte der saudischen Bevölkerung ist 20 Jahre und jünger. Jedes Jahr verlassen 100.000 Saudi-Araber mit einem Diplomabschluss die Universitäten.

Auf fast ein Zehntel des BIP belaufen sich die Kosten der Wohltaten, die König Abdullah nun versprach. Sie erhöhen die Staatsausgaben für das laufende Jahr 2011 um ein Viertel. Vor allem junge Menschen und Arbeitslose kommen in den Genuss, aber auch Vereinigungen, die Freizeitbeschäftigungen anbieten. Fast 30% der Mittel fließen in den Staatsfonds, der günstige Hypothekendarlehen vergibt und die Wohnungsknappheit für junge Paare verringern soll. Die Rückzahlung der Darlehen wird gestreckt. Erstmals führt Saudi-Arabien eine Unterstützung für Arbeitslose ein. Ferner gibt es neue Sozialhilfen und die Staatsbediensteten erhalten eine dauerhafte Zulage von 15% ihres Gehalts gegen die Inflation. Die Förderung für Stipendien für Auslandsstudien wird ausgebaut und eine neueingesetzte Kommission soll in vier Monaten eine Strategie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vorlegen.²¹⁰

Der Druck im Innern ist dem Herrscherhaus bereits seit längerem bekannt. Die Proteste in den Nachbarstaaten Ägypten, Jemen und Bahrain verstärken ihn jedoch. Die frühe Rückkehr des Königs und der 27 Milliarden-€-Plan zeigen aber, dass die Nervosität auch bei der Königsfamilie zunimmt.²¹¹

2.11.4 Statistik

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldetet Ausländer mit saudi-arabischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht	Summe der Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
2.041	3	12	38	53

Quelle: BAMF, AZR

Asylanträge aus Saudi-Arabien wurden weder im Jahr 2010 noch im Januar und Februar 2011 gestellt.

²⁰⁹ vgl. Lieber Wohltaten als Reformen. FAZ vom 25.02.2011

²¹⁰ vgl. Saudischer König verteilt Milliarden ans Volk, SZ vom 19.03.2011

²¹¹ vgl. Nervosität und dosierter Dialog, FAZ vom 03.03.2011

2.12 Syrien



Bildquelle: CIA - The World Factbook, Syria

2.12.1 Grunddaten

Arabische Republik Syrien (al-Jumhuriya al-Arabiya as-Suriya)²¹²

Bevölkerung: 22,2–22,5 Mio. Einwohner

Bevölkerungswachstum: 1,96–2,5%

Altersstruktur: 0-14 Jahre 36,3 %, 15-64 Jahre 59,9 %, 65 Jahre und älter 3,7 %

Altersdurchschnitt 21,5 Jahre

Hauptstadt: Damaskus

Fläche: 185.180 qkm

Ethnien: überwiegend Araber, (ca. 435.000 bei UNRWA registrierte Palästinenser), Minderheiten: Kurden (500.000 – 1 bzw. 2 Mio.), Armenier (150.000-200.000), Turkmenen, Tscherkessen

²¹² vgl. zu den Grunddaten: CIA - The World Factbook, Syria, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/sy.html>, abgerufen am 23.02.2011;
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: DSW Datenreport 2010, http://www.weltbevoelkerung.de/pdf/dsw_datenreport_10.pdf, abgerufen am 23.02.2011;
Munzinger Online: Länderprofil Syrien, <http://www.munzinger.de/search/document?index=mol-03&id=03000SYR000&type=text/html&query.key=u9V9mzXd&template=/publikationen/laender/document.jsp&preview=>, abgerufen am 28.02.2011;
U.S. Department of State: 2009 Human Rights Report: Syria, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2009/nea/136080.htm>, abgerufen am 02.03.2011

Religionen: 72% sunnitisch-muslimisch; 12% Alawiten; 10% Christen; 4% Drusen; 1% Ismaeliten; ca. 60.000 schiitische Muslime; weniger als 60 Juden

Staatsform: sozialistisch-volksdemokratischer Staat; Präsidentialregime

Staatsoberhaupt: Dr. Bashar al-Asad (seit 17.07.2000), Direktwahl alle 7 Jahre

Parlament: Volksrat (Majlis al-Sha'ab); Einkammerparlament (250 Abgeordneten; alle vier Jahre gewählt, zuletzt am 22./23.04.2007)

Regierungschef: Ministerpräsident Dr. Muhammad Naji Otri (seit September 2003)

Verwaltung: 13 Provinzen und Hauptstadtdistrikt

Sprachen: Arabisch; Minderheitensprachen z. B. Kurdisch und Armenisch

Wirtschaftswachstum: 4% (Schätzung 2010)

BIP pro Kopf (Kaufkraftbereinigt): 4,800 US\$ (Schätzung 2010)

Arbeitslosigkeit: 8,3-8,5% offizielle Arbeitslosenquote 2009 (inoffiziell 20%), Jugendarbeitslosigkeit: 19,5%²¹³

2.12.2 Aktuelle Situation

Während in Syrien, das als eines der am strengsten durch die Sicherheitskräfte kontrollierten Länder im Nahen Osten gilt, bis zum 16.03.2011 relative Ruhe herrschte und nur kleinere Demonstrationen mit wenigen Teilnehmern an isolierten Orten stattfanden, die nach wenigen Minuten aufgelöst wurden, kommt es seit dem 16.03.2011 auch in Syrien zu landesweiten Protesten.

Obwohl die Facebook-Gruppe „Syrian Revolution 2011“ für Freitag, den 04.02.2011, zu einem „Tag des Zorns“ gegen „Korruption und Tyrannei“ aufgerufen hatte, fanden zunächst keine größeren Demonstrationen statt. Das syrische Regime blockierte das Internet und Sicherheitsbeamte in Zivil patrouillierten vor dem Parlament. Bereits im Vorfeld hatte der syrische Präsident Basahr al-Asad deutlich gemacht, dass er auf den Straßen Syriens keine Aufstände dulden werde und seine generelle Bereitschaft versichert, Reformen durchzuführen. Preise für Lebensmittel sanken bereits einige Tage vorher. Kleinere Solidaritätsbekundungen, z.B. mit den ägyptischen Aufständen anlässlich einer Mahnwache von 20-30 Regimekritikern vor der ägyptischen Botschaft am 02.02.2011 oder am 22.02.2011 anlässlich einer friedlichen Demonstration vor der libyschen Botschaft, wurden vom syrischen Geheimdienst schnell aufgelöst, wobei z. T. gewaltsam gegen Teilnehmer vorgegangen oder Personen verhaftet worden sein sollen.²¹⁴

²¹³ vgl. Worldbank: Young People in Arab Countries: Promoting Opportunities and Participation, <http://siteresources.worldbank.org/INTMENA/Resources/finalbackgroundpaper.pdf>, abgerufen am 28.02.2011

²¹⁴ vgl. Protestwelle Oppositionelle in Algerien und Syrien formieren sich. Spiegel Online vom 01.02.2011.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-743026,00.html>, abgerufen am 23.02.2011; Keller, Gabriela M.: Protestbewegung „Tag des Zorns“ in Syrien fällt aus. Zeit Online vom 04.02.2011, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-02/syrien-protest-assad>, abgerufen am 23.02.2011;

Auf der anderen Seite versucht der Präsident, mögliche politische Unruhen durch Zugeständnisse zu verhindern. Er kündigte in einem Interview mit dem Wall Street Journal politische Reformen an, Kommunalwahlen 2011 und ein neues Mediengesetz, betonte aber auch, wie wichtig ihm Stabilität und wirtschaftlicher Erfolg seien. Kurz vorher hatte die syrische Regierung eine Erhöhung von Heizölsubventionen bekanntgegeben.²¹⁵ Die Sperre der Zugriffs auf das soziale Internet-Netzwerk Facebook und die Online-Videoplattform Youtube, der seit 2007 galt, wurde am 09.02.2011 aufgehoben.²¹⁶ Eine kleine Gruppe (ca. 50 - 200 Personen) folgte in Damaskus dem Aufruf auf Facebook (auf der Seite „Die syrische Revolution gegen Baschar el Assad 2011“²¹⁷) zu friedlichen Protesten

Keller, Gabriela M.: Proteste in Syrien im Keim erstickt. Welt Online vom 05.02.2011, http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article12453493/Proteste-in-Syrien-im-Keim-erstickt.html, abgerufen am 23.02.2011,
 Syriens Protestbewegung eingeschüchtert. NZZ Online vom 04.02.2011, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/sicherheitsvorkehrungen_syrien_1.9354613.html, abgerufen am 23.02.2011;
 Bickel, Markus: Assads doppeltes Spiel. FAZ vom 05.02.2011, S. 4;
 Unrest in the Middle East and North Africa. CNN vom 22.02.2011, <http://edition.cnn.com/2011/WORLD/meast/02/22/mideast.africa.unrest/index.html>, abgerufen am 23.02.2011;
 Lode, Silke: Gelassen im Sturm. Süddeutsche Zeitung vom 03.02.2011, S. 9;
 Bickel, Markus: Der Herrscher macht auf Facebook-Jugend. FAZ vom 25.02.2011, S. 6;
 Erdmann, Lisa; Gathmann, Florian, Niesmann, Andreas; Peters, Katharina, Putz, Ulrike; von Rohr, Mathieu: Volksaufstand in Arabien Tage des Zorns, Wochen des Umbruchs, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-744111,00.html>, abgerufen am 21.02.2011;
 Facebook-Gruppe Syrische Revolution ruft zu Tag des Zorns auf. Sarsura-Syrien.de vom 27.02.2011, <http://www.sarsura-syrien.de/facebook-einfluss-auf-demonstrationswellen-in-arabischen-landern-4814.html>, abgerufen am 02.03.2011;
 Engelcke, Dörthe: Arabische Revolution ohne syrische Teilnahme, <http://www.zenithonline.de/deutsch/politik/article/arabische-revolution-ohne-syrische-teilnahme/>, abgerufen am 23.02.2011;
 Human Rights Watch vom 03.02.2011: Syria: Gang attacks Peaceful Demonstrators; Police Look On, <http://www.hrw.org/en/news/2011/02/03/syria-gang-attacks-peaceful-demonstrators-police-look>, abgerufen am 23.02.2011;
 Naggar, Mona: Hoffnung auf Reformen. taz vom 21.02.2011, <http://www.taz.de/1/politik/nahost/artikel/1/hoffnung-auf-reformen>, abgerufen am 23.02.2011

- 215 vgl. Keller, Gabriela M.: Protestbewegung „Tag des Zorns“ in Syrien fällt aus, a.a.O.;
 Keller, Gabriela M.: Erste Risse in der Mauer der Angst. Die Welt vom 03.02.2011, S. 4,
 Bickel, Markus: „Tag des Zorns“ in Syrien. Faz.net vom 04.02.2011, <http://www.faz.net/s/Rub87AD10DD0AE246EF840F23C9CBCBED2C/Doc~EEB50BF71AD374D5ABC69145DEB6C5627~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, abgerufen am 23.02.2011;
 Bickel, Markus: Assads doppeltes Spiel, a.a.O.;
 Assad erklärt Syrien für „stabil“. Spiegel Online vom 31.01.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-742607,00.html>, abgerufen am 23.02.2011;
 Unrest in the Middle East and North Africa. CNN vom 22.02.2011 a.a.O.;
 Erdmann, Lisa; Gathmann, Florian, Niesmann, Andreas; Peters, Katharina, Putz, Ulrike; von Rohr, Mathieu: Volksaufstand in Arabien Tage des Zorns, Wochen des Umbruchs, a.a.O.;
 Engelcke, Dörthe: Arabische Revolution ohne syrische Teilnahme, a.a.O.
- 216 vgl. Sperre von Facebook und Youtube in Syrien aufgehoben. AFP vom 09.02.2011, http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5h_an7cPtUaYy-fOvNXYuvkKtMvmA?docId=TX-PAR-QWK03, abgerufen am 02.03.2011;
 Engelcke, Dörthe: Arabische Revolution ohne syrische Teilnahme, a.a.O.;
 Facebook-Gruppe Syrische Revolution ruft zu Tag des Zorns auf. Sarsura-Syrien.de vom 27.02.2011, a.a.O.
- 217 Auf der Seite war eine syrische Flagge abgebildet, die die Inschrift „Erhebung des 15.3“ enthielt, wobei die Initiatoren, die sich als „Verteidiger der Menschenrechte“ und parteiunabhängig bezeichneten, angaben, der Termin müsse „mit Sorgfalt geprüft“ werden und werde in einigen Tagen mitgeteilt. Auch in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den USA, Kanada und Australien sollte demonstriert werden.

am 15.03.2011 in allen Städten Syriens gegen Staatspräsident Assad und forderte z.B. ein Ende der Notfallverordnungen. Die Demonstranten wurden jedoch bereits nach einigen hundert Metern von Regierungsanhängern gestoppt, geschlagen und auseinander getrieben. Auch in der vor allem von Kurden bewohnten Provinz Qamishli im Norden des Landes kam es zu Demonstrationen.²¹⁸

Die Proteste begannen am 16.03.2011, als etwa 100 Demonstranten vor dem Innenministerium die Freilassung politischer Gefangener forderten und die Polizei 30 Personen festnahm. Am 17.03.2011 wurden sie wegen „Verleumdung des Staates“ angeklagt, was mit langen Gefängnisstrafen bestraft werden kann. Das rief am 18.03.2011 landesweite Proteste (u.a. in Damaskus, Homs, Aleppo, Deir al-Sor, Banjas, Dera'a) hervor. Die Sicherheitskräfte gingen z. T. gewaltsam (mit scharfer Munition und Tränengas) gegen die Demonstrierenden vor. Sie töteten dabei in Dera'a mindestens vier Demonstranten. Diese hatten u. a. ein Ende des Ausnahmezustandes, mehr Freiheiten, die Entlassung politischer Gefangener und eine Bekämpfung der Korruption gefordert.

Tausende demonstrierten auch am 19.03.2011 bei der Beerdigung von zwei der Toten.

Am 20.03.2011 kam es in Dera'a am dritten Tag in Folge zu Protesten von mehr als 10.000 Personen, bei denen mehrere öffentliche Gebäude (z. B. der Justizpalast) sowie Filialen einer Mobilfunk-Firma angezündet worden sein sollen, die einem Vertrauten des Präsidenten gehören. Am 20.03.2011 versuchte die Regierung auch konziliante Töne anzuschlagen und entließ 15 inhaftierte Kinder, die Freiheitsparolen auf Wände geschrieben hatten. Der Präsident entließ auch den Gouverneur der Provinz Dera'a, Faisal Kulthum, wegen „krasser Fehler beim Umgang mit Protesten in der Region“.²¹⁹

218 vgl. AFP vom 27.02.2011: Aufruf auf Facebook zu Protesten gegen Syriens Staatschef Assad, <http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5gji-dzL7zwfsXTfUE4AM1QnAusLQ?docId=TX-PAR-TRF83>;

stern.de vom 26.02.2011: Aufruf auf Facebook zu Protesten gegen Syriens Staatschef Assad, <http://www.stern.de/news2/aktuell/aufruf-auf-facebook-zu-protesten-gegen-syriens-staatschef-assad-1658219.html>, abgerufen am 02.03.2011;

Sarsura-Syrien.de vom 27.02.2011: Facebook-Gruppe Syrische Revolution ruft zu Tag des Zorns auf, a.a.O.;

RP Online vom 15.03.2011: Demonstrationen für Demokratie in Syrien - Offenbar Angriff auf Regierungsgegner, http://www.rp-online.de/panorama/ausland/Offenbar-Angriff-auf-Regierungsgegner_aid_975877.html, abgerufen am 16.03.2011;

Sarsura-Syrien.de vom 16.03.2011: Wenige Menschen folgen Aufruf in Facebook zur Demonstration in Damaskus; <http://www.sarsura-syrien.de/syrien-weitgehend-ruhe-tag-zor-4877.html>, abgerufen am 16.03.2011

219 vgl. Spiegelonline.de vom 19.03.2011: Aufstand in Arabien: Protestwelle greift auf Syrien über, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,751987,00.html>, abgerufen am 21.03.2011

Reuters Deutschland vom 20.03.2011: Protestwelle in Arabien erfasst Syrien,

<http://de.reuters.com/article/topNews/idDEBEE72J06X20110320>, abgerufen am 21.03.2011;

Derstandard.at vom 21.03.2011: Neue Proteste bei Begräbnis erwartet,

<http://derstandard.at/1297820966175/Neue-Proteste-bei-Begraebnis-erwartet>, abgerufen am 21.03.2011,

AFP vom 20.03.2011: Ein Toter und viele Verletzte bei Protesten in Syrien,

http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5g0IUeStb60N3kqmW5EScWw_1D6gA?docId=CNG.611e7dc44bfe188a0f33c393d169b72c.821, abgerufen am 21.03.2011;

Spiegelonline.de vom 20.03.2011: Assad entlässt Gouverneur der Unruheprovinz,

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,752116,00.html>, abgerufen am 21.03.2011;

2.12.3 Politischer Hintergrund

Syrien ist ein laizistischer Staat mit Dr. Bashar al-Asad als Oberbefehlshaber der Armee, Führer der Baath-Partei und Präsident Syriens, der sich auf Militär und Geheimdienst stützt. Die Parteienstruktur wird von der Nationalen Progressiven Front beherrscht mit der Baath-Partei als stärkster Partei. Alle Parteien, die nicht der Front angehören, sind illegal, werden jedoch bis zu einem gewissen Grad toleriert. Seit März 1963 besteht in Syrien der Ausnahmezustand, begründet mit dem formellen „Kriegszustand“ mit Israel.

Die in der Verfassung garantierten Freiheitsrechte sind weitgehend eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt. Nach der Machtübernahme durch Asad im Juni 2000 war zunächst eine leichte Verbesserung bei der Einhaltung von Menschenrechten erkennbar. Die Menschenrechtslage verschlechterte sich jedoch im Laufe des Jahres 2006. Diese Tendenz setzte sich in den letzten Jahren fort. Zur Verfolgung politischer Gegner bedienen sich die Geheimdienste u.a. der willkürlichen Verhaftung und der Folter, vor allem in Haft- und Verhörzentren der Geheimdienste.

Nach seinem Amtsantritt begann Asad mit Wirtschaftsreformen. Trotz wachsender Wirtschaft nimmt die Armut zu, ca. 12% der Einwohner Syriens leben unterhalb der Armutsgrenze. Korruption ist eines der Probleme in Syrien (das Land liegt auf Position 127 des 178 Länder umfassenden Korruptionsindex)²²⁰; ein weiteres stellt die Arbeitslosigkeit dar, vor allem unter den Jugendlichen. Nach staatlichen Schätzungen soll jeder Fünfte unter 25 Jahren ohne Arbeit sein, die Dunkelziffer ist vermutlich höher. Junge Männer, die nicht berufstätig sind, haben kaum Chancen zu heiraten, wodurch sich ihre Unzufriedenheit erhöht. Alle Medien unterliegen in Syrien der staatlichen Zensur. Das Internet, dessen Einführung der Präsident 2001 zunächst vorantrieb, wird beschnitten, viele ausländische Internetseiten und kritische Blogs sind - auch nach Aufhebung der Facebook-Sperre am 09.02.2011 - weiterhin nicht zugänglich.²²¹

Tagesschau.de vom 20.03.: Erneut Proteste und Gewalt in Syrien, <http://www.tagesschau.de/ausland/syrienprotest104.html>, abgerufen am 21.03.2011;
Hermann, Rainer: Arabellion: Jetzt heißt es auch in Syrien: Revolution! In Faz.net vom 20.03.2011, <http://www.faz.net/s/Rub87AD10DD0AE246EF840F23C9CBCBED2C/Doc~EADBD1056630D4EBF87BD0BA6FFB0D502~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, abgerufen am 21.03.2011
Stern.de vom 19.03.2011: Arabische Revolution Der Funke springt auch in Syrien über, <http://www.stern.de/politik/ausland/arabische-revolution-der-funke-springt-auch-in-syrien-ueber-1665520.html>, abgerufen am 21.03.2011

²²⁰ vgl. Transparency International: Corruption Perception Index 2010 Results, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results, abgerufen am 02.03.2011

²²¹ vgl. Assad erklärt Syrien für „stabil“. Spiegel Online vom 31.01.2011, a.a.O.;
Bickel, Markus: Assads doppeltes Spiel. a.a.O.;
Erdmann, Lisa u. a.: Volksaufstand in Arabien Tage des Zorns, Wochen des Umbruchs, a.a.O.;
U.S. Department of State: 2009 Human Rights Report: Syria, a.a.O.

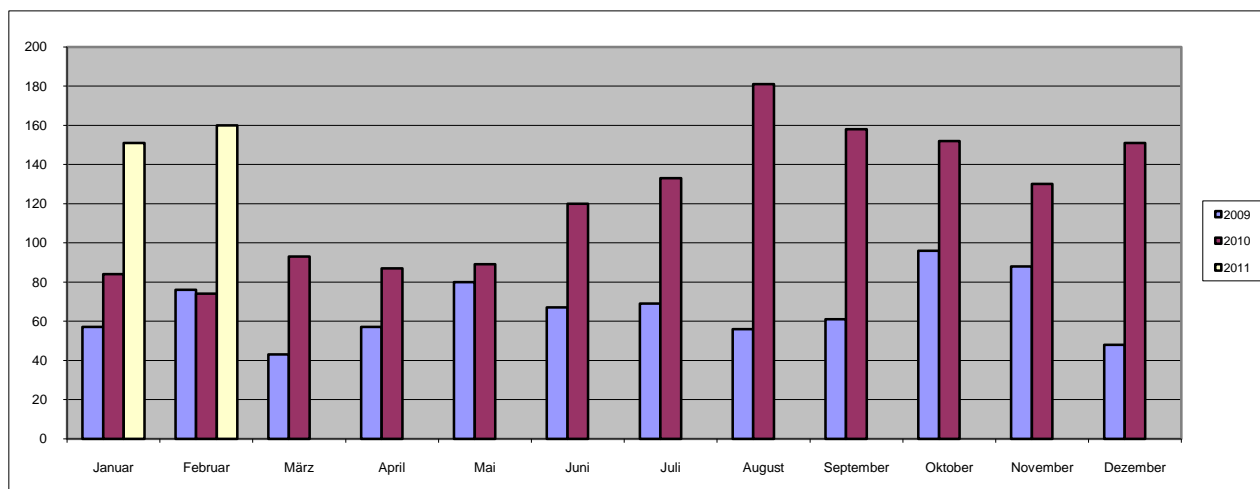
2.12.4 Statistik

Aufhältige, ausreisepflichtige und geduldetet Ausländer mit syrischer Staatsangehörigkeit

Aufhältige	Ausreisepflichtige mit Duldung	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Duldung ohne Ausreisepflicht	Summe der Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
30.269	3.540	490	755	4.785

Quelle: BAMF. AZR

Erstantragsteller in den Jahren 2009 – 02/2011



Quelle: eigenes Diagramm

Die Zahl der Asylersantragsteller hat 2010 (mit 1.490) im Vergleich zu 2009 (mit 819), vor allem seit Juni, deutlich zugenommen und ist auch in den ersten beiden Monaten 2011 (mit 151 bzw. 160) unverändert hoch. Ungefähr 60% der 2010 Erstantragsteller waren unter 25 Jahre alt und überwiegend männlich.²²²

Altersprofil der Erstantragsteller 2010 und Januar 2011

Alter	Erstanträge 2010			Erstanträge Januar 2011		
	Summe	Männlich	Weiblich	Summe	Männlich	Weiblich
bis unter 16 Jahre	503	277	226	50	25	25
von 16 bis unter 18 Jahre	68	41	27	10	2	8
von 18 bis unter 25 Jahre	334	222	112	30	17	13
von 25 bis unter 30 Jahre	247	174	73	25	21	4
von 30 bis unter 35 Jahre	143	95	48	13	6	7

²²² BAMF (Auswertungszeitraum 01.-31.12.2010)

von 35 bis unter 40 Jahre	79	38	41	8	5	3
von 40 bis unter 45 Jahre	48	24	24	6	4	2
von 45 bis unter 50 Jahre	23	15	8	1	1	
von 50 bis unter 55 Jahre	10	7	3	3	1	2
von 55 bis unter 60 Jahre	9	1	8	2	1	1
von 60 bis unter 65 Jahre	6	1	5	2	1	1
65 Jahre und älter	20	11	9	1		1
Summe	1.490	906	584	151	84	67

Quelle: BAMF

Bildungsprofil der Antragsteller

Der Auswertung der 888 Befragungen im Jahr 2010 zufolge hatten rund 20% der Antragsteller besuchten Universität (39), Fachhochschule (17) oder Gymnasium (134) besucht. Etwas mehr als die Hälfte der befragten verfügte über eine geringe oder keine Schulbildung (Grundschule 330, Analphabeten 126).²²³

Reiseweg

Syrische Asylbewerber reisten ungefähr zur Hälfte legal und illegal aus, wobei zur Ausreise insbesondere der Pkw, das Flugzeug und der Bus genutzt wurden oder sie „zu Fuß“ (über die Grüne Grenze) erfolgte. Die vorgetragene Hauptreiseroute verlief über die Türkei und Griechenland; weitere Transitländer wurden in der Regel nicht genannt, wobei der Großteil vortrug, illegal nach Deutschland eingereist zu sein, insbesondere mit Lkw und Flugzeug.²²⁴

²²³ BAMF (Auswertungszeitraum 01.-31.12.2010)

²²⁴ BAMF (Auswertungszeitraum 01.-31.08.2010)

Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Frankenstraße 210

90461 Nürnberg

Referat 412

Analyse islamischer Herkunftsländer

Tel.: 0911-943-7201

Fax: 0911-943-7299

Internet: www.bamf.de

Stand: 21. März 2011